

Stenographisches Protokoll

313. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 27. Juli 1972

Tagesordnung

Erklärung der Bundesregierung

Inhalt

Personalien

Entschuldigungen (S. 8943)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 8943)

Verhandlungen

Erklärung der Bundesminister Dr. Staribacher (S. 8944 und S. 9000) und Dr. Kirchschräger (S. 8951) anlässlich der Unterzeichnung der Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften

Debatte: Dr. Heger (S. 8953), Dr. Reichl (S. 8958), Ing. Eder (S. 8963), Prechtl (S. 8966 und S. 8998), Dr. Schwaiger (S. 8970), Tirnthäl (S. 8975), Dr. Goëss (S. 8977), Wally (S. 8981), Polster (S. 8985), Trenovatz (S. 8988) und Ing. Gassner (S. 8990)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzender Bürkle: Hoher Bundesrat! Ich eröffne die 313. Sitzung des Bundesrates.

Das amtliche Protokoll der 312. Sitzung des Bundesrates vom 13. Juli 1972 ist auflegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Frau Edda Egger und Ing. Mader.

Ich begrüße die im Hause erschienenen Herren Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher und für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschräger. (Allgemeiner Beifall.)

Einlauf

Vorsitzender: Eingelangt ist ein Schreiben des Bundeskanzlers betreffend Ministervertretungen.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um die Verlesung dieses Schreibens.

Schriftführerin Maria Hagleitner:

„An den Vorsitzenden des Bundesrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 17. Juli 1972, Zl. 6083, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mit der Vertretung betraut:

Für den vom 19. Juli bis 24. Juli 1972 und vom 26. Juli bis 7. August 1972 verhinderten Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Rudolf Kirchschräger;

für den vom 30. Juli bis 19. August 1972 verhinderten Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher für die Zeit vom 30. Juli bis 18. August 1972 den Bundesminister für Bauten und Technik Josef Moser und für den 19. August 1972

den Bundesminister für Finanzen Dkfm. Doktor Hannes Androsch;

für den vom 20. August bis 30. August 1972 verhinderten Bundesminister für Verkehr Erwin Fröhbauer den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher;

für den vom 20. August bis 10. September 1972 verhinderten Bundesminister für Landesverteidigung Brigadier Karl Lütgendorf den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Rudolf Kirchschräger;

für den vom 19. August bis 27. August 1972 verhinderten Bundesminister für Bauten und Technik Josef Moser den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Doktor Oskar Weihs;

für den vom 1. August bis 19. August 1972 verhinderten Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg für die Zeit vom 1. August bis 7. August 1972 und vom 9. August bis 19. August 1972 den Bundesminister für Unterricht und Kunst Doktor Fred Sinowatz und für den 8. August 1972 den Bundesminister für Landesverteidigung Brigadier Karl Lütgendorf.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky

Vorsitzender: Dient zur Kenntnis.

Erklärung der Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung der Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt: Erklärung der Bundesregierung.

Vorsitzender

Ich erteile zunächst dem Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, der diese Erklärung abgeben wird, das Wort.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Namens der Bundesregierung gebe ich folgende Erklärung ab:

Mit dem nun vorliegenden Vertragswerk finden die langjährigen Bestrebungen der österreichischen Integrationspolitik ihre Verwirklichung. Dieses Ziel ist bekanntlich erst über lange Umwege erreicht worden, die unsere Geduld oftmals auf eine harte Probe gestellt haben.

Die seinerzeitigen Bemühungen im Rahmen der OEEC um eine große Freihandelszone, die von Österreich sehr aktiv unterstützt worden sind, sind bekanntlich 1958 aus Gründen, die außerhalb der österreichischen Ingerenz lagen, gescheitert.

Der 1960 erfolgte Beitritt Österreichs zur kleinen Freihandelszone, der EFTA, war eine wichtige Etappe auf dem weiteren Weg, das ursprüngliche Ziel einer Teilnahme Österreichs an einem möglichst umfassenden freien Handelsverkehr verwirklichen zu können.

Doch erst die im Dezember 1969 abgehaltene Haager Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften eröffnete den Weg, dem in der Präambel der EFTA-Konvention niedergelegten Postulat zum Durchbruch zu verhelfen, nämlich der Beseitigung der Handelsschranken zwischen den Staaten der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, bei der die sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Mitglieder waren.

Österreichs Wirtschaft hat es verstanden, die durch die EFTA gebotenen neuen Möglichkeiten zu nutzen und sich dadurch besser auf das umfassendere Integrationsabkommen, das uns nun vorliegt, vorzubereiten. (*Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Skotton übernimmt die Leitung der Verhandlungen.*)

Während die österreichische Ausfuhr in die EFTA-Staaten im Jahre 1959 nur rund 3 Milliarden Schilling betrug, erreichte sie im Jahre 1969 bereits 15 Milliarden Schilling und im Jahre 1971 gar 21 Milliarden Schilling.

Die Außenhandelsrelationen unseres Landes haben in den letzten elf Jahren eine gewaltige Verschiebung erfahren. Ging 1959 noch die Hälfte unseres Exportes in die EWG-Staaten, so hat sich dieser Anteil bis 1971 auf 39 Prozent verringert.

Demgegenüber sind unsere Exporte in den EFTA-Bereich während des gleichen Zeitrau-

mes dauernd angestiegen und haben ausgehend von 12 Prozent im Jahre 1959 27 Prozent im Jahre 1971 erreicht. Die Importe aus den EWG-Staaten blieben mit 56 Prozent annähernd konstant, während die Einfuhren aus dem EFTA-Bereich im gleichen Zeitraum von 12 auf 19 Prozent anstiegen. Dabei konnte erstmalig gegenüber der Schweiz ein Handelsaktivum erzielt werden, was nie für möglich gehalten wurde.

Diese statistischen Daten zeugen von der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Ihnen ist aber zugleich auch zu entnehmen, daß durch die Diskriminierung der EWG unsere Exportmöglichkeiten gehemmt wurden.

Bald nach der Haager Gipfelkonferenz saßen einander eine österreichische Verhandlungsdelegation und eine Delegation der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit dem Ziel gegenüber, die Verhandlungen über ein Interimsabkommen baldmöglichst zu einem positiven Ende führen zu können.

Unseren intensiven Bemühungen auf allen Ebenen mit den zuständigen Dienststellen der Kommission und der Mitgliedstaaten ist es dann weiters gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die es ermöglichten, daß das Mandat zur Aufnahme der Globalverhandlungen auf Basis einer Freihandelszone am 29. November 1971 offiziell erteilt wurde.

Bereits am 6. Dezember 1971 wurde Österreich im Rahmen der ersten Verhandlungsrunde über den Abschluß eines Globalabkommens mit der Gemeinschaft über die Vorstellungen derselben vom Inhalt eines derartigen Abkommens offiziell informiert.

In vier Arbeitsgruppen wurden sodann die Vertragsmaterie eingehend behandelt und die Ergebnisse hierauf in einer Plenarsitzung zusammengefaßt. In insgesamt fünf Verhandlungsrunden über den Abschluß eines Globalabkommens wurde schließlich jenes Vertragswerk fertiggestellt, welches für eine dauerhafte Lösung der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den Gemeinschaften sorgen soll und vom Herrn Bundeskanzler und mir am vorigen Samstag in Brüssel unterzeichnet wurde.

Unsere Vereinbarungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beinhalten den gesamten Außenhandel für industriell-gewerbliche Produkte. Wir werden über diesen wichtigen Schritt aber keinesfalls unseren Handelsverkehr mit der restlichen Welt vernachlässigen oder gar gegenüber außenstehenden Staaten neue Handelsbarrieren errichten. Es ist unsere feste Absicht, den Weg der

Bundesminister Dr. Staribacher

liberalen Außenhandelspolitik auch weiterhin zu beschreiten.

Wir haben im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens den Beschluß unterstützt, ab Herbst 1973 weltweite Verhandlungen über die Reduzierung und Abschaffung von Zöllen und nichttarifarischen Handelshindernissen in allen Wirtschaftsbereichen zu führen, und die aktive Mitarbeit Österreichs an diesen Verhandlungen zugesichert. Es wird sich bei diesen angestrebten Verhandlungen für Österreich auch eine weitere Möglichkeit bieten, mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über neue Bereiche zu sprechen und Lösungen zu suchen, die bisher noch keiner konkreten Regelung zugeführt werden konnten.

In unseren Beziehungen zu den Drittstaaten können wir ebenfalls auf den handelserzeugenden Effekt bauen, der im Gefolge von Zusammenschlüssen von Staaten zu wirtschaftlichen Großräumen für die anderen Staaten entsteht.

Als Beispiel für eine derartige Entwicklung möchte ich einmal mehr auf die guten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Freihandels in der EFTA hinweisen.

Da durch derartige Zusammenschlüsse die Kaufkraft der einzelnen Länder beziehungsweise ihre gesamte Wirtschaftskraft ansteigt, wird auch deren Möglichkeit zu verstärkten Importen aus Drittstaaten angehoben. So ist nach einer Studie des EFTA-Sekretariates der Import der EFTA-Mitgliedsländer insgesamt aus den USA stärker gewachsen als deren Exporte. Beispielsweise ist das Handelsbilanzdefizit der EFTA gegenüber den USA von 29 Millionen Dollar im Jahre 1959 auf 1 Milliarde Dollar im Jahre 1970 angestiegen.

Die von mir erwähnte Studie kam zu der Schlußfolgerung, daß die Gründung der EFTA nicht zu einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der Exporte der USA in die EFTA-Märkte geführt hat. *(Der Vorsitzende übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)*

Wir haben auch unseren internationalen Verpflichtungen Rechnung getragen, indem wir stets bedacht waren, Vereinbarungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entsprechend den im GATT geltenden Kriterien zu gestalten.

Gemäß Artikel 24 des GATT dürften im Falle einer Freihandelszone oder einer mit dem Ziel der Bildung einer Freihandelszone getroffenen Interimsvereinbarung die in den teilnehmenden Gebieten beibehaltenen und bei der Bildung der Zone bei dem Abschluß der vorläufigen Vereinbarung geltenden Zölle

und Handelsvorschriften für den Handel mit den außenstehenden Staaten nicht höher oder einschränkender sein als die vorher bestandenen Zölle und Handelsvorschriften.

Gemäß dem GATT-Abkommen kann durch freiwillige Vereinbarungen zur Förderung der wirtschaftlichen Integration teilnehmenden Ländern eine größere Freiheit des Handels insgesamt herbeigeführt werden.

Bei Berücksichtigung der schnell fortschreitenden Entwicklung der Technologie und des enormen Anstiegs der Weltproduktion in den vergangenen Jahren ergibt sich gerade für kleine Staaten die Notwendigkeit, größere Absatzmärkte zu erschließen, wenn sie mit dieser Entwicklung Schritt halten wollen. Die regionale Integration ist daher eine logische und notwendige Stufe auf dem Wege zur natürlichen und organischen Entwicklung der Weltwirtschaft.

Das Freihandelszonenkonzept trägt der internationalen Position Österreichs am besten Rechnung. Wir werden uns auch weiterhin in unseren handelspolitischen Beziehungen zu den Drittstaaten vom Prinzip des wechselseitigen Vorteils leiten lassen, dessen konsequente Ausgestaltung laufend Gegenstand bilateraler und multilateraler Verhandlungen zwischen diesen Staaten und uns sein wird.

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, daß unser handelspolitischer Spielraum gegenüber Drittstaaten durch dieses uns heute vorliegende Vertragswerk in keiner Weise eingengt wird. Wir haben im Gegenteil das größte Interesse daran, diese traditionellen Beziehungen weiter auszubauen und durch Einführung neuer Elemente, wie Kooperationsabkommen, Vereinbarungen über die technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, noch enger zu gestalten.

Ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß das Bemühen meiner Amtsvorgänger einen langen Abschnitt des österreichischen Weges nach Brüssel markiert. Auch in jener Periode der österreichischen Integrationsbestrebungen, in der trotz intensiver und verschieden nuancierter Politik kaum Fortschritte erzielt werden konnten, wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt und für die spätere Entwicklung wichtige Kontakte geknüpft. Auch ihr Bemühen war auf das gleiche Ziel gerichtet, nämlich den Markt der Sechs der österreichischen Wirtschaft und damit dem Wohl der gesamten österreichischen Bevölkerung zu erschließen.

Wie die offiziellen Brüsseler Erklärungen zeigen, waren diese jahrelangen Bestrebungen, die zu keinem Ergebnis geführt haben,

Bundesminister Dr. Staribacher

doch nicht vergebens: Die lange Wartezeit wurde nun nachträglich durch den Abschluß des Interimsabkommens honoriert. Meinen Amtsvorgängern die entsprechende Anerkennung zu erweisen und den Dank für ihr Bemühen auszusprechen, ist mir ein aufrichtiges Anliegen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich konnte mich sofort bei meinem Amtsantritt nicht nur auf die Erfahrung und Kontakte meiner Amtsvorgänger stützen, sondern auch auf die Kontinuität der mit Integrationsfragen befaßten Beamtenschaft. Es gibt nur wenige, die ermessen können, mit welcher enormen Einsatzbereitschaft, geistiger Beweglichkeit und Ausdauer diese Beamten den bestmöglichen Vertrag erarbeitet haben.

An dieser Stelle scheint mir daher der Moment gekommen zu sein, unserer Verhandlungsdelegation, an deren Spitze hinsichtlich des Globalabkommens Botschafter Marquet und hinsichtlich des Interimsabkommens Botschafter Leitner standen, unsere Anerkennung und unseren aufrichtigen Dank auszusprechen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Mitglieder der österreichischen Verhandlungsdelegation haben schier Übermenschliches in Dutzenden und Aberdutzenden von Sitzungen, die sich oftmals bis in die Nachtstunden hinzogen, geleistet. Unser Dank gebührt gleichermaßen auch den Mitgliedern der österreichischen Mission in Brüssel. *(Allgemeiner Beifall.)*

Bei aller Betonung der Bedeutung gewonnener Erfahrungen möchte ich doch auch die neuen Akzente aufzeigen, die die Integrationspolitik unter der jetzigen Bundesregierung bestimmen:

1. Dem intensiven Informationsaustausch zwischen den EFTA-Neutralen hinsichtlich des gemeinsamen Vorgehens, wobei besonders mit unserem Nachbarland, der Schweiz, eine weitestgehende Abstimmung stattgefunden hat.

2. Den großen Interessenvertretungen wurde von mir erstmalig die Möglichkeit geboten, als Mitglieder der Delegation an den Verhandlungen unmittelbar teilzunehmen. Dadurch konnte der innerösterreichische Entscheidungsprozeß in diesen, für die gesamte österreichische Wirtschaft so wichtigen Fragen effektiver gestaltet und auf eine breitere Basis gestellt werden. Diesem Ziel diene auch die Errichtung einer Integrationsvorbereitungskommission.

Darüber hinaus sind unter meinem Vorsitz — und darin erblickte ich meine Hauptaufgabe — im Rahmen laufender interministerieller Sitzungen, an denen die Interessenvertreter teilnahmen, alle anfallenden Fragen

und Probleme behandelt und einvernehmlich beschlossen worden. Jeder einzelne Verhandlungsschritt wurde mit allen Interessenverbänden abgestimmt, sodaß die österreichische Verhandlungsdelegation stets sicher sein konnte, die Unterhändler der Gegenseite können keine Widersprüche in der österreichischen Haltung aufdecken. Jeder Versuch, Sonderinteressen einzelner österreichischer Gruppen gegeneinander auszuspielen, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen.

3. Die intensive Interventionstätigkeit innerhalb der letzten zwei Jahre zur Durchsetzung unserer Integrationswünsche, dies auf allen Ebenen, bei sämtlichen sich bietenden Gelegenheiten, vom Staatsoberhaupt angefangen, über den Bundeskanzler und die Regierungsmitglieder bis hin zu den traditionellen diplomatischen Kanälen.

Was den Vertragsinhalt selbst anlangt, möchte ich zunächst grundsätzlich feststellen, daß die Anerkennung des Prinzips der Freihandelszonenlösung seitens der EWG für das neutrale Österreich der entscheidende Durchbruch in den Verhandlungen war. Ich selbst war stets ein Verfechter des Freihandelszonengedankens und stelle daher mit Befriedigung fest, daß dieses Prinzip in Zukunft nicht nur unsere Beziehungen zur EFTA, sondern auch zur EWG bestimmen wird.

Auch nach Übereinstimmung über diesen Grundsatz gestalteten sich die Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften äußerst schwierig, zumal die Gemeinschaft anfänglich ganze Warengruppen des industriell-gewerblichen Bereiches, die man als „sensibel“ bezeichnete, vom Abkommen ausgenommen wissen wollte.

Ebenso sollte der landwirtschaftliche Bereich gänzlich unberücksichtigt bleiben. Hierbei ging die Gemeinschaft von der Voraussetzung aus, daß allein die Bereitschaft, Freihandelszonenabkommen mit den nicht beitretenden EFTA-Staaten abzuschließen, ein solches Entgegenkommen darstelle, daß hierfür besondere einseitige Konzessionen Österreichs und der anderen Vertragspartner am Landwirtschaftssektor gerechtfertigt wären. Diese Forderung konnte von Österreich abgewehrt werden.

Das Ausmaß des österreichischen Verhandlungserfolges in Brüssel ist der Öffentlichkeit durch die monatelange Dauer der abschließenden Verhandlungen, durch den für die österreichische Öffentlichkeit noch ungewohnten besonderen Verhandlungsstil der Gemeinschaft und durch die Transparenz der einzelnen Verhandlungsfortschritte nicht richtig bewußt geworden.

Bundesminister Dr. Staribacher

Ein Vergleich der Ausgangsbasis mit dem schließlich erzielten Ergebnis dokumentiert jedoch die wahrhaft überzeugenden Erfolge, die durch systematische Verwertung aller sich bietenden Chancen in Verhandlungen mit einem so potenten Partner erzielt werden konnten. Wäre das schließlich erzielte Verhandlungsergebnis dem ursprünglichen Angebot der Europäischen Gemeinschaften in kurzer Zeit gegenübergestellt gewesen, wäre der Erfolg für jedermann klar erkennbar gewesen.

So gelang es in den Verhandlungen, einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen, als feststand, daß nunmehr auch die sensiblen Produkte von Anfang an in den Zollabbau einbezogen werden.

Ferner war es möglich, für das wesentliche österreichische agrarische Exportprodukt, nämlich Rinder, bedeutende Handelserleichterungen zu erreichen.

Als weitere Verbesserungen gegenüber dem Ausgangskonzept der Gemeinschaft müssen die nahezu vollständige Einbeziehung der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte in das Abkommen unter Berücksichtigung unserer Schutzinteressen, wie zum Beispiel des Kartoffelanbaues im Waldviertel, erwähnt werden.

Ferner gelang eine Entschärfung der ursprünglich sehr rigoros konzipierten Schutzklauseln. Hier konnte insbesondere das Prinzip vorhergehender Konsultationen als Regelfall durchgesetzt werden, während einseitige Schutzmaßnahmen nur mehr in außerordentlichen Fällen gestattet sind.

Ich möchte betonen, daß das Vertragswerk als Ganzes eine gute Grundlage für die künftigen Handelsbeziehungen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften darstellt.

Gewiß mußte wie bei allen Verhandlungen für manche Fragen ein Kompromiß gefunden werden, der wie jeder Kompromiß für beide Seiten nicht völlig befriedigend sein kann. Dies trifft vor allem auf die Sonderregelungen für die sensiblen Produkte zu.

Es verdient aber in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden, daß alle diese Sonderregelungen nur für eine gewisse Übergangszeit wirksam sind und letztlich der Freihandel auch für diese Waren — wenn auch erst einige Jahre später — gesichert werden konnte.

Auch hier konnte die Gemeinschaft davon überzeugt werden, daß solche Sonderregelungen nur auf Basis gleicher Wettbewerbsverhältnisse, das heißt auf Gegenseitigkeit, getroffen werden können.

Das gesamte Vertragswerk besteht aus vier Abkommen, und zwar je einem Interimsabkommen für den EWG- und den EGKS-Bereich sowie je einem Globalabkommen für diese beiden Bereiche. Eventuelle Erweiterungen der Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich können auf Grund der hierfür in den Abkommen enthaltenen Bestimmungen, und zwar sowohl auf dem gewerblich-industriellen Sektor wie auch für die Landwirtschaft, vorgenommen werden.

Die Interimsabkommen sehen grundsätzlich einen gegenseitigen Zollabbau von 30 Prozent bereits mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres auf dem gewerblich-industriellen Sektor vor.

Für die sensiblen Waren hingegen beträgt der gegenseitige Zollabbau vom Inkrafttreten des Interimsabkommens an nur 5 Prozent.

Auf dem Landwirtschaftssektor kommen die beiden vertragschließenden Parteien bereits im Interimsabkommen überein, unter Berücksichtigung ihrer Agrarpolitik die harmonische Entwicklung des Austausches landwirtschaftlicher Produkte zu begünstigen. Dies gibt die Möglichkeit, im Gemischten Ausschuß Schwierigkeiten zu prüfen, die im Austausch landwirtschaftlicher Produkte auftreten können, und sich um geeignete Lösungsmöglichkeiten zu bemühen.

Die Interimsabkommen werden durch die Globalabkommen in der Weise abgelöst werden, daß die durch sie bewirkten Zollsensenkungen solange aufrechterhalten, bis sie durch die in den Globalabkommen vorgesehenen Zollsensenkungen überschritten werden.

Die Freihandelszone zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften wird, von den sensiblen Waren abgesehen, am 1. Juli 1977 durch den vollständigen Abbau der Zölle vollendet sein. Bereits mit Inkrafttreten der Verträge werden die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen von den Vertragsparteien nahezu ausnahmslos abgebaut.

Für die sensiblen Waren ist beiderseits ein verlängerter Zollabbau sowie die Möglichkeit der Festsetzung von jährlichen Richtplafonds für den Import vorgesehen. Bei Papier und Papierwaren wird der Übergang zum Freihandel am 1. Jänner 1984, bei den übrigen sensiblen Produkten, nämlich Zellwolle, Ferrolegierungen, Rohaluminium, Rohblei, Stahl und hochschmelzende Metalle, am 1. Jänner 1980 erfolgen.

Soweit von der Möglichkeit der Festsetzung von Richtplafonds Gebrauch gemacht wird, kann der importierende Partner bei Überschreitung dieser Richtplafonds für den Rest

Bundesminister Dr. Staribacher

des jeweiligen Kalenderjahres die Zollbegünstigung aufheben.

Voraussetzung für die Einräumung der Präferenzbehandlung im Rahmen der Abkommen sind Ursprungszeugnisse, die auf Grund eines vereinbarten Systems von Ursprungsregeln ausgestellt werden. Dieses in langwierigen und schwierigen Verhandlungen erarbeitete System wird von den österreichischen Experten wie auch von den Fachleuten der anderen EFTA-Staaten, die sich alle zum gleichen System entschlossen haben, als durchaus operabel und den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragend bezeichnet.

Für den Landwirtschaftssektor ist im Globalabkommen für den EWG-Bereich eine gleichartige Klausel, wie sie bereits im Interimsabkommen vorgesehen ist, enthalten.

Im Hinblick auf diese allgemeine Förderungsbestimmung für den landwirtschaftlichen Warenverkehr sind die vertragschließenden Parteien bereits anlässlich des Vertragsabschlusses übereingekommen, sich auf autonomer Basis verschiedene Begünstigungen auf dem Agrarsektor einzuräumen. Demzufolge erklärten sich die Europäischen Gemeinschaften zu Maßnahmen bereit, welche die Einfuhr österreichischer Schlachtrinder und NutZRinder der Höhenrassen in die Gemeinschaft erleichtern. Durch diese zu treffenden autonomen Maßnahmen werden österreichische Rinderexporte im Ausmaß von zirka 1 Milliarde Schilling, berechnet auf der Basis des Jahres 1971, begünstigt werden.

Osterreich wird ebenfalls durch autonome Maßnahmen den Europäischen Gemeinschaften Einfuhrerleichterungen bei einzelnen Obst- und Gemüsesorten, Wein, Wermut und diversen Gartenbauerzeugnissen gewähren.

Die Verwaltung der Abkommen wird einem Gemischten Ausschuß, in dem die vertragschließenden Teile mit je einer Stimme vertreten sind, obliegen.

Die Abkommen können von beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist, die bei den Globalabkommen zwölf Monate, bei den Interimsabkommen sechs Monate beträgt, aufgekündigt werden.

Im Hinblick darauf, daß Österreich weiterhin Mitglied der Rest-EFTA bleibt, wird der weitaus überwiegende Teil des österreichischen Außenhandels in absehbarer Zukunft mit 15 europäischen Staaten im Freihandel abgewickelt werden.

Der Vertragsabschluß mit den Europäischen Gemeinschaften schafft weiters die Voraussetzung, daß der bisher im Rahmen der EFTA

bestehende zollfreie Warenverkehr mit jenen Staaten, die am 1. Jänner 1973 den Europäischen Gemeinschaften beitreten werden, auch für die Übergangszeit weitestgehend gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen hiemit einen kurzen Überblick über ein Vertragswerk gegeben, das zweifellos den bedeutendsten internationalen Vertrag, den Österreich seit dem Staatsvertrag abgeschlossen hat, darstellt.

Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß der im Vertrag vorgesehene Gemischte Ausschuß den institutionellen Rahmen für weitere Verhandlungen mit der EG darstellt.

Zum besseren Verständnis der Details habe ich mir erlaubt, den Damen und Herren Abgeordneten eine provisorische deutschsprachige Arbeitsunterlage der österreichischen Verhandlungsdelegation zuzuleiten. Als Orientierungsbehelf möge weiter das beigegefügte Inhaltsverzeichnis dienen.

Im Herbst wird die Bundesregierung dem Hohen Haus die endgültigen Texte der mit den Europäischen Gemeinschaften abgeschlossenen Abkommen als Regierungsvorlage zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorlegen.

Einer kürzlich durchgeführten, bereits allgemein bekannten Meinungsumfrage war zu entnehmen, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher, nämlich 75 Prozent, positiv zu einem Arrangement mit der EWG eingestellt sind. 63 Prozent erwarten von einem Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften in erster Linie billigere Waren für den Konsumenten. Es wird zwar mit Umstellungsschwierigkeiten gerechnet, wobei die Mehrheit jedoch keine Gefährdung der Arbeitsplätze befürchtet.

Manche mögen geringschätzig auf solche gefühlsmäßigen Einschätzungen herabblicken. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß die österreichische Bevölkerung ein sehr gutes „Gespür“ für alle Dinge hat, die sie maßgeblich berühren. Solche Urteile sind nämlich die Summe vieltausendfacher Erfahrungen und Beobachtungen. Der gelernte Österreicher ist durchaus Fachmann in eigener Sache.

Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit hingegen wurde die Frage der Auswirkungen des EG-Vertrages auf die österreichische Wirtschaft von einem Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialbeirates der Paritätischen Kommission untersucht.

Ich habe diese Arbeiten aus vollen Kräften unterstützt und gefördert, weil ich stets die

Bundesminister Dr. Staribacher

Auffassung vertreten habe, daß die österreichischen Unternehmer und auch die staatliche Wirtschaftspolitik rationaler Entscheidungsgrundlagen bedürfen. Beamte des von mir geleiteten Ressorts haben daher an dieser Untersuchung mitgewirkt, die neben einer allgemeinen Analyse auch Fallstudien über vier Industriebranchen (Elektro-, Papier-, Textil- und lederverarbeitende Industrie) enthält, deren Reaktionen auf integrationsbedingte Veränderungen der Datenkonstellationen als typisch angenommen wurden.

Ohne den Schlußfolgerungen vorgreifen zu wollen, die der Wirtschaftsbeirat aus diesen Untersuchungsergebnissen wahrscheinlich bereits in Kürze ziehen wird, möchte ich doch mit Befriedigung feststellen, daß eine Durchsicht des Grundmaterials die zunächst mehr gefühlsmäßige Einschätzung, wie sie in den Umfrageergebnissen zum Ausdruck kommt, erhärtet.

Im Zuge der Arbeiten an den Branchenanalysen hat sich zwar immer wieder gezeigt, daß eine konkrete, zahlenmäßig ausdrückbare Abschätzung von Integrationsauswirkungen nur auf Betriebs- und Unternehmensebene beziehungsweise auf Produktebene vorgenommen werden kann. Die generellen verbalen Aussagen zeigen jedoch sehr erfolgversprechende Perspektiven, und zwar sowohl kurzfristig als auch längerfristig.

Besonders relevant erscheinen mir die längerfristigen Strukturauswirkungen. Die sich als notwendig erweisenden Umstrukturierungen werden umso eher bewältigt werden können, je günstiger die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind, wozu ich vor allem die Erhaltung der Vollbeschäftigung zähle.

Der jüngste Bericht der OECD über die wirtschaftliche Lage unseres Landes stellt Österreich bekanntlich ein glänzendes Zeugnis aus. Eine solche uns damit attestierte gute Wirtschaftspolitik ist die beste integrationspolitische „Begleitmaßnahme“!

Bereits in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 hat die Bundesregierung festgestellt, daß sich Österreichs Beteiligung an der europäischen Integration in dem Ausmaß friktionsfrei gestalten wird, als es gelingt, Österreich auf vielen Gebieten europareif zu machen. Dies gilt im besonderen für die Wirtschaft, die systematisch von den Fesseln überlebter protektionistischer Schranken und bürokratischer Bürden befreit werden muß.

Dieses Ziel wurde im Rahmen des Europareifeprogramms der Bundesregierung konse-

quent und mit erfreulichen Resultaten verfolgt, sodaß es nun im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluß der Integrationsverhandlungen keiner neuen Politik, sondern lediglich der Weiterführung oder Intensivierung bereits eingeleiteter Maßnahmen bedarf.

So wurde die neue Gewerbeordnung bereits dem Parlament zugeleitet. Die grundlegende Reform des Gewerberechts wird eine weitgehende Liberalisierung und damit gesunden Wettbewerb und neue Leistungssteigerungen unserer Wirtschaft herbeiführen.

Eine Reform des Kartellrechtes wird vorbereitet, um Österreich auch im Wettbewerbsrecht Europareife zu bringen.

Informierte Konsumenten sind Voraussetzung für funktionierenden Preis- und Qualitätswettbewerb. Die Arbeiten auf diesem Gebiet sind in vollem Gang und werden Österreich zu einem gut ausgebauten System des Konsumentenschutzes verhelfen. Dies liegt nicht nur im Interesse der vom Europamarkt viel erwartenden Käufer, sondern auch im Interesse der Wirtschaft, die vor Konkurrenz durch minderwertige Produkte geschützt wird. So sind beispielsweise die Arbeiten für Qualitätsklassenverordnungen für verschiedene Obst- und Gemüsesorten, aber auch die Arbeiten an einer neuen Lebensmittelkennzeichnungsverordnung weit fortgeschritten, sodaß sich die Sorge, auf dem deutschen Markt nicht zugelassene Waren könnten nach Österreich strömen und Österreich damit gewissermaßen zum „Abfallkorb Europas“ machen, als unbegründet erweisen wird.

Ein gewisser Wettbewerbsnachteil für die österreichische Wirtschaft liegt im Nachholbedarf beim Ausbau der Infrastruktur. Auf dem Gebiet der Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie der Ausschöpfung der Begabungsreserven unseres Volkes, beim Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes, der besseren Ausstattung der Bundesbahnen und des Fernmeldewesens und auf vielen anderen Gebieten hat Österreich in der jüngsten Vergangenheit bereits viel Terrain aufgeholt.

Im Zuge der Anpassung an die Erfordernisse des größeren europäischen Marktes werden regionalpolitische Maßnahmen, denen neuerdings auch die Europäischen Gemeinschaften wachsende Bedeutung beimessen, unvermeidlich sein. Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit den Ländern in der österreichischen Raumordnungskonferenz bei Wahrung der kompetenzmäßigen Rechte der Länder ein taugliches Instrument zur Bewältigung dieser Aufgaben geschaffen.

8950

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Bundesminister Dr. Staribacher

Eine Schlüsselstellung für die Bewältigung der kommenden Aufgaben fällt der Industrie zu. Durch systematische Arbeit in den letzten beiden Jahren wurde erstmals in Österreich ein analytisches und operatives Instrumentarium für zeitgemäße Industriepolitik entwickelt, das nun allmählich das Stadium der Einsatzbereitschaft erreicht, gerade zur rechten Zeit, um die dringendsten der sich nun ergebenden Aufgaben zu bewältigen.

In der Regierungserklärung wurde festgestellt — ich zitiere —, daß „der Prozeß der Strukturverbesserung beschleunigt fortgesetzt werden soll. Mittel hiezu sind die Erleichterung der Unternehmensfinanzierung, die Förderung der Forschung und des technologischen Innovationsprozesses sowie die Förderung der Institutionen zur Aus- und Weiterbildung, insbesondere zur Management-schulung.

Konzentrations- und Kooperationsvorgänge im Unternehmensbereich, die Weckung und Stärkung der unternehmerischen Eigeninitiative und die Förderung eines freien und geordneten Wettbewerbs sollen zu einer Modernisierung und ständigen Erneuerung des Produktionsapparates und damit auch zur Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivität in neue zukunfts-trächtige Bereiche führen“.

Die viel diskutierte Maßnahmen im Bereich der verstaatlichten Industrie, wie Stahlfusion und Reorganisation auf dem Gebiet der Petrochemie, sind ein Schritt auf diesem von der Regierungserklärung vorgezeichneten Weg und wurden im Hinblick auf die Europareife unserer Industrie noch zeitgerecht in Angriff genommen.

Der österreichische Fremdenverkehr wird bei voller Wahrung der Länderkompetenzen durch systematische Marktforschung, Investitionsförderung und Marketingpolitik weiter entwickelt, sodaß er in der Lage sein wird, die Chancen des europäischen Großraumes zu nutzen.

In den Bereichen des Handels und des Gewerbes wird das derzeitige Netz von Förderungsmaßnahmen ausreichen, die Europareife zu sichern.

Auf dem Gebiet der Agrarpolitik tragen Maßnahmen, insbesondere das Förderungsprogramm für die Bergbauern, zur Überwindung der regional- und wirtschaftspolitisch fühlbaren Schwachpunkte bei.

Besondere Bedeutung für die Erreichung der Europareife haben auch die Maßnahmen zur Gesundung des ländlichen Raumes, dessen Zukunftschancen weniger in der Nahrungsmittelproduktion, sondern vor allem in seiner

Weiterentwicklung zum Erholungsparadies Europas liegen.

Durch Außenhandelsförderung soll vermieden werden, daß in den letzten Jahren erschlossene Exportmärkte durch den Sog des Handels mit der Europäischen Gemeinschaft vernachlässigt werden.

Berücksichtigung des Exportinteresses bei der Investitionssteuer sowie ein Paket exportfördernder Maßnahmen, wie Erweiterung und Erleichterung des Exportkredites sowie eine Minderung des Kursrisikos, sind bereits eingeleitete Schritte auf diesem Wege.

Auch auf dem Steuersektor wurden wesentliche Änderungen vorbereitet. Der entscheidende Schritt zur Anpassung an die Erfordernisse des europäischen Marktes wurde durch den Beschluß über die Einführung der Mehrwertsteuer bereits getan.

Der Herr Finanzminister hat im Rahmen seiner Initiativen zur Verbesserung des Einkommensteuersystems bereits eine Fülle konkreter Maßnahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit und Bildung von Investitionskapital durchgeführt beziehungsweise vorbereitet.

Die wichtigste Hilfe für die Anpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des europäischen Marktes ist die Konjunkturpolitik der Bundesregierung, die mit Konsequenz und, wie die Statistiken zeigen, auch mit Erfolg bemüht ist, Vollbeschäftigung und ein über dem Niveau der Nachbarstaaten liegendes kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu sichern. Eine dynamische, expandierende Wirtschaft ist das sicherste Mittel, Übergangsschwierigkeiten, die sich bei der Umstellung auf den größeren Wirtschaftsraum ergeben können, zu überwinden.

Manche Bestimmungen des Vertragswerkes, die aus der Sicht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in mancher Hinsicht Probleme zu bringen scheinen, werden bei guter Konjunkturlage schon in wenigen Jahren kaum mehr beachtet werden, während umgekehrt ein konjunktureller Rückschlag weite Teile des Vertragswerkes gefährden könnte. Die konjunkturpolitischen Bemühungen der Bundesregierung werden jedoch von den positiven Auswirkungen des Vertragswerkes einen weiteren unterstützenden Impuls erfahren.

Österreichs Politik ist also für die kommende Entwicklung durchaus gerüstet.

Ich habe in meinem Ressort einige spezielle Aspekte der zu erwartenden unmittelbaren Auswirkungen des Abkommens untersuchen lassen.

Bundesminister Dr. Staribacher

Zunächst haben wir festgestellt, daß die österreichische Exportindustrie auf Grund der ersten Zollsenkungsetappe von 30 Prozent bei ihren Exporten in die Gemeinschaft rund eine halbe Milliarde Schilling im Jahr erspart. Ich könnte mir keine wirksamere Förderungsmaßnahme für die österreichische Exportindustrie vorstellen als diese große Zollersparnis, die ja überdies erst den Auftakt für die gänzliche Beseitigung der Zollschranken gegenüber sämtlichen Staaten des erweiterten gemeinsamen Marktes auf dem industriell-gewerblichen Sektor darstellt.

Da die Integration jedoch keine Einbahn ist, habe ich auch eine Untersuchung hinsichtlich der Auswirkungen der österreichischen Zollsenkungen auf der Importseite durchführen lassen, wobei ich hier vor allem den preispolitischen Aspekt im Auge hatte.

Ich darf zunächst daran erinnern, daß die österreichischen Zölle im Durchschnitt mit 9,45 Prozent höher sind als das Zollniveau in der EWG mit 6 Prozent.

Weiters beträgt die Relation des österreichischen Exportvolumens zum österreichischen Importvolumen gegenüber der EWG 1 zu 1,8. Die zollmäßigen Auswirkungen des Arrangements mit den Europäischen Gemeinschaften sind daher importseitig noch größer als exportseitig. Die österreichischen Importe aus der EWG werden auf Grund der ersten Zollsenkungsetappe von 30 Prozent um rund 1,5 Milliarden Schilling, auf das Kalenderjahr berechnet, geringer mit Zöllen belastet sein.

Einige vom Standpunkt der österreichischen Konsumenten interessante Beispiele seien hier demonstrativ angeführt.

	Importvolumen	Zollersparnis
	Mill. S	Mill. S
Oberbekleidung	200	12
Schuhe	265	13
Rundfunk- und Fernsehgeräte	430	16
Personenkraftwagen	3500	214
Möbel	500	23
Waschmaschinen	522	17
Öfen	143	6

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es die österreichische Bundesregierung im Zuge ihrer Bestrebungen, den Preisauftrieb zu dämpfen, als ihre vordringlichste Aufgabe ansieht, sicherzustellen, daß die Zollersparnisse dem österreichischen Konsumenten tatsächlich zugute kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Diesbezügliche unbefriedigende Erfahrungen mit Zollsenkungen in der Vergangenheit sind für uns ein Ansporn, alle Möglichkeiten auszu-

schöpfen, damit diesmal die Konsumentenschaft nicht um die Früchte der Zollsenkungen gebracht wird.

Diese Ausführungen bezogen sich vor allem auf die möglichen unmittelbaren Auswirkungen der Zollsenkungen.

Mittelbare Auswirkungen ergeben sich weiters daraus, daß auch die Zölle der importierten Rohstoffe, Halbfertigwaren, Maschinen und Anlagen gesenkt werden, was wiederum seinen Niederschlag in den Preisen der daraus in Österreich produzierten Fertigwaren finden wird.

Des weiteren erwarte ich, daß die billigeren Einfuhrmöglichkeiten allgemein zu einer Stimulierung des Wettbewerbes und damit generell zu einer schärferen Preiskonkurrenz führen werden.

Abschließend möchte ich die grundsätzliche Feststellung treffen, daß für einen Kleinstaat die Außenhandelsverflechtung für den Lebensstandard bestimmend ist. Fast könnte man von einer Korrelation des Lebensstandards und des Außenhandelsvolumens sprechen. Anders ausgedrückt: Je mehr sich ein kleines Land wie Österreich in die internationale Arbeitsteilung eingliedert, desto größer ist sein Wohlstand.

Das Vertragswerk wurde vergangenen Samstag in Brüssel unterzeichnet. Nunmehr hat das Hohe Haus das Wort. Mit der Ratifizierung der Verträge beginnt ein neuer Abschnitt der österreichischen Wirtschaftspolitik. *(Allgemeiner Beifall.)*

Vorsitzender: Zum Wort hat sich der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kirchschläger:** Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Ich beehre mich, zu dem am 22. Juli unterzeichneten Vertragswerk zusätzlich noch folgende Bemerkungen vom außenpolitischen Gesichtspunkt zu machen:

Das Vertragswerk wird Österreich eine Teilhabe an einem freien Warenverkehr und an der Dynamik eines 300-Millionen-Marktes gestatten und wird damit den Erkenntnissen moderner Wirtschaftswissenschaft Rechnung tragen.

Diese im Vertragswerk klar und, ich möchte betonen, durch keinerlei vertrauliche oder Geheimabmachungen irgendwelcher Art ergänzte oder veränderte Teilhabe an dem europäischen Integrationsstreben ist für Österreich ein wirtschaftlicher Prozeß, der sich sowohl in den Verhandlungen als auch in der Ziel-

Bundesminister Dr. Kirchschräger

setzung nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten orientierte.

Aufgabe der Außenpolitik in der Zielsetzung und in den nun zu Ende gegangenen Verhandlungen war es, jene optimale Linie zu finden, die einerseits den wirtschaftlichen Vorstellungen möglichst weitgehend entspricht und andererseits dem Status der immerwährenden Neutralität, den vertraglich eingegangenen Verpflichtungen und der politischen Aufgabe, die Österreich in Europa zukommt, gerecht wird.

Mir scheint an dem jetzt vorliegenden Vertragswerk wesentlich zu sein, daß es durch die Schaffung eines Freihandelszonenverhältnisses jene Forderungen erfüllt, die die Neutralen in gemeinsamer Arbeit, und zwar nicht aus Partikularismus, sondern aus der Verantwortung für ihre ihnen in Europa zukommende Rolle sich aufzustellen verpflichtet sahen, nämlich

die Freiheit von politischen Bindungen jeder Art,

das Recht, auch in Zukunft gegenüber Drittstaaten eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu betreiben,

eine gleichberechtigte Stellung in der durch den Vertrag geschaffenen gemeinsamen Institution, dem Gemischten Ausschuß, zu haben,

die Handlungsfreiheit im Neutralitätsfall zu besitzen und

das Kündigungsrecht im Vertrag inkorporiert zu sehen.

Ich halte es für ein Gebot der Fairneß, der Kommission und dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften dafür zu danken, daß sie im Sommer vorigen Jahres das System einer Freihandelszonenlösung zum ersten Mal als eine mögliche, auch mit ihrer Philosophie übereinstimmende Lösung bezeichneten. Sie haben dadurch erst den Weg für den Abschluß des vor uns liegenden Vertragswerkes geebnet. Ihr Entschluß vom Juni 1971 war eine Entscheidung von europäischer Verantwortung. Er hat es der Bundesregierung vom außenpolitischen Gesichtspunkt her leicht gemacht, nunmehr dem Vertrag zuzustimmen.

Denn eines gestatten Sie mir, Hohes Haus, sehr klar und sehr eindeutig festzustellen: Die Verantwortung dafür, daß dieses Vertragswerk mit der immerwährenden Neutralität Österreichs und mit dem österreichischen Staatsvertrag übereinstimmt, tragen ausschließlich die hierfür zuständigen Organe der Republik Österreich.

Die Bundesregierung mußte daher genau, ja ich würde sagen, peinlich genau prüfen, ob die Kompatibilität des Vertragswerkes mit der Neutralität, mit dem Staatsvertrag gegeben ist. Sie konnte sich diese Prüfung nicht dadurch leicht oder leichter machen, daß gegenwärtig in Europa ein politisches Klima wachsender Entspannung vorherrscht, das glücklicherweise von dem des vergangenen Jahrzehnts verschieden ist.

Osterreich kann seine Aufgabe als ein Staat der Mitte, als ein Ort der Begegnung, als eine Zone außenpolitischer Stabilität nur erfüllen und seinen Beitrag zur Sicherheit und zur Zusammenarbeit in Europa nur leisten, wenn es genau das hält — und zwar peinlich genau das hält —, was es versprochen oder erklärt hat.

Nur der Staat, dem — allerdings aus objektiver Sicht — kein Vertragsbruch, kein Wortbruch, ja auch keine Illoyalität vorgeworfen werden kann, kann auch eine in Wahrheit unabhängige Politik, diese aber dann nach allen Seiten hin, führen. Und das ist das Ziel der österreichischen Außenpolitik.

Dies allein scheint mir auch der Weg, die konstruktiven Möglichkeiten, die uns die Neutralität bietet, voll auszunützen. Die Neutralität hat nicht nur die Behauptung der Unabhängigkeit zum Ziel, sie setzt auch Unabhängigkeit voraus.

Es schiene mir eine Unterlassung, in diesen Tagen nicht auch zu unterstreichen, wie wertvoll für uns die Zusammenarbeit mit den anderen Neutralen schon seit dem Jahre 1960 gewesen ist.

Es war nie die Absicht der Neutralen, eine Art von Block zu bilden. Nie hat sich unsere Zusammenarbeit gegen irgend jemand gerichtet. Immer aber hat uns diese Zusammenarbeit geholfen, in gemeinsamer Beratung jene Postulate zu finden, die es uns rechtlich und politisch möglich machen, den wirtschaftlichen Zielvorstellungen in dem weitestmöglichen Maß entgegenzukommen und gleichzeitig unseren Aufgaben als neutrale Staaten in Europa treu zu bleiben, wohl wissend, daß diese Neutralität nicht nur in unserem, sondern auch im Interesse der anderen Staaten gelegen ist.

Hoher Bundesrat! Mit einer gewissen Befriedigung darf ich feststellen, daß Österreich in diesen Beratungen der Neutralen nicht nur ein nehmender, sondern auch ein gebender Teil gewesen ist. Dies scheint mir mit ein Beweis dafür zu sein, daß die österreichische Neutralität in ihrem Selbstverständnis, aber auch in ihrer Strahlungskraft schon weit über

Bundesminister Dr. Kirchschräger

die 17 Jahre ihres Bestandes hinausgewachsen ist, eine Tatsache, die nicht nur uns, sondern auch alle jene Staaten in und außer Europa mit Genugtuung erfüllen kann, die an dieser Neutralität und an der inhaltlich zwangsläufig mit ihr verbundenen Unabhängigkeit unserer Republik ein Interesse haben.

Hoher Bundesrat! Lassen Sie mich zum Abschluß dieser Erklärung noch eines feststellen: Durch die Unterzeichnung und auch später durch die Ratifikation dieses Vertragswerkes, aber auch durch seine Handhabung und Erfüllung tritt keine Änderung, keine Neuorientierung und keine Umorientierung der österreichischen Außenpolitik ein. Hiefür ist weder Anlaß noch Grund.

Österreich ist nach seiner Geschichte und seiner Geographie zu sehr an einer Entspannung und an dem Frieden in Europa orientiert, als daß es sich nicht seiner Verantwortung für das bestehende Gleichgewicht auf diesem Kontinent bewußt wäre.

Unsere Politik gegenüber den Staaten, mit denen wir den Vertrag unterzeichneten, und gegenüber jenen Staaten, die nicht an dieser Integrationsform Europas teilnehmen, wird daher auch in Zukunft von den gleichen Zielsetzungen und von dem gleichen aufrichtigen Bestreben nach fruchtbringender Zusammenarbeit begleitet sein, nach dem gleichen Streben, das auch schon bisher unsere Politik geleitet hat.

Ein wirtschaftspolitisches Ziel ist mit diesem Vertragswerk in einer den außenpolitischen Gegebenheiten entsprechenden Form erreicht. Den außenpolitischen Zielen einer glaubhaften Sicherheit und einer wahrhaft umfassenden Zusammenarbeit in Europa wird die weitere Arbeit der österreichischen Außenpolitik gelten. *(Allgemeiner Beifall. — Bundesrat Dr. Skotton: Zur Geschäftsbehandlung!)*

Vorsitzender: Zu einem Antrag zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Doktor Skotton gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. Skotton (SPO): Herr Vorsitzender! Ich stelle den Antrag, die Debatte über beide Erklärungen sofort abzuführen.

Vorsitzender: Hohes Haus! Sie haben den Antrag gehört.

Ich bitte jene Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesem Antrag zustimmen, um ein Händenzeichen. — Dieser Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Heger. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. Heger (OVP): Herr Vorsitzender! Die Herren Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn meiner Ausführungen eine persönliche Bemerkung: Ich gehöre nicht erst seit der Zeit, als die Frage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor vielen Jahren zur Diskussion gestellt wurde, zu den Verfechtern eines geeinten und einigen Europas, sondern seit bald vier Jahrzehnten, also aus einer Zeit heraus, in der dem Wachstum Europas nur im Näherrücken und Zusammenrücken der europäischen Staaten eine Überlebenschance dieses Kontinents gegeben wurde, eines Kontinents, der die würdige Heimat aller Europäer ist.

Ich bekenne mich dazu, daß ich nach wie vor jener Idee huldige, die sich ausdrücklich nicht auf das geeinte Westeuropa allein beschränkt. Ich glaube, wir verstehen uns. Ich sah und sehe in diesem Zielgedanken eines einigen Europas die einzige Chance, nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die kulturelle Behauptung und Festigung des Abendlandes zu halten.

So gesehen, nehme ich vorweg, daß die Gesinnungsgemeinschaft der Österreichischen Volkspartei das vorliegende Vertragswerk begrüßt, ohne allerdings in eine Euphorie zu fallen, die wie immer die Realitäten zu verschleiern versucht.

Ich setze mich allerdings auch damit mit einem Pessimismus auseinander, der vor kaum 24 Stunden in einer Festrede von Eugène Ionesco anläßlich der Eröffnung der Salzburger Festspiele 1972 vor einem festlichen Forum erklärt wurde: Wir leben nicht „im Zeitalter des Zornes, der uns unaufhaltsam und unausweichlich zum Untergang führt“. Ich bin auch nicht der Meinung, „daß alle Gesellschaftsformen der Gegenwart uns nicht zufriedenstellen“, und ich bin auch nicht der Meinung, daß sie „infernalisches“ sind. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die „Religionen machtlos geworden sind“, und ich bin auch nicht der Meinung, daß „alles erschöpft ist und wir ohne Schutz da sind“.

Es gibt noch genügend Lehrmeister, die versuchen, in einer zugegebenermaßen materialistischen Welt in der Lösung wirtschaftlicher Probleme in einer kontinuierlichen und nicht hektischen Regierungsweise durch Vertragswerke den technischen Fortschritt mit der Lösung wirtschaftlicher Probleme zu koordinieren.

Ich bin sicher mit vielen der gleichen Meinung, daß dem Politiker in diesem Bestreben ein hohes Maß an Verantwortung auferlegt

8954

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Dr. Heger

wird und er nicht mit Sorglosigkeit und Leichtfertigkeit, sondern aufgabenbewußt mit Sorgfalt und ernster Zielstrebigkeit in Verantwortung für den Mitmenschen seinen Mitbürgern voranzugehen hat. Mit Ihnen, meine Damen und Herren, glaube ich mich sicher zu wissen, daß dieser Weg nicht durch Revolutionen, sondern durch Evolutionen zu beschreiten ist und der Humanismus uns Abendländern ein treuer Wegbegleiter sein soll.

In dem Bestreben der schrittweisen Verbesserung der allgemeinen Einigung Europas stellt also auch der gegenwärtige Vertrag sicher einen Meilenstein auf den zugegebenermaßen nicht nur dreispurigen Autobahnen, sondern des öfteren auch auf einem dornigen Saumpfade dar. Es wird also der vornehmlichen Übereinstimmung und des Zueinanderfindens bedürfen.

Es ist so — und damit wiederhole ich mich aus einem Beitrag, den ich vor Ihnen anläßlich der vorletzten Bundesratssitzung angemerkt habe —, daß die Regierungspartei wohlberaten sein wird, wenn sie sich der Mitwirkung der großen Oppositionspartei versichert, denn es geht um das Wohl aller Österreicher.

Nach dieser meines Erachtens offenen Stellungnahme darf ich mich in Kürze dem Vertragswerk selbst und dem von meinen Gesinnungsfreunden vorgebrachten Begleitprogramm zum EWG-Vertrag widmen.

Zunächst gestatten Sie mir, daß ich mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden aus dem Schlußkommuniqué zitiere, das der Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik, 7. Jahrgang, Heft 4/5 aus 1967 entnommen ist.

„Die neue Verhandlungsphase zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde mit einer Sitzungsrunde vom 13. bis 16. Dezember 1966 in Brüssel eröffnet. Die österreichische Delegation stand unter dem Vorsitz des Vizekanzlers und Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie, Doktor Fritz Bock, vertreten durch den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Eugen Buresch, die der Gemeinschaft unter dem Vorsitz von Jean Rey, Mitglied der EWG-Kommission, vertreten durch Generaldirektor Axel Herbst. An einem Teil der Verhandlungen nahm auch der österreichische Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lujo Tončić-Sorinj, teil.

Auf der Grundlage des vom Rat Anfang Dezember erteilten ergänzenden Mandates erläuterte die Delegation der Gemeinschaft ihre Vorstellungen über die Regeln für den Abbau der Handelshindernisse auf dem industriell-gewerblichen Sektor zwischen Österreich und

der Gemeinschaft und der Harmonisierung des österreichischen Außenzolltarifs mit dem der Gemeinschaft. Die österreichische Delegation nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Gemeinschaft dem österreichischen Wunsch nach einer beschleunigten Öffnung des EWG-Marktes entgegenzukommen bereit ist. Sie stimmte dem Vorschlag zu, daß der Zollabbau in fünf Etappen innerhalb von vier Jahren verwirklicht werden soll, und begrüßte, daß bei Einigung über den gesamten Zollbereich die Gemeinschaft bereit wäre, ihre Zölle gegenüber Österreich binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Vertrages um 60 Prozent zu senken.

Im Verlauf der Verhandlungen legte die Gemeinschaft erweiterte Vorschläge für die Modalitäten einer autonomen Handelspolitik Österreichs gegenüber Osteuropa vor. Beide Delegationen haben ihre Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer weitgehenden Autonomie Österreichs zur Aufrechterhaltung und organischen Weiterentwicklung des österreichischen Osthandels bekräftigt. Diese Weiterentwicklung ist ein gemeinsames Ziel beider Parteien. Die österreichische Delegation begrüßte die Vorschläge der Gemeinschaft, die einen wichtigen Schritt in Richtung auf die österreichischen Vorstellungen darstellen.

Die Verhandlungen, die in einem konstruktiven und freundschaftlichen Geiste stattfanden, werden am 30. Jänner 1967 in Brüssel fortgeführt. Landwirtschaftliche Fragen werden auf der Tagesordnung der Jänner-Runde stehen. Darüber hinaus werden die während dieser Verhandlungsrunde behandelten Fragen weiter geprüft werden.“

Stand der Verhandlungen unter einer ÖVP-Alleinregierung bereits im Dezember 1966.

Aus der Fortsetzung der Verhandlungen, beginnend mit Jänner 1967 bis zum Vertragsabschluß am vergangenen Samstag, den 22. Juli 1972, war einer der dornigen Wege zu beschreiten, der endlich uns Österreicher aus dem Vorzimmer des Wartezimmers zur EWG in den Vertragssaal zur Unterschrift geführt hat.

Meine Parteifreunde gestatten sich durch mich ohne Ausnahme allen Regierungen — selbstverständlich und gerade den ÖVP-Regierungsmitgliedern der vergangenen Regierungen — und den Fachexperten, die ihre Kraft in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt haben, den Dank in dieser Ländervertretung zu übermitteln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich füge ausdrücklich Anerkennung und besonderen Dank allen Beamten hinzu, die

Dr. Heger

durch ihr Wissen, durch ihre Konzilianz und Ausdauer zum guten Gelingen der Sache beigetragen haben, wobei ich Herrn Botschafter Leitner und seinen Mitarbeitern in Brüssel bei der EWG-Botschaft für sein diplomatisches Geschick, Herrn Botschafter Marquet, der hier anwesend ist, für seine ausdauernde Geschicklichkeit in der Verfechtung der österreichischen Belange der Wirtschaft und Herrn Sektionschef Reiterer, der auch im Hause ist, für seine immensen Bemühungen der Herbeischaffung handfester Unterlagen unsere Gratulation und unseren Beifall übermittle. (*Allgemeiner Beifall.*)

Was nun, meine Damen und Herren? Jetzt heißt es, in unserem Land angesichts des unbarmherzigen Wettbewerbs auf dem Markt der 300 Millionen Europäer jene Begleitmaßnahmen zu überlegen und zu beschließen, die uns für das Vertragswerk zum Wohl unseres Vaterlandes unerlässlich erscheinen. Ich habe dazu namens der Wirtschaft folgende konkrete Anmerkung zu machen:

Erstens. Wir merken an, daß beim Export die Gewerbesteuer eine nach GATT, EWG- und EFTA-Vertrag grundsätzlich vergütungsfähige Abgabe darstellt, sofern sich die Vergütung auf die Höhe der niedrigsten Belastung der verschiedenen Komponenten der betrieblichen Wertschöpfung beschränkt.

Praktisch gesprochen bedeutet dies, daß die Gewerbesteuer in dem Maße vergütungsfähig ist, in dem sie die Erträge aus nichtselbständiger Arbeit belastet oder, anders ausgedrückt, in Höhe der Belastung der betrieblichen Wertschöpfung mit Lohnsummensteuer.

Auf die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse bezogen, beziffert eine Studie, gestützt auf Untersuchungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, die Belastung der Wertschöpfung im industriell-gewerblichen Bereich mit Lohnsummensteuer mit durchschnittlich 1,16 Prozent. Wird dieser Wert mit Hilfe der durchschnittlichen Wertschöpfungsquote, die in der Industrie laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung 1970 42,2 Prozent betrug, auf die Bruttoproduktionswerte, also auf die Umsätze bezogen, entspricht dies einer vergütbaren Belastung von durchschnittlich 0,5 Prozent des Exportwertes.

Zweitens. Eine wirksame Forderung und auch eine berechtigte Forderung der gewerblichen Wirtschaft muß deponiert werden, wonach die Verlängerung des Strukturverbesserungsgesetzes mindestens bis zum 31. Dezember 1973 beschlossen werden muß.

Drittens. Die Forderung nach Begünstigungen von österreichischen Investitionen im Aus-

land zur Errichtung von Vertriebsstätten, Servicestationen und Montagewerken wird anerkannt und tatkräftig zu unterstützen sein.

Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel hat mit größtem Erfolg schon seit 1950 mit dieser Forderung auf Investitionen im Ausland die Handelslücken der Entwicklungsländer zu verkleinern versucht, mit dem Ziel, daß der Handel zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den Entwicklungsländern den beiderseitigen Wohlstand mehr, und zwar umso intensiver, je umfassendere Handelsströme bereits vorliegen.

Wir sind der Meinung, daß die Förderungen privater Direktinvestitionen der Industrieländer den Entwicklungsländern weitere vielfältige Impulse für ihren ökonomischen Fortschritt geben. Sie tragen zur Deckung des Kapitalbedarfs bei, entlasten im Gegensatz zu staatlichen Kredithilfen die Zahlungsbilanzen durch den Fortfall der termingebundenen Kapitaldienste für Kredite sowie durch Importsubstitutionen, schaffen neue dauerhafte Arbeitsplätze und transferieren unmittelbar technisches wie wirtschaftliches Know how.

Zweifelloos werden wir weiterhin einen harten Kampf um die Märkte von morgen zu führen haben, wobei die österreichische Bundesregierung ein beachtliches Bündel flankierender Maßnahmen zu entwickeln haben wird, welche die Investitionen österreichischer Unternehmungen in Entwicklungsländern anreizen und hauptsächlich gegen spezifische Risiken absichern sollen.

Viertens. Auf Grund von Umstrukturierungsmaßnahmen, die durch die Integration bedingt sind, wird es zumindest zeitweilig auf dem Arbeitsmarkt zu verschärften Anpassungsschwierigkeiten kommen.

Als vorbeugende Maßnahme werden zweifellos zusätzliche Budgetmittel der Arbeitsmarktförderung zugeführt werden müssen, wobei unseres Erachtens besonders auf die Erweiterung und qualitative Verbesserung der Umschulung von Arbeitskräften Wert gelegt werden muß.

Daß insbesondere für die Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer dauernd vorgesorgt werden muß, versteht sich im „Programm für unsere Alten“ von selbst.

Die Organisation der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ist dabei, bereits bewährte Ein- und Umschulungen, einschließlich des fremdsprachigen Unterrichtes, der Allgemeinverständigung, aber auch im Spezialwissen weiter auszubauen und aus der Praxis zeitnahe Erweiterungen der Schulungen zu planen und durchzuführen.

8956

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Dr. Heger

Fünftens. Eine Anmerkung über die Konjunkturpolitik: Zweifellos werden wir den ständigen Konjunkturerhebungen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und insbesondere die monatlichen Konjunkturerhebungsberichte genau verfolgen müssen.

Ich darf unter anderem hier anmerken, daß wir gerade den Erhebungen, die immer eine Art von Vorsignal für Konjunktumschwünge sind, ganz große Bedeutung zu-messen müssen.

Wir müssen den Einfluß dieser Erhebungsergebnisse auf die Antworten der Unternehmer auf die Fragen der späteren Erhebungen kennen, also immer kontinuierlich aus den Erhebungsberichten über die Konjunktur lernen.

Wir müssen auch den Einfluß der jahreszeitlichen Schwankungen auf diese Erhebungen dauernd beobachten.

Wir müssen trachten, daß die Gültigkeit der Erhebungsberichte immer wieder als Ausgangsbasis für neue Analysen dient.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Möglichkeit einer mengenmäßigen Festlegung der Erhebungsberichte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Index der Industrie-erzeugung, verfolgt wird.

Wir müssen die Relativität der Beurteilung der Auslandsaufträge angesichts der Schwankungen der Inlandsnachfrage beobachten.

Letzten Endes müssen wir auch die Notwendigkeit einsehen, ein gemeinsames Forschungsprogramm, in dem die Vielzahl der zu prüfenden Fragen festgehalten wird, zu entwickeln.

Nach diesen fünf Hauptanliegen von seiten der Wirtschaft darf ich aber ein ernstes und offenes Wort an Sie richten. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren — weil es im Zusammenhang mit der politischen Auswertung des EWG-Vorvertragswerkes genützt wird —, daß ich Ihnen als verantwortlicher Praktiker und mit Zahlenmaterial belegbar eine Euphorie begradige, die sich mit Preisminderungen im Zusammenhang mit der an sich wohl sehr zu begrüßenden 30prozentigen Zollermäßigung ab 1. Oktober als Folge des Interimsabkommens ergeben soll.

Ich habe mir die Mühe gemacht — und ich stelle Ihnen das dann im Detail zur Verfügung —, einige Kalkulationen zu erarbeiten, aus denen Sie ganz offen sehen sollen, daß wir sehr vorsichtig sein müssen und nicht in eine Euphorie verfallen dürfen, wenn wir von der 30prozentigen Zollsenkung sprechen.

Ich weiß nicht, Herr Bundesminister Dr. Staribacher, ob die Zollsenkungsbeispiele, die Sie in Ihren Erklärungen angeführt haben, gerade die maßgeblichsten sind. Wenn die Schuhe bisher 25 Prozent Zoll gehabt haben, so ermäßigt sich der Zoll also auf rund 17, wobei ich nicht weiß, ob wir der österreichischen Schuhindustrie, die sehr, sehr schwer kämpft, gerade dadurch einen Dienst leisten, wenn wir hier eine besondere Propaganda für nunmehr verbilligte Importschuhe machen.

Die Fernsehapparate waren bisher mit 35 Prozent Zoll belastet, über die Verbilligung nunmehr kann man reden.

Bei den Rundfunkempfangsgeräten mit 38 Prozent Zoll wird die schwer ringende österreichische Rundfunkindustrie gar keine besondere Freude haben, wenn wir die Importpreisverbilligung propagieren.

Dann komme ich zu den Personenkraftwagen. Die Personenkraftwagen haben bisher einen Zoll von 20 Prozent gehabt. Wenn ich also jetzt die 30prozentige Zollminderung vornehme, so — und das werde ich dann später noch an einem anderen Beispiel genau erläutern — wird das zum Beispiel beim Volkswagen — wie das im übrigen im Fernsehen dargestellt wurde — eine Verbilligung von etwa 1800 S bis 2000 S ausmachen, an sich erfreulich.

Die Waschmaschinen haben bisher 15 bis 23 Prozent Zoll gehabt, die Ofen 16 Prozent.

Ich glaube, auch in diesen Fällen so wie bei den Schuhen sagen zu dürfen: Ob gerade unsere schwer ringende Ofenindustrie in Oberösterreich, Salzburg und in der Steiermark eine Freude daran haben wird, wenn wir besonders sie als Beispiel dafür erwähnen, wo die verbilligten Importe besonders angeführt werden, das zu beurteilen überlasse ich demjenigen, der das gesagt hat.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Kalkulationen: wenn also bisher zum Beispiel eine Ware mit 22 Prozent Zoll belastet war, so ergibt sich aus der Rechnung mit 30 Prozent minus ab 1. Oktober 1972, daß sie nunmehr mit 4,5 Prozent weniger belastet wird.

Ich nehme als Grundbeispiel eine Ware, die frei Grenze 1000 D-Mark kostet, also umgerechnet rund 7300 S. War bisher der Zoll 22 Prozent, so komme ich zu einem Endpreis — wenn ich etwa einen Durchschnittssatz nehme —, zu einem angenommenen Gemeinkostenfaktor von etwa 2,50 S pro D-Mark. Das heißt, ich komme dann, wenn ich 5 Prozent Gewinn und 2 Prozent Umsatzsteuer in 100

Dr. Heger

dazu rechne, auf einen Preis von 12.830 S als Abgabepreis.

Wenn ich unter den ganz gleichen Bedingungen die Kalkulation mit 15,4 Prozent mache — das heißt also in Ansehung der 30prozentigen Zollsenkung —, so komme ich auf einen Endpreis von 12.234 S. Immerhin eine Reduktion, allerdings bei einer sehr harten Zollbelastung von 22 Prozent bisher, um 4,65 Prozent auf den bisherigen Preis.

Meine Damen und Herren! Ich könnte diese Beispiele weiter fortsetzen. Ich möchte aber hinzufügen: Wenn es etwa eine Ware gibt, die bisher mit 10 Prozent belastet war und ab 1. Oktober nur mehr mit 7 Prozent belastet sein wird, so ergibt sich eine Preisminderung, Herr Bundesminister, im Endpreis von 2,3 Prozent.

Es ist das logische Ergebnis meiner Berechnungen, daß wir hier rein mathematisch mit stets höheren Zollsätzen auch die maximalen Auswirkungen an Preisminderungen sehen. Aber dort, wo schon bisher nur ein geringer Zollsatz gewesen ist, also um die 10 oder 12 Prozent, macht das eben unter ganz gleichen Kalkulationsvoraussetzungen, Herr Bundesminister, eben kaum 2,75 Prozent im Abgabepreis aus.

Ich mußte Ihnen das sagen, und ich bin gerne bereit, Herr Minister, Ihnen diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit Sie überprüfen lassen können, ob ich richtig und recht gerechnet habe.

Als Kaufmann, meine Damen und Herren, begrüße ich selbstverständlich jede Preisverbilligung beim Import, insbesondere als Importeur. Ich habe dann die Möglichkeit, zu verbilligten Preisen an die Verteilerorganisationen heranzutreten, um auch ihnen die Chance zu geben, besser und preiswerter zu verkaufen.

Wir leben aber nicht von der Kalkulation, meine Damen und Herren, sondern von den Erlösen, die wir im harten Wettbewerb aus Angebot und Nachfrage zu erzielen wünschen. Denn nur dann — und das vergessen wir allzu leicht — sind wir in der Lage, wettbewerbsgerecht auf dem europäischen Markt durch die immer zahlreicher und kostspieliger werdenden Investitionen zur Gesamtwohlfahrt beizutragen, wenn wir auch imstande sind, eben aus unseren besseren Erlösen auch mehr dafür zu tun.

Ich lehne also in diesem Zusammenhang alles ab, was unseren aufgeschlossenen Mitbürgern, sei es wie immer und von wem immer, Preisreduktionen vorspiegelt, die das

Ausmaß des Tatsächlichen unglaublich vorgaukeln und in der Reihe der irreführenden Demagogien gehören. Hier ist es die Verantwortung des Politikers, sachlich zu bleiben! *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Walli: Beispiele bringen!)*

Meine Damen und Herren! Als Ländervertretung sind wir höchst daran interessiert, das Vertragswerk zu einer Reife zu bringen, die unseren Mitbürgern nützt.

Der Bundesrat hat verfassungsgemäß das Recht zur Kontrolle der Regierung. Eine Kontrolle ohne Beratung und ohne Setzung von Alternativen ist aber zwecklos und fruchtlos. Gewiß ist das Ziel einer Demokratie immer wieder in Erinnerung zu rufen: „Die Kontrolle über Regierungsentscheidungen wird so aufgeteilt, daß den Präferenzen keines einzigen Bürgers ein höheres Gewicht beigelegt wird als den Präferenzen irgendeines anderen Bürgers.“ Damit zitiere ich einen Staatsrechtler.

Wir im Bundesrat haben bedauerlicherweise im Gegenwärtigen die parteipolitischen Auseinandersetzungen des Nationalrates fortzutragen. Wir glauben aber, daß wir im Sinne der Kontrollfunktion von Gesetzesvorlagen mehr denn je die Interessen unserer Bundesländer, die wir vertreten, hervorheben sollen. Ich sage dies ausdrücklich in der Kenntnis über die Wirkung dieses Vertragswerkes, das für ganz Österreich und ohne Ausnahme gelten wird, weil die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Begleitmaßnahmen den Forderungen und Vorstellungen der Bundesländer, die noch von meinen Freunden kommen werden — und deshalb sagte ich es gleich vorsorglich —, erhöhte Aufmerksamkeit schenken muß.

Ich meine damit, daß wir uns in dieser zweiten Kammer in Ausübung der Kontrollfunktionen bei jedem Gesetz, genauso aber auch bei den Beratungen über dieses Vertragswerk mit der EWG als Politiker ständig die Frage vorlegen müssen, welche da lautet — das gilt nicht nur für die vorgeschlagenen Begleitmaßnahmen, die ich nur kurz angemerkt habe, sondern das gilt immer —: Was haben wir getan, was hätten wir besser tun können? Und mit der Beantwortung dieser Fragen durch uns selbst können wir gemeinsam in diesem Haus dazu beitragen, daß der Zustand, wie ihn Eugène Ionesco gestern beschrieb — und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück —, weder ein gegenwärtiger ist noch ein zukünftiger überhaupt werden kann.

Wir Europäer werden erneut, gestärkt durch dieses Vertragswerk, das, wie Sie wissen,

Dr. Heger

nicht nur uns Österreicher innerhalb der europäischen Integration vorwärtsbringen wird, auf dem erfolgreich eingeschlagenen Weg der Wohlfahrt für unsere Mitmenschen weiter-schreiten, kontinuierlich, nicht hektisch, vorausschauend und stets verbessernd und unter Vermeidung vermeidbarer Risiken. Nur dann sind wir berechtigt, den Ländern der Dritten Welt zu helfen, die es bitter nötig haben.

Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Abschließend lassen Sie mich drei Bemerkungen machen.

Erstens. Europareif waren und sind wir Österreicher schon lange. Das ist den Dritten ins Stammbuch geschrieben.

Zweitens. Das vorliegende Vertragswerk mit der EWG ist sicher ein sehr brauchbares Instrument zur europäischen Gesamtanierung im Sinne einer brauchbaren Verständigung und dauernden friedlichen Entwicklung.

Drittens. Das vorliegende Vertragswerk wird aus einem Papier ein taugliches Mittel für Wohlfahrt und eine bleibende treibende Kraft im Sinne eines besseren Österreichs für alle, wenn ihm rein innerösterreichisch durch die Regierung ein umfassender Katalog notwendiger und unerläßlicher Begleitmaßnahmen hinzugefügt wird. Und daran werden meine Gesinnungsfreunde aus den Ländern entscheidend mitarbeiten, denn sie müssen gehört werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Reichl. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. **Reichl** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Herren Minister! Verehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich folge sanft errötend den Spuren meines langjährigen Europaratskollegen Dr. Heger und bin ihm sehr dankbar dafür, daß er diese Diskussion mit so viel Fairneß und Verantwortungsbewußtsein eingeleitet hat. Er hat recht, es geht hier um das Wohl aller Österreicher. Darin können wir mit ihm übereinstimmen.

Bundesrat Dr. Heger hat seinen Diskussionsbeitrag mit einer persönlichen Bemerkung eingeleitet und darauf hingewiesen, daß er eben auch schon seit vielen Jahren überzeugter Anhänger der europäischen Idee ist.

Ich möchte vielleicht ergänzend hinzufügen, daß auch ich seit vielen Jahren ein Anhänger des europäischen Großraumdenkens bin, mich aber immer sehr bemüht habe, in verschiedenen Großkundgebungen, Versammlungen, vor allem bei Jugendkundgebungen, den besonderen österreichischen Standpunkt darzulegen. Ich muß sagen, es war nicht immer

ganz leicht, bei Diskussionen mit jungen Menschen diesen österreichischen Standpunkt begreiflich zu machen. Denn Sie können sich vorstellen: Bei allen Europaromantikern gab es verschiedene Auffassungen, und sie sind aus verschiedenen Lagern mit verschiedenen Vorstellungen gekommen. Da war es manchmal nicht ganz leicht, ihnen beizubringen, daß wir Österreicher eben zur Europaproblematik einen besonderen Standpunkt einnehmen müssen.

Nun zum Themenkreis selbst. Seit etwa zwölf Jahren wird das österreichische Volk einmal mehr und dann wieder weniger vom Rhythmus der europäischen Integration berührt. Dieser Rhythmus wurde einmal von einem alten Luxemburger Politiker namens Bech — er gehörte einer alten Luxemburger Politikerfamilie an — mit folgenden Worten charakterisiert: „Mit der europäischen Integration ist es so wie mit der Prozession von Echternach: Drei Schritte nach vorn und zwei zurück!“

Nach der berühmten Churchill-Rede vom September 1946 in Zürich, in der er die Vision eines künftigen Europas zeichnete, haben vor allem die wundesten unter den europäischen Völkern auf die europäische Integration mit derselben Inbrunst gewartet wie einstens Lenin in Rußland auf die Weltrevolution. Lenin hat einmal ein berühmtes Wort geprägt, als er sagte: „Einmal haben wir auf die Weltrevolution gewartet, jetzt wartet die Weltrevolution auf uns!“

Ähnlich ist es den europäischen Völkern in bezug auf die europäische Integration gegangen. Nur handelte es sich hier um eine wesentlich andere Form der Revolution. Aber was sich hier still und leise und auf dem Verhandlungsweg vollzieht, das ist auch eine große Revolution und, ich möchte vielleicht sagen, der Ausgangspunkt einer neuen Renaissance Europas überhaupt, das, was Kollege Heger als Wiedergeburt des Abendlandes bezeichnet hat. Ich möchte hier sagen, es handelt sich um eine bedeutende Revolution. Vielleicht ist sie auch so bedeutend, wie es die Revolution 1917 in Rußland gewesen ist.

Vom österreichischen Standpunkt aus können wir mit Sarkasmus und etwas Selbstironie feststellen: Die Integration hat auf uns nicht gewartet. Das wäre bei unserer Lage auch nicht richtig gewesen. Unsere Aufgabe war es immer, den Anschluß an den abfahrenden Zug nicht zu versäumen.

Mit den vorliegenden Verträgen, dem Globalvertrag, dem Interimsvertrag, glauben

Dr. Reichl

wir aber, den Anschluß gefunden zu haben. Ihn im Interesse unserer Wirtschaft, aber auch mit dem Ziel, einen Beitrag zur europäischen Solidarität zu liefern, auszunützen, wird die kommende Aufgabe sein. Wir werden diesen dicken und großen Akt in einer Fülle von Durchführungsgesetzen bearbeiten müssen. Ich kann mir vorstellen, daß man heute noch nicht ganz genau weiß, was alles noch im Verlauf der praktischen Durchführung dieses Vertragswerkes notwendig sein wird.

Der Werdegang dieser so mühsam erarbeiteten Verträge, meine Damen und Herren, wird einmal Inhalt eines interessanten Geschichtsbuches werden. In einem solchen Geschichtsbuch könnte auch ein Qualtinger allerlei für sein Repertoire finden. Sehr oft wechselte das Klima von einem heroischen Optimismus eines Dr. Bock bis zum heroischen Pessimismus der „Volksstimme“. Wer heute in alten Zeitungen Reden bei Messeeröffnungen liest, wird dort interessante Vorhersagen und Prophezeiungen finden. Ich denke dabei an verschiedene Messeeröffnungen und verschiedene Reden, die in diesem Zusammenhang in Graz gehalten worden sind.

In der zwölfjährigen Geschichte seit Unterzeichnung des EFTA-Vertrages gab es einmal einen Augenblick, in dem Österreichs Vizekanzler und Integrationsminister Dr. Bock glauben konnte, daß Österreich mit der EWG einen Gleichklang gefunden hätte. Das war so um 1967 herum. Dr. Bocks Optimismus wurde aber damals durch die Haltung Italiens und Frankreichs schwer erschüttert.

Ich glaube, ich habe hier im Bundesrat einmal in einer Diskussion mit ihm gesagt: „Ich halte Sie für keinen falschen Propheten, aber ich glaube, Sie haben falsch prophezeit.“

Das war kein Vorwurf. Dr. Bock hat damals auch mir persönlich sehr klar geantwortet, daß man ihm eigentlich im Quai d'Orsay in Frankreich damals bei einer Aussprache Zusicherungen gemacht hat, die dann später eben nicht eingehalten worden sind. Und ich sage das auch nicht im Tone eines Vorwurfs, sondern im Tone der Feststellung einer historischen Tatsache.

Die Enttäuschung war damals sehr groß, und es schien, als ob sich der Integrationsstrom an Österreich vorbeibewegen würde. Er bewegte sich nach der Gesetzmäßigkeit der Römischen Verträge vom 25. März 1957, und hier war ein für Österreich passender Paragraph eben sehr schwer zu finden.

Auch die Begeisterung für die europäische Idee versiegte, und nur einige Idealisten glaubten noch an die verborgene Kraft, die

in den zwei Worten „Europäische Einheit“ schlummerte. Bei den Europaromantikern, die schon Jahre hindurch manches Mal auch falschen Vorstellungen folgten, manches Mal auch richtigen, gab es Ärger und Verzagtheit.

Der Fragenkomplex Österreich—Europa mußte nun von den Politikern neu behandelt werden, während jetzt viele Einzelfragen in diesem Vertragswerk eine Antwort gefunden haben.

Unter anderem — dieses Thema hat eine große Rolle gespielt —: Wenn nicht Assoziierung nach Artikel 238 der Römischen Verträge, was wäre dann möglich? Und ich muß hier gestehen, daß diese beiden Artikel 237 und 238 bei allen Verhandlungen lange Zeit eine große Rolle gespielt haben bis zu dem Augenblick, in dem man den Ausdruck „Arrangement“ geprägt hat. Ich denke dabei an das berühmte Gorbach-Wort, der einmal gesagt hat: „Ein Arrangement mit der EWG ist das, was dabei herauskommt.“

Wir haben zuerst über Assoziierung gesprochen, wieweit eine Assoziierung gehen kann, über die Artikel 237 und 238. Bis zum heutigen Tag kommt es immer noch zu Verwechslungen dieser beiden Artikel. Ich denke an die Rede des Abgeordneten Graf im Nationalrat, der auch irgendwie diese Dinge immer wieder durcheinandergebracht hat. Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen einem Beitritt zur EWG und einer Assoziierung mit der EWG oder einem Arrangement mit der EWG. Diese Dinge sollte man klar unterscheiden. Aber ich will daraus dem Abgeordneten Graf im Nationalrat keinen Vorwurf machen, denn irgendwie ist das Integrationschinesisch doch nicht ganz leicht.

Aber wenn man draußen mit dem Zug fährt, dann sagt man uns mit einem gewissen Kompliment: Jetzt habt ihr den Beitritt zur EWG oder gar den Anschluß an die EWG erreicht.

Natürlich handelt es sich bei dem Freihandelsvertrag nicht um einen Beitritt und nicht um einen Anschluß an die EWG. Aber bei der Bevölkerung ist das so gang und gäbe, in der Bevölkerung lebt die Vorstellung, dieser Freihandelszonenvertrag ist letzten Endes ein Beitritt zur EWG, und bis zu den Spitzenpolitikern hinauf reicht eben irgendwie diese Vorstellung.

Eine andere Frage, die immer wieder behandelt worden ist, war: Wieweit kann die Präambel des EFTA-Vertrages erfüllt werden? Wieweit kann ein Europa der konzentrischen Kreise Wirklichkeit werden, in dem natürlich auch für die Neutralen Platz ist?

8960

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Dr. Reichl

Ich möchte sagen: Diese Frage wurde auch sehr, sehr häufig im Europarat behandelt. Die Kollegen Goëss und Heger werden sich daran erinnern, daß wir mit diesem Fragenkomplex immer wieder zu tun gehabt haben, auch mit dem anderen Fragenkreis: Wieweit kann ein neutraler Staat überhaupt Souveränitätsrechte abtreten? Und auch hier wurde viel Vorarbeit im Europarat geleistet. Man beschäftigte sich auch dort mit dieser Souveränitätsfrage sehr eingehend, nicht nur in der politischen Kommission im Europarat, sondern auch in den verschiedenen Plenarsitzungen.

Meine Damen und Herren! Auf verschiedene Fragen des sogenannten „Reservatum austriacum“, wenn ich mich so ausdrücken darf, des österreichischen Vorbehalts, mußte eine Antwort gefunden werden, das war die große Aufgabe. Und zwar Antwort auf folgende Fragen:

Nach der Kündbarkeit von Verträgen. Diese Frage der Kündbarkeit von Verträgen hat eine sehr, sehr große Rolle gespielt.

Nach dem Recht auf Importbeschränkungen im Kriegsfall.

Nach Schaffung eventueller gemeinsamer Institutionen.

Nach der Art von Mehrheitsbeschlüssen.

Nach der Anpassung an die schon vorhandenen EWG-Marktordnungen. Das sind Fragen, die vielleicht erst in Zukunft an uns herangetragen werden.

Nach der Anpassung an die EWG-Wettbewerbsregeln.

Nach der Fortführung des Osthandels und nach gewissen Freiheiten im Bereiche der österreichischen Außenpolitik.

Wenn wir Gelegenheit gehabt haben werden, dieses Vertragswerk durchzustudieren, dann werden wir finden, daß viele Fragen, die damals aufgeworfen worden sind, eine Antwort gefunden haben.

Das realistische Ziel blieb die große Freihandelszone; da war auch der große Gegensatz mit den Verhandlungspartnern in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wir haben immer den Standpunkt vertreten: Freihandelszone!, während man auf der anderen Seite zunächst nicht davon erbaut war, eine große europäische Freihandelszone zu schaffen. Sie wissen ja, daß bereits 1957/58 der Versuch gemacht worden ist, eine solche große Freihandelszone zu schaffen. Dieser Versuch scheiterte damals am Gegensatz England — Frankreich.

Nun wurde diese Freihandelszone zum zweiten zentralen Verhandlungsgegenstand nach der Gipfelkonferenz vom Dezember 1969. Ich bin auch der Meinung, daß es ohne die Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 nicht zu diesem Vertragswerk gekommen wäre. Der erste Verhandlungsgegenstand nach der Gipfelkonferenz von 1969 war die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von sechs auf zehn Mitglieder, und der zweite große Verhandlungsgegenstand war die Schaffung einer großen europäischen Freihandelszone.

Es ist mir selbstverständlich bewußt, daß die Freihandelszone, die jetzt mit diesem Vertragswerk geschaffen worden ist, nicht dasselbe ist wie das, was 1957/58 geplant worden ist. Damit, wie gesagt, kam der Stein ins Rollen, und heute liegen die Dossiers — ich habe das irgendwo gelesen — mit 622 Unterschriften und 56 Dokumenten auf.

Erreicht wurde, meine Damen und Herren, doch etwas mehr, als man in früheren Zeiten zu hoffen gewagt hätte. Selbstverständlich kann man dem einen oder anderen Punkt kritisch gegenüberstehen, aber man muß natürlich die Verhandlungssituation kennen.

Ich kann auch verstehen, daß im Bereich der Landwirtschaft kritische Stimmen auftauchen werden. Aber was erreicht wurde, auch im Bereich der Landwirtschaft — ich möchte darüber nicht reden —, ist letzten Endes nicht wenig. Natürlich, daß einer, der eine Milchkuh besitzt, nicht gerne Milch und Milchpulver kauft, das ist eine andere Sache. Das liegt im Kaufmännischen so, und leider ist es so, daß es in diesem erweiterten EWG-Raum eben sehr viele Milchkühe gibt; in Dänemark, in Holland, in Frankreich und so weiter. Das sind die großen Schwierigkeiten, die von der kaufmännischen Seite her nicht gemeistert werden konnten.

Aber auch im landwirtschaftlichen Bereich — und das werden die Sprecher der Landwirtschaft auch bringen — ist doch einiges erreicht worden, was sehr wertvoll ist und was über das hinausgeht, was früher einmal in sogenannten Kontingenten erreicht worden ist.

Meine Damen und Herren! Wer jemals Gelegenheit hatte, mit EWG-Fachleuten zu diskutieren, der weiß auch, daß es sich um sehr fähige und harte, wenn auch elastische Verhandlungspartner handelt. Es ist nicht ganz leicht, und man soll den Menschen, die auf diesem Gebiet gearbeitet haben, Dank und Anerkennung aussprechen.

Ich habe einige Male Gelegenheit gehabt, an Parlamentariergesprächen teilnehmen zu

Dr. Reichl

können. Ich muß gestehen, daß manche Parlamentarier, die im Hohen Hause, im Nationalrat oder im Bundesrat, vielleicht eine andere Haltung eingenommen haben, nach der Rückkehr von Brüssel die Probleme ganz anders beurteilt haben. Aus dem einen oder anderen Saulus ist ein Paulus geworden. Man muß natürlich die Menschen kennen, man muß die Probleme kennen, man muß auch die andere Seite kennen, dann kann man zu diesen Dingen etwas sagen.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Proreden der Opposition. Im großen und ganzen waren die Redner Proredner. Wenn die Opposition jetzt noch nach Mängeln sucht, wenn sie auch anerkannt positive Ergebnisse kritisiert, dann ist das selbstverständlich ihr gutes Recht. Das ist doch Aufgabe einer Opposition in jedem Parlament.

Aber ich habe eigentlich bedauert, daß Dr. Schleinzer, der Parteiobermann der Österreichischen Volkspartei, gerade in dieser historischen Situation kein klares Ja gegeben hat. Ich bin der Meinung, was Kollege Heger gesagt hat, daß Begleitmaßnahmen notwendig sind. Daß es Begleitgesetze in Zukunft geben wird, ist selbstverständlich. Nur sollte man sich nicht von vornherein binden und sagen: Wenn ihr unseren Begleitmaßnahmen nicht zustimmt, dann kommt es zu keiner Ratifizierung dieser Verträge.

Das hat die Grazer „Kleine Zeitung“ sehr kritisch ausgedrückt. Ich habe sie hier. Es heißt hier: „Halb gewonnen, dann zerronnen.“

Es heißt hier auch: „Ein großer Tag Schleinzers“. Aber ich bin der Meinung, der Tag hätte für Schleinzer noch größer sein können, wenn er klipp und klar sein Ja zu diesen europäischen Verträgen ausgesprochen hätte.

Selbstverständlich soll die Opposition gegen die Regierung auftreten. Aber wenn ich gegen diese Verträge auftrete, dann kämpfe ich nicht gegen die Regierung, sondern dann trete ich gegen das österreichische Volk auf. Das ist eine gefährliche Situation. (Bundesrat Schreinzer: Stimmt nicht!)

Herr Kollege! Ich habe mir alle Reden angehört. In der Rede Schleinzers war ein gewisses Zaudern.

Ich bin überzeugt davon, daß sich bei den Verhandlungen am 5. September zeigen wird, daß auf beiden Seiten Kompromißbereitschaft besteht. Davon bin ich überzeugt, Herr Kollege Schreinzer.

Nur ist es gefährlich, vor der Verhandlung zu sagen: Wen das oder das nicht eintritt, dann kann das und das nicht geschehen. Hier muß verhandelt werden, und hier wird sicher-

lich auch verhandelt werden. Ich weiß schon, daß auf Regierungsseite eine gewisse Bereitschaft besteht, ich nehme an, auch auf Ihrer Seite. Aus verschiedenen Reden ging hervor, auch aus der Rede des Abgeordneten Mussil im Nationalrat, daß auch auf Ihrer Seite Bereitschaft vorhanden ist. Man wird am 5. September sicherlich zu einer Lösung kommen.

Sie wissen, wir Sozialisten haben langjährige Erfahrung als Opposition. Daß wir auch einmal Regierungspartei sein werden: ich hätte nicht gewagt, davon zu träumen. Daß da einmal ein sozialistischer Minister Staribacher sitzt, davon hätte ich nicht geträumt.

Wir haben also viel Erfahrung im Bereich der Opposition. Wir können schon sagen, daß gegen eine Opposition gegen die Regierungspartei nichts einzuwenden ist. Wenn es sich aber um eine Existenzgrundlage des österreichischen Volkes handelt, dann muß man sich klar dazu bekennen, vor allem auch deshalb, weil die Europajugend in der ÖVP — das darf ich dem Kollegen Heinzinger sagen — sehr bewußt dafür eintritt.

Ich bin ein Zeuge dafür. Ich habe ein sehr gutes Verhältnis zur Jugend und schätze sie sehr. Das sind wirklich bewußte Europäer, die dazu ja sagen. Sie werden sicherlich so kritisch sein, wie ich es mir erlaubt habe, jetzt zu sein. Ich kenne diesen steirischen Kreis der ÖVP-Jugend und so weiter, und die würde zu dieser Sache ein klares Ja sagen. Aber selbstverständlich spielen auch taktische Erwägungen eine große Rolle.

Ergänzend möchte ich noch folgendes sagen: Im Nationalrat wurde darauf hingewiesen, daß Adenauer, Schuman, De Gasperi und so weiter die Grundlagen der europäischen Bewegung und die Grundlagen der Wiedergeburt Europas geschaffen haben.

Das ist selbstverständlich richtig. Aber in einem solchen Augenblick, wie es der heutige ist, darf ich mir erlauben, ganz objektiv zu sagen, daß es natürlich auch noch andere Gruppen gibt, die in diesem Bereich gearbeitet haben. In der Sozialdemokratie gibt es viele, viele Männer, die an der Vorbereitung der europäischen Idee und an der Vorbereitung dessen, was heute vor uns liegt, gearbeitet haben. Aber auch im liberalen Kreis gibt es solche Männer.

Von den Sozialdemokraten könnte ich einige anführen, die ich als Präsidenten des Europarates, als Präsidenten in Brüssel und so weiter persönlich gekannt habe. Ich denke dabei an Guy Mollet, Paul Henri Spaak, ich denke an den jetzigen Präsidenten der Europäischen

Dr. Reichl

Gemeindekonferenz Cravatte aus Luxemburg, der ebenfalls mit Schuman zusammengearbeitet hat.

Ich denke aber auch an unseren verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner, der bereits in der Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Vorkämpfer der Europa-idee war. Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß Renner mit den Vereinigten Staaten von Österreich und darüber hinaus mit den Vereinigten Staaten von Europa die Monarchie retten wollte. Das mag heute als Kuriosum empfunden werden, aber ich bin davon überzeugt, wenn das damals zustande gekommen wäre und man damals aus der österreichisch-ungarischen Monarchie die Vereinigten Staaten von Österreich geschaffen hätte, wäre das die Grundlage der Vereinigten Staaten von Europa geworden, in denen wir jetzt wahrscheinlich leben würden.

Ich könnte natürlich auf sozialdemokratischer Seite viele, viele Leute anführen, die dieses Bauwerk mitgestaltet haben. Um gerecht zu sein, möchte ich sagen, daß es auch im liberalen Lager bedeutende Männer gab, die dafür eingetreten sind.

Einen werden Sie vielleicht noch kennen, den Dänen Per Federspiel, der lange Zeit Präsident des Europarates gewesen ist, der auch einmal in Wien eine Rede gehalten und uns in der Sprachenfrage sehr unterstützt hat.

Federspiel, der ausgezeichnet Englisch spricht, hat in einem Vortrag, den er in deutscher Sprache gehalten hat, gesagt: Ich liebe die deutsche Sprache wie meine Frau. Das heißt, mir geht es mit der deutschen Sprache so wie mit meiner Frau: Ich liebe sie, aber ich beherrsche sie nicht! *(Heiterkeit.)*

Meine Damen und Herren! Bei aller Bejahung des Großmarktes von 300 Millionen Europäern soll man selbstverständlich gewisse Übergangsschwierigkeiten nicht übersehen. Da bin ich mit dem Kollegen Heger einer Meinung.

Solche Übergangsschwierigkeiten — das möchte ich als Vergleich bringen — hatten wir doch auch bei der Liberalisierung der europäischen Wirtschaft in den fünfziger Jahren. Erinnern Sie sich doch an diesen Liberalisierungsprozeß! Heute kann man sagen, daß diese Liberalisierung im Rahmen der damaligen OEEC der Anfang unserer Prosperität von heute war.

So ähnlich werden diese Verträge der Anfang einer künftigen Prosperität sein. Damit möchte auch ich gemeinsam mit Dr. Bock meinem heroischen Optimismus Ausdruck verleihen.

Die werdende große Freihandelszone ist nun die zweite Etappe einer europäischen Liberalisierung — auch so kann man das sehen —, in der man auch Visionen erkennen mag für die Zukunft des europäischen Kontinents, aber auch für die Zukunft Österreichs.

Der Weg zur Großraumbildung nimmt mit diesen vorliegenden Verträgen weiter seinen Gang. In einem solchen Augenblick ist es sicherlich gerechtfertigt, von der Gunst der Stunde zu sprechen. Aber es ist vielleicht nicht gerechtfertigt, allzuviel an Einzelheiten herumzörgeln.

Selbstverständlich müssen wir uns mit Lebens- und Existenzproblemen beschäftigen, aber man soll doch den historischen Augenblick richtig erkennen. Manches von den Reden, die man im Nationalrat gehört hat, war letzten Endes doch nichts anderes als ein Nörgeln an verschiedenen Dingen.

Ich möchte wohlthuend hervorheben, was Dr. Karasek als außenpolitischer Sprecher gesagt hat. Aus der Rede des Dr. Karasek konnte man so richtig den Mut zur Wahrheit und den Mut zur Verantwortung heraushören.

Ich glaube, dieser Mut zur Wahrheit und dieser Mut zur Verantwortung ist auch im Bundesrat vorhanden, vielleicht mehr, als er im Nationalrat zum Ausdruck gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Das in Brüssel am 22. Juli 1972 unterzeichnete Vertragswerk hat in erster Linie wirtschaftliche Aspekte. Aber die große europäische Freihandelszone hat als Markt von 300 Millionen auch politische Aspekte für Österreich und für Europa. Das läßt sich nicht ableugnen.

Man könnte jetzt sagen: Es ist marxistischer Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Grundlagen die Voraussetzung für die Politik sind. Ich glaube, wir werden später sehen, daß das kein marxistischer Standpunkt ist.

Für Österreich bedeutet das, daß es eine neutralitätskonforme Ausgangsbasis im Integrationsprozeß bekommen hat. Für Europa bedeutet das, daß für die zukünftige Entwicklung neue Voraussetzungen geschaffen worden sind. Besonders für Westeuropa bedeutet das, daß die Straße zur politischen Einheit breiter geworden ist.

Aber auch für Osteuropa bedeutet dieses Vertragswerk etwas, nämlich daß ein Teil des Mißtrauens abgebaut worden ist. Zwischen den Fernsehreden des russischen Staatspräsidenten Podgorny, die Sie alle gehört haben, und der Erklärung Breschnews im Februar 1972 ist schon ein sehr großer Unterschied.

Dr. Reichl

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch noch etwas anderes, das Bismarck als Imponderabilien — das sind Gefühlswerte — in der Politik bezeichnet hat. Es gibt auch Imponderabilien, die wir nicht unterschätzen sollten. Sie werden auf die europagläubige Jugend wirken, auf jene, die auf das Weiterklingen eines uralten Saitenspiels warten — um ein Wort Jacob Burckhardts zu variieren —, sie werden auf jene wirken, die in den Vereinigten Staaten von Europa das große Ideal sehen.

Im Wort „Europa“, das im vorderasiatischen und mediterranen Kulturkreis entstanden ist, stecken noch Werte, die würdig sind, daß man sie in die Zukunft hinüberrettet.

Der spanische Philosoph Salvador de Madañaga hat einmal von der „Vielfalt der europäischen Weintraube“ gesprochen. Diese „Vielfalt der europäischen Weintraube“ hat durch die Verträge von Brüssel eine ganz bestimmte Form gefunden, die wir bejahen, auch wenn nichts auf dieser Welt vollkommen ist.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte auch ich namens der Sozialistischen Partei allen danken, die am Zustandekommen dieses Vertragswerkes mitgewirkt haben, die mitgewirkt haben in Brüssel, die mitgewirkt haben in Wien: die Beamten, die Politiker und so weiter. Ich möchte auch nicht versäumen, jenen OVP-Ministern dafür zu danken, die schon etliche Male Gelegenheit hatten, hier Erklärungen abzugeben, und die ebenfalls daran mitgewirkt haben.

Ich möchte also allen herzlich danken, die irgendwie dazu beigetragen haben, daß es zu dieser großen europäischen Freihandelszone gekommen ist. Danke schön. *(Beifall bei der SPO.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Eder. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Ing. Eder (OVP): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vertreter aller politischen Parteien haben sich seit mehr als einem Jahrzehnt bemüht, einen Vertrag mit der EWG zustande zu bringen. Durch die Erweiterung der Sechsergemeinschaft auf eine Zehnergemeinschaft ist dies praktisch zwingend notwendig geworden. So haben wir heute einen Vertrag vorliegen, über den wir uns unterhalten sollen. Ich hoffe, daß dieser Vertrag Österreich auch einen Erfolg bringt.

Der Grundgedanke der Veränderung der Sechsergemeinschaft in eine Zehnergemeinschaft ist für Österreich darin gelegen gewesen, nachteilige Auswirkungen auszuschalten, daher Verträge abzuschließen in Form

des Interims- und Globalabkommens, um eben diese nachteiligen Auswirkungen wegzubringen.

Für die Landwirtschaft im allgemeinen wurde dies nur in sehr bescheidenen Teilbereichen, für die Milchwirtschaft im besonderen aber nicht erreicht. Ich darf mich daher im besonderen mit diesem Teilbereich beschäftigen.

Wir wissen schon, daß die Landwirtschaft in der EWG nicht immer glücklich war. Es war sicherlich national verschieden, aber dennoch hat man der Landwirtschaft in der alten EWG einen gewissen Schutz gewährt und vor allen Dingen auch Maßnahmen getroffen, daß diese Landwirtschaft erhalten bleibt. Die Frage ist offen, ob dieser Schutz und die Maßnahmen für die Erhaltung der Landwirtschaft auch in Österreich in Zukunft zutreffen.

Daraus ergibt sich nun für mich die erste Frage: Ist die Landwirtschaft überhaupt notwendig? Ich glaube ja. Da könnte man viele Punkte anführen:

Sicherung der Ernährung, selbstverständlich;

Erhaltung der Arbeitsplätze für die Bauern und die Arbeiter in der Verarbeitungsindustrie der Landwirtschaft;

Landschaftsschutz; Herr Minister Staribacher hat vorhin von einem Erholungsparadies gesprochen.

Das alles sind Gründe, die absolut dafür sprechen, daß eine Landwirtschaft sehr wohl notwendig ist.

Zum Gedanken „Erholungsparadies“ nur zwei Beispiele, die unterstreichen, daß das in Zukunft immer mehr Bedeutung gewinnen wird.

Wenn Sie einmal Gelegenheit haben, in das Waldviertel zu kommen, dann fahren Sie am Rande des Truppenübungsplatzes vorbei. Sie werden dort eine Landschaft antreffen, die verwildert ist, von Bauernhand also unberührt ist. Wie es dort aussieht, brauche ich nicht näher zu schildern. Es ist beileibe keine Erholungslandschaft.

Oder ein anderes Beispiel: Was würde es kosten, wenn nicht der Landwirt die Landschaft pflegen würde? Da erinnere ich Sie meinerwegen an die Erhaltung der Autobahnböschungen. So notwendig es ist, so richtig es ist, aber sie müssen zwangsläufig gepflegt werden. Und was das kostet, kann sich jeder von Ihnen ausmalen, der Gelegenheit hat, auf der Autobahn zu fahren, und sieht, wie viele Arbeiter eingesetzt werden müssen, damit das gepflegt werden kann.

Ing. Eder

Aus dem Gesagten geht also deutlich hervor, daß die Landwirtschaft notwendig ist und daß sie im Bereich der Gesamtwirtschaft sicherlich eine gewisse Sonderstellung hat. Aber Sonderstellung und Erhaltung einer Landwirtschaft kommen weit billiger, als würde man auf sie verzichten und glauben wollen, auf anderen Wegen ähnliche Funktionen erfüllen zu können.

Als zweite Frage ergibt sich für mich: Ist denn Agrarexport notwendig?

Vorerst einige Zahlen: Der Agrarexport hat im Jahre 1971 rund 4 Milliarden Schilling betragen. Das sind rund 15 Prozent des Produktes, das die Landwirtschaft erzeugt hat. Wegen der Zehnergemeinschaft treten nun bei diesem Export neue Schwierigkeiten auf.

Nun gibt es aber leider immer wieder Menschen, die glauben, Agrarexporte sind ein notwendiges Übel, um Überschüsse loszuwerden. Diese Vorstellung läßt völlig außer acht, daß sich der internationale Handel mit Agrarprodukten ständig ausweitet, daß eine Politik der Autarkie also praktisch unmöglich ist und Importe auch bei Agrarprodukten eine Realität sind.

Wenn nun diese Entwicklung keine Einbahnregelung darstellen soll, so wird man dem Export von Agrarprodukten ebenfalls eine wichtige Funktion zuordnen müssen, genauso wie es in den übrigen Bereichen der Wirtschaft der Fall ist.

Für die österreichische Landwirtschaft haben die Märkte der Gemeinschaft, insbesondere jene der erweiterten Gemeinschaft, eine entscheidende Bedeutung. Die österreichische Landwirtschaft ist daher immer dafür eingetreten, daß der Agrarsektor in einer umfassenden Form in die künftige Regelung einbezogen wird. Vor allen Dingen verlangen wir, daß Voraussetzungen dafür geschaffen werden, am wachsenden Verbrauch der Gemeinschaft teilzunehmen.

Und nun meine dritte Frage: Was tut die EWG für ihre Landwirtschaft? Das könnte man unterteilen in kurzfristige Überlegungen und in solche, die länger wirken. Kurzfristige Überlegungen der EWG sind:

1. Erhaltung der landwirtschaftlichen und agrarindustriellen Wertschöpfung im Bereich der EWG;
2. Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Rohstoffe aus der EWG im Inland und im Export;
3. Sicherung der Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft und Schaffung der Möglichkeit der erhöhten Arbeitsproduktivität und damit eines steigenden Arbeitseinkommens;

4. Sicherung der Kulturlandschaft und Erhaltung des gefährdeten ökologischen Gleichgewichtes, das letzten Endes die Sicherung des Lebensraumes für den Menschen bedeutet.

Langfristig gesehen führt die EWG etwa folgende Maßnahmen durch:

1. eine massive Förderung der Nahrungsmittelproduktion bereits jetzt, um bei degressiv wachsender Agrarproduktion und progressiv wachsender Weltbevölkerung rechtzeitig Vorsorge zu treffen, damit die Menschen auch in Zukunft ernährt werden können;

2. rechtzeitige Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in den gemäßigten Klimaten durch Förderung der Veredelungsindustrie, um hochwertige Dauerwaren unter minimalen Transport- und Lagerverlusten in die Bedarfszentralen verkaufen zu können.

Was hat nun Österreich für die Landwirtschaft zu tun? Da Österreich aus neutralitätspolitischen Gründen kein Vollmitglied der EWG werden kann und daher auch der Agrarsektor aus der EWG ausgeklammert ist, gelten die Grundsätze, die die EWG auf ihre Landwirtschaft anwendet, für Österreich in verschärftem Ausmaß.

Langfristig auf billige Importmöglichkeiten bei Agrarprodukten zu setzen und auf Kosten der Agrarproduktion andere Bereiche zu fördern, wäre eine globale Fehldisposition und eine Sünde an der Lebenschance unserer Kinder. Daher gleichen jene, die glauben, diese vorausschauenden Maßnahmen nicht treffen zu müssen, etwa denen, die das Haus auf einer Seite anzünden, um es am anderen Ende noch eine Zeitlang warm zu haben.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Industrie und zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens unserer Kinder auf dem Sektor der Landwirtschaft sind daher folgende Begleitmaßnahmen unverzüglich in Angriff zu nehmen:

Zum ersten auf dem Sektor der Agrarmarktordnung: Österreich steht einem mächtigen Wirtschaftsblock mit gut funktionierender unbefristeter Agrarmarktordnung gegenüber.

Wir haben eine ständig befristete, durch Junktims verzerrte Agrarmarktordnung, die ständig Spielball politischer Überlegungen wird. Wir alle wissen, daß eine Agrarmarktordnung auch in Österreich dem Staat am billigsten kommt und den Konsumenten, Produzenten und letzten Endes auch den Betrieben Schutz bringt.

Wir verlangen daher, daß eine Zusage für eine unbefristete, zumindest aber für eine

Ing. Eder

längerfristige Geltungsdauer der Agrarmarktesetze gegeben wird. Wir sind selbstverständlich mit einer Novellierung und einer Anpassung einverstanden. Vor allen Dingen aber wollen wir darin haben die Verankerung der Exportstützungen am Milch- und Rindersektor, im besonderen um den englischen Markt erhalten zu können, und die Interventionstätigkeit für Getreide und Schlachtrinder.

Zweitens die Sicherung der Absatzmärkte. Hoffentlich wird der Verlust der Agrexportmärkte nicht zum Drama. Der erste Akt dazu wurde leider bereits am 1. November 1964 mit Inkrafttreten der Übergangsregelung der EWG-Milchmarktordnung gesetzt. Österreich verlor damals, von Ausnahmen abgesehen, seine Abnehmer für Milchprodukte im EWG-Raum. Vollmilchpulver wurde gänzlich eingestellt, an Butter und Käse können nur noch unbedeutende Mengen dorthin exportiert werden. Wenn Sie eine Statistik lesen, darf ich Sie bitten, darauf zu achten, daß Sie die Freihandelszonen und vielleicht auch den Transitverkehr, der drinnensteckt, außer acht lassen.

Der zweite Akt dieses Dramas wäre nun der Verlust des englischen Marktes. Österreich exportiert 60 Prozent seines Vollmilchpulverexportes, das sind rund 12.000 Tonnen, und 36 Prozent seines Butterexportes, das sind 2000 Tonnen, mit einem Exportwert von 250 Millionen Schilling nach England. Darüber hinaus ist es möglich geworden, den Käseabsatz in England ständig zu steigern, wir liefern bereits 600 Tonnen mit 25 Millionen Schilling Exportwert nach England.

Wegen einer zufälligen politischen Konstellation dürfen traditionelle Märkte nicht verlorengehen. Daß dies traditionelle Märkte sind, mögen Sie daraus entnehmen, daß wir seit 1950 in steigendem Maß nach dem EWG-Raum und nach England Exporte durchgeführt haben. Die Erfüllung der österreichischen Wünsche hätte sich auf die Zehnergemeinschaft ja nur unwesentlich ausgewirkt, wenn man dort guten Willen dazu gehabt hätte. Oder — das sei nun kein Vorwurf — vielleicht hat man auch bei den Verhandlungen nicht den entsprechenden Nachdruck angewendet.

Die Folgen dieses Verlustes des englischen Marktes bedeuten, daß wir versuchen müssen, außereuropäische Märkte zu finden, wenn sie zu finden sind. Fest steht auf jeden Fall, wenn sich vielleicht Südamerika anbieten sollte, daß eine Mehrbelastung allein auf dem Milchsektor von mindestens 100 bis 120 Millionen Schilling erwächst, ganz verständlich durch die Weite des Marktes, durch Mindererlöse, durch Einführungsrabatte und dergleichen mehr.

Wenn dieser Markt nicht gefunden werden kann, können wir um 100.000 Kühe weniger halten. 100.000 Kühe weniger bedeutet aber auch 100.000 Kälber weniger, und damit wird die Schwierigkeit der Fleischversorgung umso größer werden. Oder eine Existenzgefährdung zehntausender bäuerlicher Betriebe, die darauf ihre Wirtschaftsexistenz aufgebaut haben.

Ein leichter Hoffnungsschimmer liegt vielleicht im Protokoll 16 aus den Akten über den Beitritt Großbritanniens in die EWG. Dort heißt es nämlich:

„Brüssel war nicht bereit, die österreichischen Mindestforderungen in das Globalabkommen einzubeziehen. Es soll jedoch im Herbst über die Anwendung des erwähnten Protokolls 16 verhandelt werden. Dieses Protokoll sieht vor, daß bestimmte traditionelle Handelsströme aus der Rest-EFTA nach Großbritannien mit Hilfe von Ausnahmebestimmungen während der Übergangszeit aufrecht erhalten werden können. Es hängt ausschließlich vom guten Willen unserer Partner in Brüssel und insbesondere von unserem ehemaligen EFTA-Partner in London ab, welche Art von Ausnahmeregelungen und für welche Produkte zugunsten unseres traditionellen Handels mit Großbritannien gefunden werden.“

Das Mindeste, was erwartet werden kann, ist, daß diese Maßnahme rechtzeitig zu treffen ist, also im vorhinein bereits Verhandlungen aufzunehmen sind, denn ein einmal verlorener Markt ist kaum noch zurückzuerobern.

Zweitens sollen diese Maßnahmen für den Sektor Vollmilchpulver, Verarbeitungsprodukte und Butter getroffen werden.

Daß die Bestimmungen gemäß dem Protokoll 16 nur während der Übergangszeit, also bis zum Jahre 1977, gelten sollen, ist zu wenig. Wir verlangen daher, bereits jetzt Vorsorge zu treffen, was nach dieser Übergangszeit, also nach 1977, sein wird.

Zusammenfassend zu diesem Punkt ist also zu sagen: Großbritannien stellt unter den westlichen Industrienationen den einzigen wirklich aufnahmefähigen Markt für Milchprodukte dar. Die übrigen Staaten der erweiterten Gemeinschaft — Holland, Dänemark, Frankreich und so weiter — werden einem Drittland wie Österreich auf Grund der Gemeinschaftspräferenz, welche am 1. 1. 1973 in Kraft tritt, keine Chancen lassen. Wenn daher der Verlust des Marktes eintritt, dann treten die Folgen ein, die ich Ihnen vorhin geschildert habe.

Als Drittes müssen wir ganz vehement die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen

8966

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Ing. Eder

bei landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten fordern.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in den hochentwickelten Industriestaaten, auch in Österreich, eine deutliche Verlagerung im Absatz von Agrarprodukten zu den stärker verarbeiteten Erzeugnissen festzustellen ist, denn bei den Verarbeitungsprodukten hätten wir eine echte Chance, in Zukunft mehr verkaufen zu können.

Man muß also der österreichischen Verarbeitungsindustrie von Agrarprodukten dieselben Wettbewerbsbedingungen einräumen, damit sie mit den Industrien der EWG, der erweiterten Gemeinschaft, konkurrieren kann. Es ist daher unbedingt notwendig, eine Novelle zum Ausgleichsabgabengesetz 1967 zu schaffen und die Einführung EWG-analoger Erstattungsregelungen unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Die Größenordnung dieser Verwertungsindustrie mögen Sie aus zwei oder aus drei Zahlen ersehen. Der Bruttoproduktionswert dieser agrarischen Produkte, die hier verarbeitet werden, macht zusammengefaßt 18,2 Milliarden Schilling aus. Beschäftigt sind in dieser Industrie 42.000, darüber hinaus eine Vielzahl von Landwirten, die nur dann existieren können, wenn diese Verarbeitungsindustrie auch tatsächlich floriert und tatsächlich exportieren kann.

Das System der Abschöpfung und der Erstattungsregelung ist Ihnen bekannt. Ich brauche es nicht näher auszuführen. Dieser Schutz, der der mächtigen Zehnergemeinschaft recht ist, muß einem kleinen Land wie Österreich mehr als billig sein. Maßnahmen müssen daher vorbeugend gesetzt werden und nicht erst dann, wenn vielleicht schon ein Schaden eingetreten ist.

Diese Beispiele zeigen, daß die EWG-Verträge nicht die gesamten Wünsche Österreichs erfüllt haben und daß gerade für die Landwirtschaft ein schlechter Kompromiß herausgekommen ist. Wir verlangen daher mit Recht, daß die entsprechenden Begleitmaßnahmen sofort in Behandlung genommen werden, denn nur mit diesen nationalen Ergänzungen kann daraus ein erfolgreiches Wirtschaftsinstrument für die Zukunft und für alle Österreicher werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Precht. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Precht (SPO): Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich mich sachlich mit dem Problem auseinandersetze, auf einige

Ausführungen meines sehr geschätzten Vorredners näher eingehen.

Ich glaube, es ist uns allen in diesem Zusammenhang klar, daß Österreich nun vor einer Wende steht.

Ich bin den Ausführungen des Herrn Bundesrates Heger sehr aufmerksam gefolgt, dem heute große Bedenken gekommen sind; es wird von einer Euphorie gesprochen. Ich konnte aber weder in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers noch in der des Herrn Handelsminister noch in der des Herrn Außenministers eine Euphorie in irgendeiner Form entdecken, sondern im Gegenteil, in der Parlamentsdebatte wurde sogar auf enorm große Schwierigkeiten hingewiesen.

Ich möchte ein Buch von Friedrich Wlatnig, einem bekannten Nationalökonom, zitieren, das im Jahre 1967 erschienen ist und in dem von dieser Euphorie die Rede ist. Im Jahre 1969 waren die Verhandlungen — Sie kennen die Situation — über die Schaffung eines neuen Handelsministerium mit den Kompetenzen des Außenministeriums.

Zu diesem Zeitpunkt war Staatspräsident Podgorny in Österreich. Alle werden sich noch sehr genau daran erinnern, daß zwei Erklärungen erfolgt sind, weil Österreich damals nicht auf die politischen Konsequenzen Rücksicht genommen hat.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß die heutige Situation politisch günstiger ist, weil jetzt nicht nur Verhandlungen mit den Sechsen stattfinden, sondern weil auch eine Reihe von anderen neutralen Ländern dabei sind. Wir haben ja in unserem Staatsvertrag das Beispiel der Neutralität der Schweiz. Darüber hinaus sind die skandinavischen Länder in die Gemeinschaft aufgenommen worden.

Wir wissen selbst sehr genau, daß es ein großer Fehler wäre, in eine Euphorie zu verfallen. Ich glaube, wir sind alle gemeinsam der Auffassung, daß wir an einer Schicksalswende der österreichischen Wirtschaft stehen und daß es für ein kleines Land sehr schwierig sein wird, sich auf dem europäischen Markt zu behaupten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einige Ausführungen verweisen. Wenn heute von einer Reihe von Begleitmaßnahmen gesprochen wurde, möchte ich die sehr geschätzten Vorredner darauf aufmerksam machen, daß auf Grund der Bestimmungen des EWG-Vertrages und auch im Rahmen der Freihandelszone Wettbewerbsverfälschungen nicht möglich sein werden. Es wird sehr schwierig sein, sowohl die österreichische Industrie und das Gewerbe als auch die Land-

Prechtl

wirtschaft konkurrenzfähig in den Großraum einzubinden. Wir wissen sehr genau, daß mehr als 800.000 Menschen allein im Gewerbe und in der Industrie beschäftigt sind, die ausschließlich für den Export tätig sind.

Wir wissen, daß nur ungefähr 10 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion in den EWG-Raum geht. Wenn hier die Frage gestellt worden ist, ob wir eine Landwirtschaft brauchen oder nicht, dann sage ich als nichtlandwirtschaftlicher Experte: Das soll man gar nicht zur Diskussion stellen. Ich glaube, das ist eine sonnenklare Frage. Ein Land ohne Landwirtschaft wäre eine Katastrophe. Ich glaube, über diese Formulierung sind wir uns einig. So sollte diese Frage gar nicht gestellt werden.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat Eder, davon gesprochen haben, Mittel für Investitionen zu verwenden, so erscheinen mir die Ausführungen des Herrn Bundesrates Heger sehr, sehr bedenklich, der als eine Begleitmaßnahme verlangt hat, Investitionen im Ausland zu tätigen. Wir legen doch Wert auf eine Industrie. Wir wollen doch konkurrenzfähig sein. Wir wollen doch diese Mittel in erster Linie in Österreich verwenden und nicht mit Investitionen ins Ausland gehen. Hier haben Sie sich im Gegensatz zu Herrn Bundesrat Eder befunden, der in diesem Zusammenhang andere Ausführungen gemacht hat.

Es sind hier das Waldviertel und die Randgebiete erwähnt worden. Ich kenne das sehr genau. Ich teile durchaus Ihre Meinung. Aber Sie wissen ja selbst, wie die Probleme liegen.

Ich nenne aber ein Bundesland, das weit, weit zurück gewesen ist: das Burgenland. Denken Sie daran, was dort in letzter Zeit geschehen ist, und vergleichen Sie damit Niederösterreich. Sie kennen die politische Zusammensetzung. Bilden Sie sich Ihr Urteil in diesem Zusammenhang selbst. Es kann in diesen Gebieten nicht nur von der Regierung alles verlangt werden, sondern auch die Länder müssen das Ihre dazu beitragen, auch im Hinblick auf den Landschaftsschutz.

Und nun konkret zum Vertrag. Der nunmehr vorliegende Entwurf eines Freihandelsabkommens mit der EWG bedeutet für die österreichische Volkswirtschaft sicher einen großen Schritt vorwärts zu einem der größten Wirtschaftsmärkte der Welt. Österreichs Stellung zur europäischen Integration ist, wirtschaftlich betrachtet, vor allem durch die Bedeutung des österreichischen Außenhandels im Rahmen unserer gesamten Volkswirtschaft sowie durch die geographische Verteilung und die Strukturen unserer Exporte bedingt.

Dem Hohen Hause wird sicherlich bekannt sein, daß weit mehr als ein Drittel der österreichischen industriellen Produktion ins Ausland geht. Für uns Gewerkschafter und Politiker bedeutet das, insbesondere auch die Vollbeschäftigung zu erhalten. Nicht nur das Gewerbe, nicht nur die Industrie, sondern auch wir Arbeitnehmer haben das größte Interesse daran, daß die Vollbeschäftigung in Österreich aufrechterhalten wird und daß wir im Gemeinsamen Markt eine konkurrenzfähige Industrie haben. Wir müssen also die Voraussetzungen schaffen, um auch in diesem Zusammenhang wettbewerbsfähig zu sein.

Wir wissen, daß wir, wirtschaftlich gesehen, eine sehr starke Bindung an die deutsche Bundesrepublik haben, die ja das große Bedenken der Sowjetunion hervorgerufen hat. Deshalb ist es eine sehr positive und erfreuliche Entwicklung, daß nun eine große Gemeinschaft von neutralen Staaten, insbesondere auch der Schweiz, ebenfalls Freihandelsverträge unterzeichnet haben, sodaß diese Bedenken der Sowjetunion weitgehend zerstreut werden konnten.

Nicht von ungefähr spielt der Außenhandel im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft eine so große und überragende Rolle. Die klimatischen Verhältnisse und die begrenzten Rohstoffvorkommen in einem so kleinen Wirtschaftsraum wie Österreich — das wollen wir mit Nachdruck unterstreichen — gestatten oft nicht, alle Naturprodukte zu gewinnen. Dies bedingt zwangsläufig eine enorm große Importabhängigkeit und ein relativ großes Exportvolumen zur Abdeckung der daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen. Ein sich immer besser entwickelnder Lebensstandard bringt natürlich vielfältigere Bedürfnisse mit sich.

Wir werden auch in Österreich mit einer Strukturveränderung der Industrie rechnen müssen. Ich möchte hier nur zwei Zahlen anführen. In den Vereinigten Staaten ist der Strukturwandel sehr genau überprüft worden, und man ist zu folgender Erkenntnis gekommen: Von den 50 größten amerikanischen Firmen sind 40 Firmen, also 80 Prozent, um die Jahrhundertwende noch nicht vorhanden gewesen. Seither wurden vollkommen neue Verfahrenstechniken entwickelt. Die OECD hat das für den gesamteuropäischen Raum interpretiert und festgestellt, daß sich bis zum Jahre 1975 um rund 50 Prozent andere Verfahren und andere Strukturen ergeben werden, als bisher bekannt waren.

Sie sehen also, daß diese Probleme sehr schwierig zu lösen sind. Wir wissen auch ganz genau, daß es dem einzelnen Unternehmer

Prechtl

nicht zugemutet werden kann, Grundlagenforschung zu betreiben. Deshalb ist es hier als sehr positiv zu unterstreichen, daß ein Ministerium für Wissenschaft geschaffen worden ist. Dem Unternehmer können ja nicht die gesamten Kosten angelastet werden. Es ist hier bereits ein sehr positiver Fortschritt auch bei Großprojekten und hinsichtlich der Grundlagen erfolgt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jenes Problem noch ganz besonders erwähnen, das so gerne immer wieder in den Vordergrund gerückt wird: die Zölle. Die Zeit, in der sich Österreich mit sehr hohen Zöllen umgeben hat und naturgemäß die heimische Industrie geschützt worden ist, beginnt nun langsam abzubrockeln. Ich will nicht die Einzelheiten dieses Vertrages erwähnen. Für die sensiblen Produkte ist ein längerfristiger Zeitraum gewählt worden, während im Rahmen des Interimsvertrages die erste Zollsenkung mit 30 Prozent bereits mit 1. Oktober 1972 in Kraft tritt und die übrigen Zollsenkungen im Laufe von fünf Jahren eingebaut werden. Also die Übergangszeit ist verhältnismäßig kurz. Es wird daher notwendig sein, diesem Problem — das ist in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers sehr deutlich zum Ausdruck gekommen — das größte Augenmerk zu schenken und auch hier die österreichische Industrie und das Gewerbe einzubinden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf eine Erklärung des Herrn Außenministers eingehen, die zu unterstreichen ebenfalls sehr wichtig ist. Wir leben heute sicherlich in einem verhältnismäßig ruhigem Europa. Aber die Entfernungen sind kleiner geworden, die Spannungen in der Welt sind größer geworden, wohl etwas weiter und manchmal im Nahbereich Österreichs. Es ist hier die Erklärung über die Handlungsfreiheit im Neutralitätsfall erfolgt. Es konnte eine gleichberechtigte Stellung in der Gemischten Kommission erreicht werden, die Freiheit von der politischen Bindung jeder Art, das Recht, auch künftighin gegenüber Drittstaaten eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu betreiben, und darüber hinaus auch das Kündigungsrecht.

Sie kennen die gesamte Problematik. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, den gesamten Handel nur nach dem Westen zu orientieren. Gerade durch den Ausbau der Donau ist unser Handel auch sehr stark nach dem Osten gerichtet. Es wäre ein großer Fehler, wenn diese Märkte verlorengehen würden. Man soll also wirklich versuchen, die Probleme einer objektiven Betrachtung zu unterziehen.

Ich möchte ferner auf einige Probleme hinweisen, die sich auch im Rahmen der EWG ergeben werden, das heißt auch in der Freihandelszone. Zwei der umstrittensten Probleme im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind folgende gewesen: das eine war die Landwirtschaft, das andere ist das Verkehrswesen. Beide Probleme sind im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht endgültig gelöst worden.

Ich möchte Sie nur sehr darauf aufmerksam machen, speziell hinsichtlich der Seehafentarife, die Norddeutschland einmal gewährt hat, daß Ausnahmetarife im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht vorgesehen sind.

Ich sage es sehr bewußt — ich kenne die Situation —: Sehr oft ist der Betriebsrat Hand in Hand mit dem Firmenchef bei den Österreichischen Bundesbahnen erschienen, und sie haben um Ausnahmetarife ersucht, weil sie durch die niedrigere Tarifgestaltung die Möglichkeit hatten, auf dem Weltmarkt oder auf dem europäischen Markt noch einigermaßen konkurrenzfähig zu sein.

Das Problem der Wettbewerbsverfälschung auf dem Verkehrssektor schließt das aber im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus. Es ist nur in einem kleinen Annex eine Erwähnung im Hinblick auf den Transitverkehr gemacht worden. Es könnte ja ein Land zu der Überlegung kommen, aus volkswirtschaftlichen oder beschäftigungspolitischen Gründen kostenlos zu transportieren. Das würde sich auf das Produkt umlegen.

Das alles wird auf uns zukommen. Sie sehen: Wir sind nicht von einer Euphorie erfaßt, sondern wir gehen gut vorbereitet und überlegt an die Probleme heran.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang den Straßenverkehr betrachten, dann sehen Sie, daß man nun auch im Rahmen der Gemeinschaft die Frage der Wegekosten, das heißeste Eisen, das es auf dem Gebiet der Verkehrspolitik überhaupt gibt, sehr ernstlich zur Diskussion stellt und eine gleichmäßige Abgeltung der Wegekosten speziell beim Schwerverkehr verlangen wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen noch nicht jenes Fundament haben, wie wir das so gerne wünschen würden; aber klar ist, daß von dieser Seite eine sehr, sehr starke Belastung zu erwarten ist.

Sie wissen, daß ich in einer großen Organisation auch international tätig bin, die die gesamten Verkehrsträger erfaßt. Wenn Sie die Sozialbestimmungen in Betracht ziehen, werden Sie finden, daß wir in Österreich für den

Prechtl

Straßenverkehr nicht einmal einen Kollektivvertrag besitzen. Im Rahmen des Gemeinsamen Marktes stehen bereits die Lenkzeiten zur Diskussion, die in der ersten Phase mit acht Stunden beschränkt gewesen sind und in der zweiten Phase mit sechs Stunden für den Straßentransport vorgesehen sind. Das ist im Hinblick auf die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen und auf den europäischen Straßen von enorm großer Bedeutung.

Mit 1. Jänner 1975 soll vorgesehen werden — und das wird auch geschehen —, das Kontrollgerät, also den Tachographen, auch für den Schwerlastverkehr einzuführen. Es ist eine gemeinsame Regelung für die Arbeitszeit vorgesehen. Daher darf man diese Dinge nicht allein vom Zoll her sehen, sondern letzten Endes lebt die Wirtschaft auch von den Arbeitnehmern, und es bestehen auch Protokolle und Vereinbarungen, daß auch eine Harmonisierung der Sozialbestimmungen zu erfolgen hat.

In diesem Zusammenhang werden in einigen Jahren sicherlich große Probleme aufgeworfen werden. Ich möchte Sie nur auf eines verweisen, um zu zeigen, wie ernst die Probleme im europäischen Raum und im Eisenbahnwesen im besonderen sind. Sie wissen, es gibt mit Ausnahme der schweizerischen Bahnen in ganz Europa nur defizitäre Bahnen. Ich will mich nicht darüber verbreiten, warum das nur in der Schweiz so ist. Aber eine einheitliche Abrechnung und eine Normalisierung der Konten soll herbeigeführt werden.

Hier ergibt sich nun eine Situation, daß zum Beispiel jetzt im Rahmen der internationalen großen Industrien eine Ausschreibung für 1000 Reisezugwagen erfolgt ist. Naturgemäß sind die produktiven Industrien weit billiger als die eigene österreichische Industrie gewesen.

Es ist der Bundesregierung und dem Bundesminister für Verkehr zu danken, daß man sich zeitgerecht eingeschaltet hat, damit diese Aufträge in Österreich verbleiben oder damit zumindest in Lizenz in Österreich produziert wird. Sie wissen, daß in der verstaatlichten Industrie, in der Fahrzeugindustrie, aber auch in der Grundindustrie große Aufträge gegeben werden müssen, weil wir nicht nur exportorientiert sind, sondern weil wir auch für unser eigenes Heimatland noch sehr viel benötigen.

Sie können sich daran erinnern, daß sich, als ich das letzte Mal zum Seeflagengesetz gesprochen habe, die einen oder die anderen gefragt haben, ob das für Österreich nun notwendig sei. Ich möchte Ihnen sagen, wie die

Situation effektiv ist: Die ersten österreichischen Schiffe, die mit Scheinfirmen in Österreich etabliert worden sind, werden in den Häfen nicht mehr beladen und werden bereits boykottiert, weil die Gesellschaften, die zugelassen worden sind, den Matrosen bereits monatelang die Löhne und Gehälter schuldig geblieben sind. Es sind auch Bestimmungen vorgesehen, daß sowohl für die Schifffahrt als auch für die Zivilluftfahrt einheitliche Tarife und Sozialbestimmungen geschaffen werden sollen.

Ich habe bewußt diesen Dienstzweig und diesen Dienstleistungsbetrieb miterwähnt, weil das notwendig ist, damit keine einseitige Orientierung erfolgt.

Sie wissen, daß mit 1. Oktober 1972 das Interimsabkommen in Kraft treten wird. Um rund 1,5 Milliarden Schilling geringere Zölle werden die Wirtschaft belasten als vor dem 1. Oktober.

Wenn man sich überlegt, wie das auf den Preis weitergegeben wird, dann bin ich oft durchaus nicht mit meinem Freund, dem Herrn Handelsminister, einer Meinung, daß das entscheidendste ist, daß der Volkswagen oder andere Autos billiger werden. Ich bin nicht nur deshalb dieser Meinung, weil ich ein Eisenbahner bin, sondern auch deshalb, weil das einer jener Faktoren ist, die uns künftig im Hinblick auf den Umweltschutz am meisten beschäftigen werden.

Ich bin aber heute schon davon überzeugt, daß die großen deutschen Autoindustrien in absehbarer Zeit mit den Preisen wieder nachziehen werden.

Es ist jedoch in diesem Zusammenhang erfreulich, daß sich nun in erster Linie eine Reihe von Werken bereit erklärt haben, das echt weiterzugeben.

Wie arbeitet man aber auf diesem Gebiet in Österreich? — Das gehört nicht unmittelbar hierher. — Mir ist heute eine Tageszeitung übermittelt worden, die aufzeigt, wie der Wettbewerb bei uns in Österreich ist.

Auf der einen Seite bemüht sich die Regierung, die Preise zu senken und Begleitmaßnahmen zu ergreifen, auf der anderen Seite bemüht sie sich, daß die Preise einigermaßen in den europäischen Rahmen und in den Weltwirtschaftsrahmen hineinpassen.

Hier habe ich eine Zeitung, das Salzburger „Tagblatt“. Es wird unter einer großen Überschrift geschrieben: „So verschwindet das Vieh — Ausfuhr nach Spazierfahrt.“

Was ist hier geschehen? — Sie können es nachlesen:

8970

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Prechtl

Ständig schreien die Landwirtschaftskammern. Man hat jedoch Vieh zu Ausnahmetarifen von Kärnten nach Salzburg transportiert, hat in Salzburg neue Frachtbriefe ausgestellt, hat die begünstigten Tarife in Anspruch genommen und hat nun das Vieh von Salzburg nach Italien ausgeführt. Das hat gestern der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steinöcher anlässlich einer Pressekonferenz bekanntgegeben.

Sie sehen also: Wenn wir in einer schwierigen Situation stehen, dann sollte man solche Dinge nicht machen. Wir wissen, daß wir nun gemeinsam in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Situation stehen, um sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie einzugliedern.

Aber wir wissen, daß es nun der einzige positive und wirklich gute Weg gewesen ist, daß versucht wird, die österreichische Industrie und die österreichische Wirtschaft durch moderne Strukturplanungen konkurrenzfähig zu machen. Dann kommen so kleine — man kann sagen: kleinliche — Durchstechereien. Das erschüttert sehr oft das Vertrauensverhältnis. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie auch auf solche Durchstechereien Einfluß nehmen würden.

Ich komme nun zum Schluß: Im Jahre 1962 hat der damalige Außenminister und jetzige Bundeskanzler Dr. Kreisky die erste Erklärung im Namen der Koalitionsregierung abgegeben: Wenn wir zu einem Vertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kommen, wird die Neutralität Österreichs zu berücksichtigen sein. Diese Erklärung ist damals im Einvernehmen mit der gesamten Bundesregierung erfolgt.

Wenn es jetzt so ist, daß dieser Vertrag zum Abschluß kommen wird und dem Hohen Hause, sowohl dem Nationalrat als auch dem Bundesrat, vorgelegt wird, dann freut uns das ganz besonders. Es ist der erste große Schritt in eine große Gemeinschaft, der mit einer eigenständigen österreichischen politischen Haltung und mit den Grundsätzen der Neutralität vereinbar ist.

Es geht nun darum, nicht nur eine gesunde Wirtschaft zu haben, sondern auch darum, jene Struktur für die österreichische Wirtschaft zu schaffen, mit der wir im Rahmen der europäischen Wirtschaft eine wirklich konkurrenzfähige Industrie haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Schwaiger. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. **Schwaiger** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Meine Herren Bundesminister! Hohes Haus! Wir haben jetzt wiederholt gehört, daß die Bemühungen um einen Ver-

trag mit der EWG elf Jahre zurückliegen. Viele Bemühungen liegen noch viel weiter zurück.

Aus den Berichten der derzeitigen Bundesregierung kann man eigentlich eine sehr große Euphorie entnehmen. Aber bis zu einem gewissen Grad kann man schon sagen, glaube ich, daß sich die heutigen Exponenten diesbezüglich vielleicht etwas zu stark mit fremden Federn schmücken.

Ich erinnere nur ganz kurz an die Querschüsse, die von seiten der SPÖ seit Jahren gemacht wurden. Exponenten dieser Partei haben vor Jahren gesagt, Österreich suche einen Vertrag im Sinne eines „reaktionären Bürgerblocks“ und es gäbe Kreise in der Wirtschaft, die „auch Österreich in diesen Bürgerblock hineinmanövrieren“ wollen.

Sie haben sich auch nicht gescheut, mit Schwesterparteien des Auslandes diesbezüglich immer wieder Verbindung und Kontakt zu halten, um diese Bemühungen der damaligen Regierung, aber auch der ÖVP, möglichst zu sabotieren.

Ich glaube, das gehört auch einmal festgestellt, ohne daß ich dabei parteipolitisch polemisieren möchte, meine Damen und Herren. (Bundesrat *Habringer*: Na was denn?) Beweise dafür gäbe es genug. Ich möchte diese aber fairerweise nicht vorlesen.

Ich erinnere aber an diese Zeit, in der die EWG gegründet worden ist und in der als Abweichung davon die EFTA gegründet wurde, und zwar unter der Ägide Englands, das mit Rücksicht auf das Commonwealth und aus anderen Gründen nicht konnte oder nicht wollte.

Dieser Gegenorganisation der EWG, nämlich der EFTA, ist Österreich beigetreten. Man kann nicht umhin, doch immerhin zu bestätigen, daß dieser Beitritt zur EFTA für Österreich verschiedene bedeutende Erfolge gebracht hat.

Wenn nun die heutige Regierung erklärt, es wäre das alles ihr Verdienst, wenn auch mit Anerkennung der Bemühungen einiger Minister wie des ehemaligen Handelsministers Dr. Bock, der ja unentwegt mit größter Zähigkeit und Konsequenz diesen Gedanken verfolgt hat, so möchte ich doch noch hinzufügen, daß das auslösende Moment für diesen Vertrag ja weniger in Österreich als in England gelegen ist.

Nachdem die Hauptwirtschaftsmacht der EFTA, England nämlich, mit einigen anderen Staaten als Vollmitglied der EWG beigetreten war, wäre es für die restlichen Staaten wohl illusorisch gewesen, noch einen eigenen Wirt-

Dr. Schwaiger

schaftsblock darzustellen. Es wird doch niemand behaupten wollen, daß eine wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich, Portugal und Island vielleicht für die österreichische Wirtschaft und für die österreichische Bevölkerung irgendeine Bedeutung behalten hätte. *(Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Skotton übernimmt die Verhandlungsleitung.)*

Nun hat der Herr Handelsminister des öfteren hier und auch im Nationalrat einen Katalog von Maßnahmen aufgezählt, die er im Zusammenhang mit dem Abschluß dieses Vertrages zu treffen beabsichtigt.

Herr Minister! Erlauben Sie mir, daß ich diesbezüglich wohl doch etwas skeptisch bin: Ich erinnere an die Schillingaufwertung, wo mit geschickter Dialektik immer wieder die Meinung verbreitet worden ist, es würden flankierende Maßnahmen getroffen werden, um der Exportwirtschaft diese Schillingaufwertung zu erleichtern und um dafür zu sorgen, daß dadurch nicht Auslandsmärkte verlorengehen. Diese flankierenden Maßnahmen wurden aber von einem zum anderen Monat verschoben. Mir ist bis heute nicht eine einzige solche flankierende Maßnahme bekannt, die getroffen worden wäre.

Wir werden also mit Aufmerksamkeit verfolgen, wie dieser Katalog von nicht ganz konkreten, sondern etwas allgemein gehaltenen Maßnahmen ausfallen wird.

Ich möchte mich in die Debatte meiner Vordrner bezüglich der sensiblen Produkte und der Landwirtschaft nicht einmischen, weil darüber schon viel gesprochen worden ist und vielleicht auch noch viel gesprochen werden wird. Jedenfalls werden wir diese Maßnahmen mit größter Sorgsamkeit verfolgen.

Auch die Auswirkungen auf den Preissektor werden der Öffentlichkeit immer wieder kundgetan. Wenn in den Zeitungen steht: 30 Prozent Zollsenkung — meist mit wenig Kommentaren —, dann ist das wohl angetan, die Volksmeinung irgendwie zu verwirren. Die Leute glauben nämlich oft, daß damit eine Preissenkung um 30 Prozent verbunden ist. Es wird aber nicht erwähnt, daß diese Ausfuhrvergütungen, die auch andere Staaten gegenüber Österreich haben, in Zukunft mit dem Wirksamwerden des EWG-Vertrages eingestellt werden, sodaß man sich von den Preissenkungen nicht besonders große Wunder wird erwarten dürfen. Der Vorteil der EWG liegt ja vielmehr auf anderen Gebieten.

Ich habe aber manchmal schon die Befürchtung, Herr Minister: Wenn diese Preissenkungen als das Hauptargument für den Beitritt zur EWG immer wieder verbreitet werden,

so beginnt man dabei vielleicht für die Zukunft ein Alibi zu suchen, oder man versucht, ein solches zu suchen, wenn man der Preis- und Lohnsituation in Österreich nicht Herr wird. Man wird dann vielleicht sagen: Trotz des EWG-Vertrages ist es nicht gelungen, es werden schon andere Leute am Werke sein, die daran schuld sein werden.

Zur Situation der Papierindustrie ist schon viel gesagt worden, und es wird vielleicht auch noch darüber gesprochen werden. Ich möchte nur sagen: Die Papierindustrie importiert rund 1 Million Raummeter Schleifholz.

Nun möchte ich ins Konkrete gehen. Zunächst möchte ich kurz zur Holzsituation etwas sagen.

Es ist ein Kriterium eines modernen Industriestaates, von dem in Österreich jetzt sehr gerne gesprochen wird, Rohstoffe zu importieren und dann zu verarbeiten, oder die eigenen Rohstoffe zu verarbeiten und zu veredeln, keinesfalls aber die Rohstoffe auszuführen. Diese Situation trifft allerdings auf den Rundholzsektor nicht zu.

Ich darf in diesem Kreis auch einmal erwähnen, daß der Holzexport in Österreich einen sehr bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Der Export von Schnittholz machte im Jahre 1971 4 Milliarden Schilling aus, der Export von Holzwaren noch einmal 2 Milliarden Schilling dazu.

Nun ist dem Herrn Handelsminister ja sehr bekannt, daß immer stärkere Bestrebungen im Gange sind, das Rohholz ins Ausland zu verkaufen.

Dazu möchte ich sagen: Kein Mensch würde daran denken, das Eisenerz aus der Steiermark roh zu exportieren. Selbstverständlich wird das in Österreich verarbeitet.

Kein Mensch würde daran denken, das Kupfererz aus Salzburg roh zu exportieren, denn selbstverständlich wird es in Brixlegg verarbeitet. Jeder andere Gedanke wäre geradezu absurd. Kupfererz wird nach Österreich roh importiert und hier verarbeitet und veredelt.

Auch bei Holz sollte man diesen Brauch einigermaßen bewahren. Ich weiß von den vielen Wünschen, die an den Herrn Minister herangetragen werden und die, objektiv gesehen, für ganz Österreich nicht besonders ins Gewicht fallen mögen. Aber sehr stark in ihrer Existenz berührt sind die Sägewerke der Grenzländer Kärnten und Tirol gegenüber Italien. Da, Herr Minister, möchte ich Sie bitten, dieses Problem mit größter Vorsicht zu behandeln.

Dr. Schwalger

Nun noch ganz kurz zu einem anderen Problem. Wenn die EWG einen Markt von annähernd 300 Millionen Menschen darstellen wird, dann sind die Grenzbarrieren, die in Europa wirklich noch mittelalterlicher Natur sind, auf verschiedenen Gebieten ganz große Hemmnisse. Besonders gilt das für ein Gebiet — es ist nicht für möglich zu halten —: das ist der Geldverkehr.

Es ist nicht zu begreifen, daß eine telegraphische Devisenüberweisung meinerwegen von Mailand nach Salzburg länger dauert als der Transport von Waren. Eine telegraphische Devisenüberweisung! Ich möchte nicht im besonderen den österreichischen Banken die Schuld daran geben, die das allerdings auch etwas beschleunigen könnten. Das möchte ich schon erwähnen. Aber im Rahmen dieses EWG-Vertrages müßte man doch mit den Nachbarstaaten reden, ihre Geld- und Kreditapparate in der Weise zu beeinflussen, daß die Überweisungen schneller gehen, zumindest die telegraphischen Überweisungen schneller gehen als der Warentransport.

Dadurch sind in Europa ungeheure Summen von Geld und Kapital blockiert, mit denen die Wirtschaft und die Bevölkerung in der Zwischenzeit arbeiten könnten.

Ein anderes Problem ist der Verkehr. Weil mein Herr Vorredner dieses Thema angeschnitten hat, möchte auch ich auf die Österreichischen Bundesbahnen und auf die Bahnen im allgemeinen eingehen. Er hat zugegeben, daß außer den Schweizerischen Bundesbahnen praktisch alle europäischen Bahnen mehr oder weniger defizitär sind.

Ich bezweifle, daß in der heutigen Zeit irgendeine Konzeption im Gange ist, die so vorausschauend wie die Konzeption des Eisenbahnbaues vor 130 Jahren ist. In der damaligen Zeit wurden Pläne und Taten gesetzt, die nach über 100 Jahren absolut noch halten. Das ist geradezu eine unglaubliche Pioniertat!

Wenn nun viele oder fast alle Bahnen defizitär sind, dann hängt das nicht nur mit dem Güteraufkommen zusammen. Die Preispolitik der Bundesbahnen wird wohl in der Richtung nicht richtig sein, daß man glaubt, den übrigen Verkehr blockieren zu müssen, um den eigenen nur mit Tarifierhöhungen rentabel zu machen.

Es fehlt sicherlich an der Organisation. Es liegt an den Grenzen. Warum stehen Eisenbahnzüge Tage hindurch bei den Zollämtern? Wo ist denn hier die Rationalisierung, wenn man das rollende Material nur herumstehen lassen und nicht ausnützen kann oder nicht ausnützen darf? Die Bahn kann nichts tun,

wenn die Grenzabfertigungen überall so schleppend sind. Da muß ja ein Defizit entstehen! Österreich ist kein so großes Land, daß der Binnenverkehr alles aufholen könnte. Die Transitstrecken sind weitgehend die rentabelsten. Wenn ich richtig im Bilde bin, ist die Bundesbahndirektion Innsbruck durch den Transitverkehr angeblich die einzig rentable in Österreich.

Sonst stehen die Züge tagelang. Man muß die Gleisanlagen verbreitern, damit mehr Kapazität für Leerzüge vorhanden ist. In Franzensfeste werden die Waggons gezählt, am Brenner werden sie gezählt, in Innsbruck werden sie gezählt und in Kufstein werden sie gezählt. Inzwischen könnten diese Waggons längst, von München abfahrend, wieder in Rom sein.

In der mangelnden Ausnützung des rollenden Materials sehe ich einen ganz großen Faktor für das Defizit der Bahnen. Das betrifft nicht nur die Österreichischen Bundesbahnen, sondern auch die anderen Bahnen.

Herr Minister! Um solche Bahnen, die rentabel sind und an denen ein echter Bedarf besteht, sollte man sich doch mehr kümmern. Wo eine eingleisige Strecke ist und eine zweigleisige gebraucht würde wie von Innsbruck nach Westen zum Arlberg, muß man sich doch allmählich dazu bekennen, die rentablen Strecken mehr auszubauen.

Was die Nebenbahnen betrifft, von denen manche aufgelöst werden sollen, muß man sicherlich mit größter Vorsicht ans Werk gehen, weil dabei natürlich auch die Infrastruktur gewisser Gebiete verändert werden könnte und weil man sie nicht auflösen kann, bevor nicht ausgezeichnete Straßen vorhanden sind.

Nun zum Straßenwesen und Verkehrswesen auf der Straße innerhalb der EWG-Länder. Ich glaube, es ist vielleicht der verlässlichste Maßstab für einen modernen Staat, wie das Straßenwesen und der Straßenverkehr aussieht. Wir haben im Straßenwesen sicherlich große Rückstände. Wenn nicht ganz große Anstrengungen unternommen werden, kommen wir in einen hoffnungslosen Rückstand.

Die Fachleute sagen, daß im Jahre 1980 gegenüber 1970 der doppelte Verkehr in Europa sein wird und daß im Jahre 1990 gegenüber 1970 der dreifache Verkehr sein wird. Diesen Gutachten von Fachleuten kann man im Straßenwesen nicht genug Rechnung tragen.

Dankenswerterweise ist der Bau der Autobahn von Wien nach Triest im Gange. Damit kann Wien in absehbarer Zeit den Anschluß an das italienische Straßennetz finden.

Dr. Schwalger

Dankenswerterweise ist auch der Bau der Tauernautobahn im Gange, die für die betroffenen Gebiete sicherlich ungeheure Impulse bringen wird.

Dankenswerterweise — und da möchte ich an den Finanzminister Dr. Koren erinnern, der eine Vorfinanzierung ermöglicht hat — wird am 4. August die Inntalautobahn wenigstens auf einer Teilstrecke eröffnet werden können. Wer nicht dort wohnt, kann sich das Chaos im Verkehr nicht vorstellen. Aber damit kann natürlich für die Zukunft kein Auslangen gefunden werden.

Es ist sehr, sehr bedauerlich, wenn Politiker aller Parteien zukunftssträchtige Projekte in den politischen Tagesstreit hineinziehen, in der meines Erachtens falschen Erwartung, bei zukünftigen Wahlen daraus Stimmenkapital zu schlagen. Diese sachlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten muß man auch vom sachlichen Standpunkt aus betrachten. Eine verantwortungsvolle Politik und verantwortungsvolle Politiker dürfen nicht in der vagen Hoffnung auf Stimmengewinn Aktionen setzen, die die Entwicklung in der Zukunft verzögern oder blockieren könnten. Ich denke dabei an das Projekt der Autobahn München—Venedig.

Nun zurück zu den Grenzabfertigungen. Ich darf ein Beispiel erzählen, das mir gerade einfällt. Ich kenne einen Fernlastfahrer, der die Strecke Vicenza—Ostberlin eineinhalbmal in der Woche fährt. Wenn ich raten lasse, wie viele Zollämter dieser Wagen in einer Woche passiert hat, würde es niemand im ganzen Haus erraten. Es waren nämlich 36 Zollämter in einer Woche. Und überall Aufenthalte!

Wenn die Fahrzeit der Fahrer auf eine gewisse Stundenzahl beschränkt wird — da können Sie Fernfahrer fragen, so viele Sie wollen —, dann wird Ihnen jeder Fernfahrer sagen: Das Fahren ist für uns die geringste Belastung. Die Nervenprobe für uns ist der Aufenthalt an den Grenzen.

Leider muß man fast den Eindruck bekommen: Je größer und besser die Zollämter ausgebaut werden, desto langsamer funktionieren die Abfertigungen. Das betrifft auch den Personenverkehr.

In Kiefersfelden und am Brenner ist eine Reihe von Ampeln auf der Straße. Für die Abfertigung sind fast alle rot. Nur zwei oder drei sind grün. Daher stauen sich überall die Kolonnen.

Herr Minister! Da einmal einzuschreiten, wäre sicherlich eine notwendige Aufgabe.

Nun zu einem weiteren Problem, dem Fremdenverkehr. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs möchte ich lediglich mit zwei oder drei Sätzen skizzieren.

Entstanden ist der Fremdenverkehr, abgesehen von Nobelorten, hauptsächlich in armen Gebieten, wo die Menschen von der Landwirtschaft nicht mehr leben konnten, wo sie ins Ausland abgewandert sind, um als Maurer, Stukkateure, Holzarbeiter und so weiter Arbeit zu suchen. Ganze Täler und Ortschaften leben nun vom Fremdenverkehr, haben ihre Arbeit und ihren Verdienst dabei. In abgelegenen Teilen Österreichs sind blühende Ortschaften entstanden. Der Fremdenverkehr stellt also in Österreich einen Wirtschaftsfaktor erster Ordnung dar.

Wir alle wissen, daß die Handelsbilanz Österreichs defizitär ist. Den Großteil des Defizites unserer Zahlungsbilanz gleicht mit einem Devisenaufkommen von weit über 20 Milliarden der Fremdenverkehr aus.

Nun sind die Konkurrenzbedingungen des österreichischen Fremdenverkehrs aber gegenüber dem Ausland nicht dieselben. Es gibt wohl auch anderswo Berge und Gletscher und Seen. Aber die Förderungsmaßnahmen, die Kreditmöglichkeiten sind in anderen Ländern viel günstiger als bei uns.

Die Mehrwertsteuer wird noch einmal das Ihre dazu beitragen, um diese Konkurrenzfähigkeit zu erschweren, von den Ostblockstaaten fern von der sozialen Marktwirtschaft, wie sie bei uns im großen und ganzen üblich ist — zumindest vorläufig —, nicht zu reden, die uns mit staatlicher Direktive größte Konkurrenz machen.

Aber in den anderen süd-, west- und mitteleuropäischen Staaten sind Förderungsmaßnahmen im Gange, Kreditmöglichkeiten, die es in Österreich nicht gibt, und die Anstrengungen, die dort gemacht werden, müßten uns alarmieren.

Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, was ein relativ kleines Dorf in der Schweiz am Sustenpaß macht, das ein riesiges Gletschergebiet größtenteils nur aus eigener Kraft erschließen will.

Aber was noch größere Aufmerksamkeit von uns beanspruchen müßte, ist das große Delta — so nennen sie es in Südostfrankreich —, gekennzeichnet durch die Städte Marseille, Grenoble, Saint-Étienne und Lyon. Dort ist eine Bevölkerung von 10 Millionen, also etwas mehr als Österreich; sie haben eine Entwicklung im Gange auf allen Sektoren der Wirtschaft, vor allen Dingen der Industrie, aber auch des Fremdenverkehrs, und zwar des Fremdenverkehrs weniger an der Côte

8974

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Dr. Schwaiger

d'Azur, an der Küste entlang, sondern im Alpengebiet. Die nehmen sich vor, innerhalb der nächsten Jahre 500.000 Fremdenbetten zu errichten. Als Vergleich dazu ist zu erwähnen, daß ganz Österreich lediglich 509.000 gewerbliche Fremdenbetten hat.

Je kleiner ein Land ist, umso aufmerksamer muß es die Entwicklung in den anderen Ländern verfolgen. Und solche Entwicklungen, wie sie in Südostfrankreich im Gange sind, dürfen uns auf dem Sektor Fremdenverkehr nicht gleichgültig sein.

Es sind also bei uns weitere Ausbauten in der Quantität, aber vor allen Dingen in der Qualität notwendig. Dazu sind Investitionen notwendig, und bei diesen Investitionen hat es den Anschein, daß diese trotz des EWG-Vertrages weiterhin nicht nur nicht erleichtert, sondern auch erschwert werden.

Man wird auch neue Wege der Werbung suchen müssen. Ich bedauere es tief, daß man die Werbung von Österreich aus in Richtung Italien immer wieder vernachlässigt.

Das betrifft nicht nur die Bundesländer, sondern auch die Stadt Wien. Die Stadt Wien war nun einmal jahrhundertlang nicht nur das politische Zentrum Mitteleuropas, sondern auch das kulturelle Zentrum. In Italien sind viele kunstinteressierte Leute, die an Wien ein großes Interessenfeld finden würden. Die Stadt Wien sollte meinerwegen mit einem Beispiel vorausgehen und von dort her den Fremdenverkehr ankurbeln.

Was die Bundesländer betrifft, möchte ich sagen, daß viele Italiener in den Bergen ihren Urlaub verbringen, in den Dolomiten, in den Schweizer Alpen und in den französischen Alpen, nur in den österreichischen Alpen nicht. Nach dem Südtirolvertrag, glaube ich, wäre es an der Zeit, vergangene Klischeevorstellungen und Ressentiments abzubauen und sich auch dieses Reservoirs zu bedienen.

Nun komme ich allmählich zum Schluß:

Im großen und ganzen ist der Vertrag mit der EWG trotz der verschiedenen Mängel, die er aufweist, zu begrüßen. Es ist nur zu hoffen, daß die im Vertrag vorhandenen Mängel konsequent und zäh beseitigt werden.

Die Situation, in die die österreichische Wirtschaft jetzt kommt, ist vielleicht gar kein komplettes Novum, nicht nur deswegen nicht, weil schon in den letzten Jahren schrittweise große Vorbereitungen und Taten gesetzt wurden, sondern auch deswegen nicht, weil die österreichische Wirtschaft im Laufe einer Generation schon sehr große Störungen und Umstrukturierungen über sich hat ergehen lassen müssen. Ich erinnere daran, was inner-

halb einer Generation diesbezüglich geschehen ist:

Von der Großraumwirtschaft der Monarchie 1918 zum Kleinstaat, dazu noch in einer Periode, in der die Autarkie jedes Staates großgeschrieben worden ist. Diese dramatischen und tragischen politischen, innerpolitischen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit sind nicht nur logische Auseinandersetzungen gewesen, sondern hatten ihre Ursache auch weitgehend in der Umstrukturierung der Wirtschaft, die man in dieser kurzen Zeit damals nicht hatte bewältigen können.

1938 wurde die österreichische Wirtschaft wieder von der Kleinraumwirtschaft in eine Großraumwirtschaft umgestellt. Es sind Industriebetriebe entstanden, die für den kleinen österreichischen Raum viel zu groß waren.

Und 1945 mußte man wieder zurück zur Kleinraumwirtschaft.

Diese gewaltsamen Strukturänderungen, Außenhandelsänderungen zu überwinden, konnte nicht ohne Katastrophen vorübergehen.

Jetzt sind wir dabei, nachdem schon, wie gesagt, viele Vorleistungen gemacht worden sind, wieder in eine Großraumwirtschaft einzusteigen. Die Erfahrungen, die gemacht worden sind, werden uns lehrreich sein. Aber ich glaube behaupten zu können, daß die österreichische Wirtschaft mit Mut und mit Selbstvertrauen in diese neue Phase einsteigen wird, nicht nur zum Nutzen der Wirtschaftstreibenden — die Wirtschaft ist nicht nur eine Sache der Wirtschaftstreibenden, sondern auch eine der ganzen Bevölkerung —, sondern auch zum Nutzen der gesamten Bevölkerung.

Der Staat hat ja weitgehend Verteilerfunktion übernommen. Er kann aber auch nur verteilen, was erarbeitet wird. Man müßte doch endlich glauben, daß jeder Schilling, den die öffentliche Hand ausgibt, sei es der Staat, die Länder, die Gemeinden, zuerst erarbeitet werden muß. Dann muß er der arbeitenden Bevölkerung abgenommen werden, und erst dann kann er verteilt werden! *(Beifall bei der OVP.)*

Wenn man sich etwa Illusionen macht, wirtschaftsfremd nur verteilen zu können, dann muß das in eine Entwicklung führen, die jene Leute, die nicht mehr arbeiten können, am meisten betrifft: die Rentner und die Pensionisten. In jenen Ländern, in denen der Staat die Verteilerfunktion bis zum Extrem übernommen hat, sind diese Rentner und Pensionisten zu unnützen Essern geworden.

Dr. Schwalger

Und die anderen, die arbeitsfähig sind, die dürfen nicht aus dem Eisernen Vorhang heraus, sondern nur die unnützen Esser. So weit wollen wir es in Österreich nicht kommen lassen.

Herr Minister! Sie haben mit diesem EWG-Vertrag für die österreichische Wirtschaft und Bevölkerung eine große Verantwortung übernommen. Wir werden das genau beobachten und hoffen, daß Sie der Verantwortung mit der gesamten Bundesregierung gerecht werden. Aber nützen Sie diese Chance im Interesse der gesamten Bevölkerung, daß die Wirtschaft die Startbedingungen für diesen neuen Schritt nicht verschlechtert bekommt, sondern verbessert. Dann können wir das Vertrauen haben, daß wir uns auch auf einem großen Markt behaupten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Skotton: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Tirnthal. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Tirnthal (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Verehrte Damen und Herren! Zu den Ausführungen meines geschätzten Herrn Vordrögers sei nur folgendes kurz gesagt: Wir Sozialisten schmücken uns nicht mit fremden Federn, wir brauchen uns nicht mit fremden Federn zu schmücken, denn alle Fakten, die zum Abschluß dieses Vertrages geführt haben, liegen ja offen zutage.

Aber die ÖVP leidet an einem Komplex. Sie kann es einfach nicht verkraften, daß eine sozialistische Bundesregierung die EWG-Verträge ins Trockene gebracht und unterzeichnet hat.

Dieser Komplex, meine Damen und Herren, ging vorgestern im Nationalrat sogar so weit, daß beim Aussprechen des Dankes an Herrn Minister Bock durch den Bundeskanzler die ÖVP-Abgeordneten sehr lange zögerten, bis sie Herrn Minister Dr. Bock Beifall spendeten. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Infolge dieses Komplexes wurde von manchen ÖVP-Rednern vorgestern im Nationalrat das Erreichte oftmals heruntergesetzt, obwohl jeder vernünftige Mensch weiß, daß unser Verhandlungsteam das Menschenmögliche getan hat.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Diese Haltung zeigt, daß manche von Ihnen wieder einmal die Partei vor den Staat gestellt haben.

Als Belegschaftsvertreter der verstaatlichten Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG möchte ich in meinem Beitrag zur Debatte im Bundesrat über den Abschluß eines Vertrages mit der

EWG speziell zur Stahlseite mit ihren vielfältigen Problemen sprechen. Meinen Ausführungen vorangestellt seien folgende wichtige Zahlen:

Österreich exportierte im Jahre 1971 837.845 Tonnen Stahl in die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Im gleichen Zeitraum wurden aus dem EWG-Raum 347.998 Tonnen Stahlwaren nach Österreich eingeführt. Das heißt mit anderen Worten, daß wir in die EWG fast zweieinhalbmal soviel Hüttenerzeugnisse liefern, als wir von dort beziehen.

Diese Zahlen beweisen die überaus große wirtschaftliche Bedeutung eines Arrangements Österreichs mit der EWG. Alle Stahl-exporteure atmen auf, daß nach so vielen Jahren des Wartens durch die gegenwärtige sozialistische Bundesregierung ein Vertrag abgeschlossen werden konnte. Alle in den so stark exportorientierten Stahlunternehmen der verstaatlichten Industrie Tätigen sind froh darüber, obwohl wir ganz genau wissen, daß uns nichts geschenkt wird, sondern daß wir uns immer wieder aufs neue bewähren müssen.

Wie groß ist nun die Exportabhängigkeit der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie? Nehmen wir die Zahlen des Jahres 1971 zur Hand:

Die Alpine exportierte bei einem Umsatz von 9,24 Milliarden Schilling 1,64 Milliarden oder 18 Prozent ihrer Erzeugnisse.

Die VOEST lieferte 1971 Waren im Werte von 6,58 Milliarden bei einem Umsatz von 10,97 Milliarden Schilling ins Ausland. Dies sind 64 Prozent.

Die Böhler-Werke mußten 75 Prozent ihres Erzeugungswertes exportieren oder, in Zahlen ausgedrückt, 2,15 Milliarden bei 3,05 Milliarden Umsatz.

Und die Schoeller-Bleckmann Stahlwerke hatten im vergangenen Jahr einen Exportanteil von 87 Prozent. Bei einem Umsatz von rund 2 Milliarden sind dies 1,74 Milliarden Schilling.

Bei Böhler — darauf möchte ich besonders hinweisen — handelt es sich um Zahlen, die nur die österreichischen Betriebe einschließlich Sankt Ägyd und die Firma Rinko betreffen, also ohne das Werk Düsseldorf. Mit Düsseldorf ergibt sich ein Konzernumsatz von 5 Milliarden Schilling im Geschäftsjahr 1971.

Bei Schoeller-Bleckmann handelt es sich ebenfalls nur um Zahlen der österreichischen Werke. Mit den Geschäften der ausländischen Tochtergesellschaften lag der Umsatz 1971 bei 2,58 Milliarden Schilling.

8976

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Tirnthal

Von diesen Exporten der vier verstaatlichten Stahlunternehmen gingen in den EWG-Raum: Alpine: 501 Millionen, VOEST: 3800 Millionen, GBC-Osterreich: 680 Millionen und Schoeller-Bleckmann: 877 Millionen. Das ergibt in Summe 5858 Millionen Schilling.

Es ist wohl nicht notwendig, weitere Worte darüber zu verlieren, wie wichtig es für diese Unternehmen ist, ihren Export in die EWG mit zunächst verminderten Zollsätzen und letztlich zollfrei nicht nur halten, sondern auch steigern zu können.

Meine Damen und Herren! Bis jetzt mußten wir wettbewerbsdiskriminierende Zollhürden in einer durchschnittlichen Höhe von 6 bis 8 Prozent überwinden. Natürlich — und das soll auch klar ausgesprochen werden — können auch die EWG-Länder ihren Stahl letztlich zollfrei nach Österreich liefern.

Wir müssen, um die Problematik besser verstehen zu können, unsere Stahlerzeugnisse in zwei Gruppen teilen: In den Kommerzstahl und in den Edelstahl, wobei man beim Edelstahl großteils von den sogenannten sensiblen Produkten spricht, die gesondert behandelt werden.

Bei den Kommerzwaren einschließlich der Rohre — auch der Edelstahlrohre — wird ein stufenweiser, für beide Vertragspartner gleich wirksamer Zollabbau nach folgendem Zeitplan erfolgen: Ab 1. 10. 1972 30 Prozent, 1. 1. 1974 10 Prozent, 1. 1. 1975 20 Prozent, 1. 1. 1976 20 Prozent und 1. 7. 1977 20 Prozent. In etwas mehr als viereinhalb Jahren wird bei diesen Erzeugnissen die Zollfreiheit erreicht sein.

Bei einem Großteil des Edelstahls, der unter den Begriff sensible Produkte fällt, wobei es sich dabei vor allem um kohlenstoffreiche, rostfreie, hitzebeständige Schnellstähle und andere hochlegierte Stähle handelt, ist folgender Zollsenkungszeitplan vorgesehen:

Bei Exporten Österreichs in die EWG: 1. 10. 1972 5 Prozent, 1. 1. 1974 5 Prozent, 1. 1. 1975 5 Prozent, 1. 1. 1976 10 Prozent, 1. 1. 1977 15 Prozent, 1. 1. 1978 20 Prozent, 1. 1. 1979 20 Prozent, 1. 1. 1980 ebenfalls 20 Prozent, sodaß hier die Zollnulllinie am 1. 1. 1980 erreicht sein wird.

Die EWG hat sich für ihre Exporte nach Österreich einen anderen Zeitplan ausbedungen: 1. 10. 1972 5 Prozent, 1. 4. 1973 5 Prozent, 1. 1. 1974 10 Prozent, 1. 1. 1975 10 Prozent, 1. 1. 1977 10 Prozent, 1. 1. 1978 20 Prozent, 1. 1. 1979 20 Prozent und letztlich am 1. 1. 1980 20 Prozent.

Dies bedeutet drei Jahre lang eine raschere Zollsenkungsrate, dann eine langsamere, um

schließlich am 1. Jänner 1980 gleich wie bei unseren Exporten in die EWG die Nullgrenze zu erreichen.

Diese Abweichungen der österreichischen Zollabbausätze für sensible Produkte waren notwendig, um das Prinzip einer annähernd „symmetrischen“ österreichischen Gegenregelung gegenüber der EWG-Kommission durchsetzen zu können, weil die österreichischen Zölle gegenüber der EWG gerade bei den sensiblen Stahlprodukten ja ungleich höher sind.

Darüber hinaus wurden bei diesen sensiblen Stahlwaren auch Kontingente vereinbart. Dabei wurde als Richtzahlen der Durchschnitt aus den Lieferungen der Jahre 1968 bis 1971 festgelegt.

Auf diese Richtzahlen kommen für 1973 für Exporte in die EWG ein Aufschlag von 15 Prozent und für Importe aus der EWG ein solcher von 14 Prozent. Für die neuen EWG-Vollmitglieder England, Norwegen, Dänemark und Irland gibt es keine Kontingente.

Dies bedeutet doch eine wesentliche Erhöhung der Liefermöglichkeiten Österreichs in die EWG gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1971. Auch von den sensiblen Stahlprodukten liefert Österreich etwa das Zweieinhalbfache jener Menge, die aus der EWG nach Österreich eingeführt wird.

Für die folgenden Jahre bis zum Auslaufen der Zölle steigen die Kontingente automatisch um 5 Prozent pro Jahr. Sollte eine überdimensionale Steigerung oder ein besonderer Rückgang des Handels eintreten, dann muß auf Wunsch eines Partners über eine Neukontingentierung verhandelt werden.

Zum besseren Überblick möchte ich noch zwei Werte bekanntgeben: Österreich lieferte 1971 in die EWG sensible Stahlwaren im Werte von 929 Millionen, während im gleichen Zeitraum aus der EWG für 378 Millionen Schilling Stahlprodukte nach Österreich eingeführt wurden.

Meine Damen und Herren! So lauten die wichtigsten Bestimmungen des EWG-Vertrages, die vor allem die Hüttenprodukte betreffen, welche fast ausschließlich in den verstaatlichten Eisen- und Stahlunternehmen erzeugt werden.

Dem Verhandlungsteam, das dieses von uns aus gesehen optimale Ergebnis erreicht hat, sei aufrichtig Dank gesagt.

Eines sei hier sehr bestimmt festgestellt: Alle offenen und versteckten Vorwürfe, es wäre mehr herauszuholen gewesen, ent-

Tirathal

sprechen keinesfalls den Tatsachen. Wer dies behauptet, ist entweder böswillig, will politisch im Trüben fischen oder versteht von der Materie sehr wenig.

Meine Damen und Herren! Untrennbar mit dem Vertrag zwischen der EWG und Österreich ist aber auch die Konzernierung der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie verbunden. Die Zusammenführung dieser Betriebe wird sie in die Lage versetzen, am Weltmarkt, vor allem aber am europäischen Markt einheitlich und geschlossen aufzutreten.

Die sozialistische Bundesregierung hat mit der Stahlkonzernierung nicht nur den Auftrag des Gesetzgebers erfüllt, sondern auch die Voraussetzungen für einen guten Start im EWG-Raum geschaffen.

Nach den Zahlen des Jahres 1971 wird dieser Konzern in der Weltrangliste der Stahlindustrie der Größe nach an zehnter Stelle rangieren. Einschließlich der im Ausland Beschäftigten werden in diesem Großkonzern 76.000 Arbeiter und Angestellte tätig sein. Der Umsatz betrug 1971 27.791 Millionen Schilling.

Leider wurde durch gezielte Störaktionen von seiten der ÖVP versucht, den sinnvollen Zusammenschluß der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie zu torpedieren. Dies bewiesen die „Oberösterreichischen Nachrichten“ und vor allem auch die steirische „Südost-Tagespost“, die, auf die niedersten Instinkte spekulierend, versuchten, einen Wirbel zu inszenieren.

Wenn in den vergangenen Wochen die Plakatwände in Orten mit verstaatlichten Betrieben mit unqualifizierten Angriffen auf die SPO verschmiert waren (*Bundesrat Heinzinger: Sozialistische Betriebsräte haben das gesagt!*), so war dies wohl das letzte Aufbäumen, Herr Bundesrat Heinzinger, jener reaktionären Schichten, für welche die Jahre 1934 bis 1938 die erstrebenswerteste Regierungsform mit 600.000 Arbeitslosen und einer Lohndrückergarde vor jedem Fabrikstor gewesen ist. (*Bundesrat Heinzinger: Das ist unernst!*)

Doch auch diese Versuche sind Gott sei Dank gescheitert. Mit Ruhe und Gelassenheit, Vertrauen und Zuversicht begrüßen weit mehr als 90 Prozent der Belegschaften der betroffenen Unternehmungen die beschlossene Form des Zusammenschlusses als optimale Lösung.

Wir alle wissen sehr genau, meine Damen und Herren, daß mit dem EWG-Vertrag ein frischer Wind aufkommt, der uns auch in der verstaatlichten Industrie zu Umstellungen zwingen wird.

Wir sind aber davon überzeugt, daß wir diese Probleme in gemeinsamer Arbeit meistern und im Aufwind eines zukünftigen, größeren Wirtschaftsraumes kontinuierlich expandieren werden zum Wohle der Unternehmungen, zum Nutzen der dort Beschäftigten und zur Stärkung der gesamten österreichischen Wirtschaft. Danke. (*Beifall bei der SPO.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Skotton: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Goëss. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. Goëss (ÖVP): Hohes Haus! Herr Minister! Als ich dieser Debatte von Anfang an folgte, ist mir der Gedanke gekommen, was wohl ein Unbeteiligter sagen würde, der die Chronik der politischen Ereignisse des Jahres 1972 einmal liest und am 22. Juli auf die Eintragung stößt: Österreich schließt mit der EWG einen Vertrag über die Bildung einer Freihandelszone für industrielle Produkte.

Dabei habe ich mir gedacht: Dieser Leser wird sich wahrscheinlich denken: In Beziehung gesetzt zu der europäischen Euphorie der späten vierziger und fünfziger Jahre ein unbedeutendes Ereignis, was da drin steht. In Beziehung gesetzt aber zu dem, was wir, die Generation, die heute noch mitbestimmend in der Politik wirkt, an Wandel der Umwelt mitgemacht haben, in der wir leben müssen, ein bedeutendes Ereignis.

Halten wir uns nur vor Augen: die zwanziger Jahre oder die Methoden, mit denen man die Wirtschaftskrise, die im Jahre 1929 ausgebrochen ist, zu bekämpfen suchte: Protektionismus, Zollmauern und was alles dazugehörte, dann in weiterer Folge die 1000-Mark-Sperre und die Gegenmaßnahmen, die in Österreich damit provoziert wurden, immer höhere und immer stärker abschließende Mauern voreinander, die kriegs- und nachkriegsbedingten Bewirtschaftungsmaßnahmen und dann erst langsam der Abbau der ersten Kontingente des Außenhandels; das langsame Freiwerden des Außenhandels, die EFTA als erste internationale Organisation, der wir im wirtschaftlichen Bereich beigetreten sind und gegenüber der wir unsere Grenzen in Form einer Freihandelszone aufgemacht haben. Dann schließlich der Beginn des langen Marsches durch die Institutionen der EWG in Brüssel.

Entschuldigen Sie, wenn ich hier einen Begriff gebrauche, den, glaube ich, die außerparlamentarische Opposition geprägt hat: den Marsch durch die Institutionen. Aber man kann diesen Begriff hier ganz gut anwenden. Denn im Bereich der Sechs, im Gemeinsamen

8978

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Dr. Goëss

Markt hat sich in den Jahren seiner Existenz ein wahres Labyrinth von Institutionen herausgebildet und eine Superbürokratie installiert, die zu durchdringen sicher eine ebenso schwierige wie langwierige Aufgabe war. Ich brauche mich nicht mehr der Gratulation und dem Dank anzuschließen, der schon ausgesprochen wurde.

Was hier zu überwinden war, ist sicher eines langen Marsches würdig, und die Probleme, die auch innerhalb der EWG immer wieder aufgetaucht sind, die Krisen, die sie selbst durchmachen mußte — ich muß an die Politik des leeren Stuhls erinnern, die Frankreich eine Zeitlang praktiziert hat —, der Drang zum Perfektionismus, der in Brüssel sehr lang vorgeherrscht hat, das alles führte zweifellos dazu, daß dieser Weg sehr lang ausgefallen ist.

Zwei Ereignisse waren es vor allem, die diesen langen Weg wenigstens zu einem Etappenziel führen ließen. Das eine ist heute hier schon erwähnt worden — ich glaube, es war der Kollege Dr. Reichl —: die Gipfelkonferenz vom Herbst 1969 — ich brauche nicht näher darauf einzugehen — und die dort erfolgte Beendigung des jahrelangen Disputs unter den EWG-Partnern, ob zuerst Stärkung der bestehenden Gemeinschaft und dann Erweiterung oder zuerst Erweiterung und dann Stärkung der Gemeinschaft. Man ist über den politischen Schatten der Vergangenheit gesprungen, hat grünes Licht für die Erweiterung gegeben und auch grünes Licht für eine Freihandelszonenähnliche Regelung mit den Staaten der sogenannten Rest-EFTA.

Entschuldigen Sie, daß ich hier eine Bemerkung einfüge. Diesen Begriff halte ich an sich für unglücklich gewählt, man gehört nicht gerne einem Rest an, der da sozusagen hinausgekehrt wird. Ich möchte also von nun an nicht mehr der Rest-EFTA angehören, sondern der EFTA, wie sie jetzt besteht. Das nur eingeflochten, denn es ist gleichzeitig eine Reaktion eines Minderwertigkeitskomplexes, sich zu einem Rest zu bekennen.

Das zweite Ereignis, das diesen Weg freigemacht hat, ist etwa zur gleichen Zeit eingetreten — es wurde hier noch nicht erwähnt, ich glaube, auch im Nationalrat nicht —, nämlich der Abschluß der Südtirolverhandlungen und der Abschluß des Südtirolvertrages durch den damaligen Außenminister Dr. Waldheim, der erst das italienische Veto in Brüssel gegen eine vertragliche Regelung mit Österreich beseitigt hat.

Ein dritter Faktor sei hier noch erwähnt: Daß schließlich und endlich die österreichische

Wirtschaft und die österreichischen Arbeiter und Angestellten, die in dieser Wirtschaft arbeiten, die österreichischen Unternehmer den mutig angegangenen Strukturwandel, den sie in den sechziger Jahren eingeleitet und durchgeführt haben, oft gegen eine bestehende Struktur und unter Überwindung erheblicher Probleme, vor allem darin bestehend, daß nicht klar war, wohin der Integrationsweg endlich führen wird, daß diese österreichische Wirtschaft und die in ihr arbeitenden Menschen diesen Strukturwandel bewältigen konnten, sodaß heute eine europareife österreichische Wirtschaft diesen Vertrag auf sich anwenden kann.

Der Vertrag selbst ist für Österreich eine kleine Lösung, darüber sind wir uns alle klar. Ich will jetzt nicht auf den Streit darüber eingehen, ob sie optimal ist oder nicht.

Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß Europa mit diesem Vertrag genauso wenig wie mit den anderen jetzt abgeschlossenen Verträgen komplett wird. Die Sechs waren nicht Europa, die Zehn werden nicht Europa sein, und auch die Zehn plus die Vier, wenn ich das so nennen darf, werden noch nicht Europa sein.

Es wird noch lange dauern, bis Europa die Institutionen zu schaffen in der Lage sein wird, die seiner Verschiedenheit, der Vielfalt seiner Kulturen und Zivilisationen, der ungeheuren Komplexität dieses Raumes wirklich gerecht werden können und dann den geographischen Begriff Europa auch zu einem politischen machen. Die technischen Bande, die jetzt die Wirtschaftsgemeinschaft verbinden, sind nur ein Skelett von dem, was einmal notwendig ist, um wirklich von einem Europa sprechen zu können.

Die Gemeinschaft, die, mit diesen wirtschaftlichen Banden zusammengeknüpft, derzeit ja auch noch nicht viel weiter ist als eine Freihandelszone — sie ist ja noch weit entfernt von einer Wirtschaftsunion, wohin sie ausgerichtet ist —, wird, damit sie nicht als wirtschaftlicher Gigant ohne politischen Kopf dastehen muß, daran arbeiten müssen, die Institutionen für diesen politischen Kopf rechtzeitig zu schaffen, damit nicht ein wirtschaftliches Monstrum in seiner Existenz an sich mangels eines dazugehörenden politischen Kopfes gefährdet ist.

Zweifellos ist die Wirtschaftsgemeinschaft EWG schon heute eine wirtschaftliche Macht. Sie wird durch den Beitritt der Zehn zur ersten Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt. Sie wird im Einkommen zwischen den USA und der UdSSR stehen, natürlich erheb-

Dr. Goëss

lich über letzterer, und ist somit der zweite Machtfaktor in der Welt. Macht verpflichtet, verpflichtet also auch diese wirtschaftliche Gemeinschaft, entsprechende politische Institutionen zu schaffen.

Warum sage ich das jetzt so deutlich? Weil ich damit etwas herausheben möchte, was hier schon einmal angeklungen ist, nämlich daß, wenn schon nicht de jure, so de facto die Entscheidungen der Zehn ihre Auswirkungen auch auf die Nichtmitgliedsländer, auch auf die Neutralen und besonders auf die Neutralen haben werden, deren Wirtschaft ja heute schon mit der EWG besonders verknüpft ist.

Was ist die Schlußfolgerung daraus für uns? Wir müssen alles tun, wenn wir schon in Brüssel nicht dabei sein können, jene Institution, bei der wir sein können, nämlich Straßburg, entsprechend zu nutzen.

Die politischen Entscheidungen, die in Brüssel gefällt werden, werden ohne uns gefällt, ihre Auswirkungen bekommen wir zu spüren. Das Europaparlament, die parlamentarische Institution der EWG wird an Bedeutung gewinnen. Sie wird voraussichtlich in absehbarer Zeit durch direkte Wahl beschiedt werden. In dem Maße, in dem das Europaparlament an Bedeutung gewinnt, läuft natürlich der Europarat und die Beratende Versammlung Gefahr, an Bedeutung zu verlieren.

Daher möchte ich, Herr Minister, an die Regierung den Appell richten, alles zu tun, damit die Bedeutung des Europarates gestärkt und diese Institution genutzt wird. Er ist dazu geeignet, den Kontakt zu dem Geschehen der Zehn auch auf politischer Ebene aufrechtzuerhalten. Er hat die Institutionen in Form des Ministerrates und in Form der Beratenden Versammlung. Dort können die sieben Nichtmitgliedstaaten mit den zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch den politischen Kontakt halten, der notwendig ist, damit wir einmal nicht nur Objekt dieser politischen Entscheidungen sein werden.

Gestatten Sie mir nun noch eine kurze Bemerkung zu diesem Vertrag vom Gesichtspunkt meines Bundeslandes Kärnten aus, da wir ja hier in der Länderkammer sind.

Kärnten wird gerade von den Ausnahmebestimmungen für die sensiblen Produkte besonders getroffen. Die Wirtschaft Kärntens hat einen Schwerpunkt im Fremdenverkehr und einen anderen Schwerpunkt in der Industrie und in der Forstwirtschaft. Sie wird vor allem von den unter den sensiblen Produkten geführten Ausnahmebestimmungen für Roh-

blei, Rohzink, Magnesit, Ferrolegierungen und feuerfeste Steine getroffen, die erst in sieben Jahren die Zollbefreiung genießen werden, und besonders auf dem Papiersektor.

Die Papierindustrie ist eine der ältesten Industrien in Kärnten. Gerade diese Papierindustrie befindet sich heute in einer Krisensituation, die zu beheben selbst bei gutem Willen, ich will nicht sagen, nicht möglich, aber äußerst schwierig und schmerzhaft sein wird. Gerade diese Papierindustrie wird also durch die Übergangszeit von elf Jahren und durch die Bestimmung auch noch von Kontingenten, deren Überschreitung mit dem vollen EWG-Außenzoll bezahlt werden muß, empfindlich getroffen.

Mit dieser Benachteiligung der Papierindustrie wird ein zweiter Wirtschaftszweig besonders getroffen, der in Kärnten eine besondere Rolle spielt, nämlich die Forstwirtschaft, denn die Papierindustrie versorgt sich ja rohstoffmäßig aus der heimischen Forstwirtschaft.

Erfahrungsgemäß wissen wir leider, daß die Papierindustrie jeden Preisdruck vom Markt her — in diesem Fall kommt also der Preisdruck von den Zöllen her — in vollem Maße mindestens weiterzugeben pflegt. Das heißt, hier beißen wahrscheinlich wieder den Letzten die Hunde, und das ist in diesem Fall die Forstwirtschaft, die ohnehin in nächster Zeit auch noch von einer anderen Seite her benachteiligt zu werden droht, nämlich von der steuerlichen Seite her.

In dem Entwurf einer Einkommensteuernovelle 1973, der zurzeit vom Finanzministerium zur Begutachtung ausgeschickt ist, ist die Streichung zum Beispiel der Steuerbegünstigung für Katastrophennutzung geplant. Weiters hat ja der Herr Finanzminister den Gemeinden im Finanzausgleich eine Erhöhung der Grundsteuern um 25 Prozent angeboten, um die Gemeindemittel zu erhöhen, was auch zu Lasten dieses Wirtschaftszweiges geht.

Damit will ich nur betont haben, daß diese Schwierigkeiten, die über die Papierindustrie auf die Forstwirtschaft zukommen, dort auf einen auch von der steuerlichen Seite her benachteiligten Wirtschaftszweig treffen. Er ist auch benachteiligt gegenüber den meisten EWG-Staaten, wo gerade der Wirtschaftszweig Forstwirtschaft eine besondere Unterstützung der öffentlichen Hand findet.

Als dritten Wirtschaftsfaktor, der für Kärnten maßgebend ist, möchte ich hier noch ganz kurz den Fremdenverkehr erwähnen. Dazu wurde hier schon genügend gesagt. Ich

8980

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Dr. Goëss

möchte nur feststellen, daß ich der Auffassung bin, daß dieses Heranrücken der österreichischen Wirtschaft an die westlichen Industrieballungsräume zweifellos auch für den Fremdenverkehr an sich einen belebenden Faktor darstellen wird.

Man darf sich aber auch keine Illusionen von dem Verkehr über die Grenzen machen, denn heute noch müssen auch die Reisenden aus den alten Mitgliedsländern der EWG bei den Grenzen erstens ihre Pässe vorzeigen und zweitens zum großen Teil die Waren verzollen, die sie mitführen. Das heißt, auch heute noch werden an den Grenzen der EWG-Staaten die Autos nach zollpflichtigen Waren durchsucht, sodaß man sich fragen muß: Ist es jetzt, nachdem die Wirtschaftsgemeinschaft schon über ein Jahrzehnt besteht, wirklich deren Auswirkung, daß der Tourismus in der Form noch gar nichts davon spürt?

Als drittes noch ganz kurz ein Hinweis, der mir im ganzen sehr wesentlich erscheint, nämlich daß auch die österreichische Währungspolitik von diesem Vertrag in irgendeiner Form betroffen sein wird. Das heißt, umgekehrt ausgedrückt, daß wir in Österreich nicht übersehen dürfen, daß wir in unserer Währungspolitik auf diese neue Situation Rücksicht zu nehmen haben.

Diese neue Situation wird dadurch gegeben sein, daß innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft eine Währungsunion angestrebt wird. Die Bildung der Währungsunion war ja auch Gegenstand des Beschlusses der Gipfelkonferenz vom Herbst 1969. Der Wernerplan hat die Bildung dieser Währungsunion eingeleitet.

Wenn auch noch wenig in dieser Richtung erreicht wurde, so kann doch festgestellt werden, daß gerade im Kontext der gegenwärtigen Weltwährungskrise, der Krise des Systems von Bretton Woods, mit einem Fortschritt der Bildung dieser Europäischen Währungsunion zu rechnen sein wird. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht einmal danebensitzen und von einer Entwicklung ausgeschlossen sind, die mitzumachen wir nämlich in der Lage sind.

Die Währungspolitik als solche ist nicht Gegenstand des Vertrages von Rom, und sie stellt auch kein Neutralitätspolitisches Problem als solches dar. Sonst könnten wir ja auch nicht der Währungsvereinbarung von Bretton Woods angehören, wo ja schließlich auch nur die freien Staaten des Westens vereinigt sind.

Womit ich an die Bundesregierung appellieren möchte, nicht zu versäumen, rechtzeitig

den Kontakt mit dieser Entwicklung auf währungspolitischem Gebiet herzustellen und dafür zu sorgen, daß auch wir in geeigneter Form bei der Bildung der Europäischen Währungsunion dabei sind.

Dieser Appell erscheint mir nicht unberechtigt, denn die Verhandlungen, die zu diesem Vertrag geführt haben, waren nicht immer sehr geschickt, zumindest von nicht immer sehr geschickten Äußerungen begleitet, insbesondere in Richtung auf die sensiblen Produkte, Äußerungen, die Regierungsmitglieder gemacht haben und die natürlich unsere Verhandlungsposition in Brüssel nicht gerade gestärkt haben.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine Aussage unseres Kollegen Dr. Reichl zurückkommen, der bedauert hat, daß die ÖVP nur ein bedingtes oder verwässertes Ja, wie er das formuliert hat, zu diesen Verträgen zu sagen bereit ist. Reichl hat gemeint, man dürfte als Oppositionspartei nicht den Vertrag mit der Regierung verwechseln und müßte, auch wenn man mit der Regierung nicht einverstanden ist, auf jeden Fall mit diesem Vertragwerk einverstanden sein.

Ich muß dem Kollegen Reichl sagen: Mit so einer Feststellung kann man die Fehler, die die Regierung bei der Aushandlung und beim Abschluß dieses Vertrages gemacht hat, nicht wegdiskutieren. Natürlich trägt die Regierung für diesen Vertrag die politische Verantwortung. Wenn sie Fehler gemacht hat, die sich in diesem Vertrag auswirken, dann können wir nicht sagen: Weil es sich hier um einen europäischen Vertrag handelt, übersehen wir diese Fehler und sind bedingungslos dafür, und auf der anderen Seite sind wir getrennt davon gegen die Regierung. Das geht also denn doch nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Sinne des mir beim Hergehen zugekommenen Wunsches komme ich zum Schluß. Ich will am Schluß auch nicht mehr polemisieren, aber gestatten Sie mir hier noch eine Feststellung. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Gestatten Sie mir hier noch eine Feststellung, die zu treffen ich auf Grund der Ausführungen meines direkten Vorredners gezwungen bin.

Wir sind in den letzten zehn Jahren einen langen Weg nach Brüssel gegangen. Wenn der Chronist, den ich früher erwähnt habe, in dieser Chronik nachliest, dann wird er sicher auch weiter zurückblättern und mit Interesse, vielleicht mit Genugtuung die Kehrtwendung feststellen, die die Sozialistische Partei in bezug auf die Einstellung zur EWG vollzogen hat, eine Kehrtwendung, die insbesondere die führenden Persönlichkeiten dieser

Dr. Goëss

Partei in ihrer Einstellung zu der EWG vollzogen haben. Ich brauche diese Feststellungen hier nicht zu wiederholen, sie stehen bereits in den Protokollen des Nationalrates.

Diese Kehrtwendung, die hier vollzogen wurde, war letztlich auch Voraussetzung dafür, daß wir überhaupt an dieses Etappenziel gekommen sind. Ich habe gesagt, ich will nicht polemisieren, aber ich begrüße es, daß diese Kehrtwendung vollzogen wurde. Irren ist menschlich, und wenn das einer eingesteht, dann wollen wir das auch anerkennen. *(Der Vorsitzende übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)*

Meine Damen und Herren! Auf dem Inlandsmarkt wird durch den sukzessiven Abbau der Zölle sicher ein verschärftes Konkurrenzklima gegenüber unseren industriellen Nachbarstaaten und damit gegenüber unseren Hauptkonkurrenten im industriellen Bereich entstehen. Es wird auch da und dort zu Umstellungsschwierigkeiten kommen.

Aber trotzdem glaube ich und bin ich der Überzeugung, daß die Auswirkungen dieses Vertrages in erster Linie auch für die Konsumenten positiv sein werden.

Allerdings unter einer Voraussetzung, Herr Minister: daß durch sorgfältig erarbeitete wirtschafts- und finanzpolitische Konzepte Wachstum, Vollbeschäftigung und Stabilität wieder miteinander in Einklang gebracht werden und die Preislawine, die momentan auf uns zurollt, aufgefangen wird, womit die Nutzungsmöglichkeit des größeren Wirtschaftsraumes überhaupt erst gegeben sein wird.

Hohes Haus! Der positive Abschluß der langjährigen Verhandlungen mit der EWG ist für Österreich ein erfreuliches Ereignis. Das stehe ich nicht an festzustellen. Er schafft aber an sich keinen wirtschaftspolitischen Erfolg.

Er schafft eine wirtschaftspolitische Möglichkeit. Und diese Möglichkeit zu nutzen, Herr Minister, ist die große Aufgabe der Bundesregierung für die nächste Zukunft, wobei es allerdings die bisher sehr mageren Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Bemühungen dieser Bundesregierung ratsam erscheinen lassen, die diesbezüglichen Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Wally. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Wally (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Herren Bundesminister! Hoher Bundesrat! Ich darf zwei kleine persönliche Bemerkungen vorausschicken.

Die erste: Zu den Ausführungen meines Herrn Kollegen Dr. Heger, der gestern so wie ich den Philosophen gehört hat — wie auch

der Herr Bundesminister, der in Salzburg anwesend war —, möchte ich sagen, daß wir hier — was sonst nicht so der Fall ist — absolut, glaube ich, einer Meinung sind: So pessimistisch sieht meiner Meinung nach die Welt von heute und auch das Morgen nicht aus, wie es gestern bei der Festspieleröffnung dargestellt worden ist!

Und eine zweite kleine persönliche Bemerkung. Allmählich werde ich etwas abergläubisch, weil ich jetzt schon in einer Folge von Jahren immer nach dem Herrn Dr. Goëss zu sprechen komme. Ich bin noch nicht darauf gekommen, worin das wurzelt, vielleicht in dem gleichen Vornamen, den wir haben.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn ich kurz auch zum vorliegenden Gegenstand spreche, dann in einer etwas anderen Weise. Ich möchte nämlich versuchen — zwar nicht gleich am Beginn, sondern im Hauptteil meiner Ausführungen —, die politische Szenerie auch mitzubeleuchten, vor der sich diese Vertragsentwicklung und das Werden dieser Freihandelszonenregelung abgespielt hat. Zuerst darf ich aber versuchen, auf die Argumentation, wie sie jetzt im Nationalrat und hier im Bundesrat sowie in der Öffentlichkeit erfolgt ist, einzugehen.

Die Freiheitliche Partei — sie ist im Bundesrat nicht vertreten und kann daher hier auch nicht Stellung nehmen — betont, daß sie von Anfang an konsequent für die EWG-Lösung eingetreten sei. Die Vorwürfe, die die FPÖ jetzt erhebt, gehen dahin, die Integration sei viel zu spät und nicht mit dem erforderlichen Nachdruck von Seite Österreichs betrieben worden. Eine Lösung, so wird von der Freiheitlichen Partei argumentiert, wäre schon viel früher und mit viel besseren Ergebnissen möglich gewesen.

Diese Behauptung, ein besseres Ergebnis wäre schon früher erreichbar gewesen, wurde in den Raum gestellt, aber es ist kein Beweis dafür erbracht worden, daß diese Behauptung durch die Tatsachen gedeckt werden könnte.

Außerdem geht die Freiheitliche Partei nach meiner Meinung in ihrer Kritik offensichtlich über die inzwischen erfolgten politischen Veränderungen hinweg und vereinfacht in der Richtung, als wären die politischen Situationen von damals — ich meine 1957 — und jetzt ident geblieben.

Tatsächlich ist aber seit dem Vertrag von Rom ein mehrfacher politischer Szenenwechsel erfolgt. Die EWG selbst hat sich weitgehend von ihrer ursprünglichen Konzeption gelöst. Die Stellung der neutralen Staaten hat sich inzwischen konsolidiert, und der Hintergrund der Bestrebungen um die europäische Inte-

Wally

gration hat die gesamte politische Szenerie, um dieses Wort wieder zu gebrauchen, gewandelt. Ich komme später noch darauf zurück.

Von seiten der Österreichischen Volkspartei, also der großen Oppositionspartei, und ihren Bündnen werden auch eine Reihe von Kritiken erhoben. Ich meine jetzt nicht nur die heute hier im Haus, sondern auch die in der Öffentlichkeit und vor allem jene von Parteibobmann Dr. Schleinzner im Nationalrat.

Es wird zwar nicht so wie bei der FPÖ argumentiert, daß ein entsprechendes Vertragswerk schon viel früher hätte zustande kommen können, doch werden eine Reihe von Vorhaltungen gemacht, daß dieser Vertrag zu „gering“ sei — wie eine Ausdrucksweise gelautes hat —, es hätte substantiell mehr erreicht werden können — das haben wir auch heute gehört —, und es sei zuwenig zäh verhandelt worden. Bundeskanzler Kreisky und Handelsminister Staribacher hätten frühzeitig „resigniert“; auch das gehört zu diesem Vokabular.

Eine Reihe diesbezüglicher Vorwürfe gipfelte schließlich in einer Aussage des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil, der behauptete, daß die Heimatfront den Kämpfern in Brüssel sozusagen in den Rücken gefallen sei.

Verehrte Damen und Herren! Mit dieser Gruppe von Kritiken und Vorhalten sich weiter zu befassen wäre an sich nicht weiter nötig, weil sie — ich möchte sagen — wie Bröselchen politischer Kleinmacherei bereits vom Tisch gefegt worden sind, und zwar nicht von einem Sprecher der Regierungspartei, sondern interessanterweise vom außenpolitischen Sprecher der ÖVP, vom Herrn Doktor Karasek, der klipp und klar erklärt hat — viele waren ja Zeuge dieser Rede im Nationalrat —, daß ein Assoziierungsabkommen zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich gewesen sei und daß unter den gegebenen Umständen ein Optimum des Möglichen erreicht werden konnte.

Ich hätte mich auch sonst mit dieser Art von Argumentation, wie ich sie eben angeführt habe, nicht lange zu befassen brauchen, weil die Verhandlungen nie isoliert von einem Minister oder von einem Organ der Bundesregierung, sondern immer über das jeweils federführende Ministerium in engstem Kontakt mit den Interessenvertretungen geführt worden sind. Das hat der Herr Bundesminister im Nationalrat ausdrücklich festgestellt und auch heute in seiner Erklärung ausdrücklich betont.

Abschließend zu der aufgezeigten Form der Argumentation wäre noch zu bemerken, daß die Bundesregierung auch heute wieder sehr wohl die Verdienste aller Beteiligten unter

Hervorhebung der Exponenten gewürdigt hat, während — und das ist jetzt die andere Seite — seitens der großen Oppositionspartei, soviel ich bisher feststellen konnte, bis auf einen einzigen Redner die Tätigkeit der Bundesregierung und die Leistungen, die jetzt im Zusammenhang mit dem Abschluß erbracht worden sind, eher in kleinlicher Weise kritisiert wurden und man schließlich die berühmte „Gunst der Stunde“ bemüht hat, welcher der Erfolg zu verdanken sei.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich einer anderen Gruppe von Kritiken zuwenden, die auch die Opposition angeführt hat. Dem Herrn Außenminister Dr. Kirchschläger ist in eindrucksvoller Weise bescheinigt worden, daß sich an seinem Konzept, an seinem Ressort und auch an seinem Bericht eine Kritik erübrige und daß seine Darstellung, so wurde im Nationalrat gesagt, Satz für Satz zu unterstreichen sei.

Kritisiert wurde aber, daß der Herr Bundesminister Dr. Kirchschläger mit seiner Berichterstattung nicht auch sogleich ein Konzept für die weitere Integrationspolitik vorlegte und den weiten Weg nach Europa sozusagen manifestierte.

Meine verehrten Damen und Herren! Wer hätte denn — man lese einmal das Protokoll von 1955 nach — damals anläßlich des Abschlusses des Staatsvertrages und der erfolgten Diskussion in den beiden Häusern den damals berichtenden Regierungsmitgliedern sogleich und sofort ein Konzept für den weiteren Weg Österreichs abverlangt?

Ähnlich konzeptbegierig im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Integration und auf die begleitenden Maßnahmen in Österreich selbst erweisen sich dann eine größere Anzahl von Sprechern der Opposition, und das hört sich manchmal seltsam genug an. Wer vor einem eben fertiggestellten Werk steht, das mit letzter Kraft, kann man sagen, mit Geduld und Ausdauer vollbracht werden konnte, muß es als etwas unrealistisch empfinden, sofort und sogleich angehalten zu werden, die nächsten Schritte schon zu vollziehen. Hier muß man doch bedenken, daß ja eine ganze Bandbreite von Problemen vorliegt, die heute, ich glaube, von fast allen Rednern aufgezeigt worden sind, und daß man nichts Unmögliches erwarten kann.

Entweder ist dieser Art von Kritikern das Ausmaß des Vollbrachten nicht erkennbar und sie fordern sozusagen mehr als Außenstehende, oder — und das liegt vielleicht näher — man fordert in dieser Art, um von der Realität des Geschaffenen abzulenken und in den

Wally

Bereich des Unverbindlichen hinüberzugelangen.

Von den vielen Kritiken, die außer diesen beiden Gruppen noch geäußert worden sind, wäre zu sagen, daß es sich im allgemeinen um ganz ernste wirtschaftspolitische Sorgen handelt, die die Sprecher auch heute in diesem Hause vorgebracht haben, oft bedingt durch die Situation in einem Bundesland, in einem Wirtschaftszweig oder auch in einer ganz persönlichen Angelegenheit. Ich meine da auch — es ist zwar nicht erwähnt worden — die Zillertaler Autobahn. Aber immerhin ergibt sich, wie gesagt, eine ganze Bandbreite ernster Sorgen und Probleme, auf die im einzelnen einzugehen ich mir jetzt wohl ersparen kann.

Es soll aber — und das möchte ich zurückblickend auf das Vorhergesagte sagen — am Beginn eines Weges nicht schon das Ergebnis desselben gefordert und abverlangt werden. Das wäre, um auch dieses Wort heute zu gebrauchen, eine gewisse Euphorie, die sich mit der Realität nicht decken ließe.

Vor allem müssen wir doch, und das ist uns allen gewiß, ähnlich wie nach dem Staatsvertrag mit der neuen Umgebung erst Erfahrungen machen, um die entsprechenden Verhaltensweisen erfolgreich praktizieren zu können. Man kann doch im Augenblick nicht so argumentieren, wie es im Nationalrat manchmal den Anschein hatte, als hätten wir eine Schlacht verloren und nicht einen Erfolg erzielt.

Daß die befaßten Ministerien und Institutionen nicht erst ab gestern darangehen, sich Gedanken zu machen, das ist ja aus den Berichten selbst schon hervorgegangen. Wir haben schon gehört, was alles beabsichtigt und geplant ist beziehungsweise was schon eingeleitet worden ist. Dazu gehört ja auch ein Teil der acht Begleitmaßnahmen, die von der Österreichischen Volkspartei gefordert werden. Uns bieten selbstverständlich auch die Persönlichkeiten der Herren Minister und des Bundeskanzlers die Gewähr dafür, daß sie die nun auf uns zukommenden Aufgaben im Rahmen ihrer Kompetenzen bewältigen werden.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wie angekündigt, möchte ich aber nun den Versuch unternehmen, die nun erfolgreich abgeschlossene Integrationsphase vor dem Hintergrund der politischen Situation darzustellen.

Die Geburt der EWG — Vorgänger war ja die Montanunion — fällt in eine besondere Phase des Kalten Krieges zwischen Ost und West. Ich erinnere an die Folgen des Koreakrieges, an die Ungarnkrise, der Eiserne Vor-

hang wurde damals noch dichter, die Teilung Deutschlands noch konsequenter, und die Blockbildungen wurden zielstrebig von beiden Seiten forciert.

Die Stellung der neutralen Staaten war damals ganz besonders kritisch. Mit Argusaugen wurde damals auch die Außenpolitik Österreichs verfolgt und kritisiert. Unsere Politik hat die Zeitungsartikel in der „Prawda“ und in der „Iswestija“ und die Äußerungen sowjetischer Politiker über das Verhältnis Österreichs zur EWG sehr wohl registriert, sich jedoch niemals und in keiner Phase in der Führung der Außenpolitik von diesen Äußerungen bestimmen lassen. Klar und eindeutig hat damals, später und heute Österreich festgestellt, daß es selbst über seine Neutralität und die daraus erwachsenden Verpflichtungen befindet und auch in Zukunft befinden werde.

Ebenso eindeutig, verehrte Damen und Herren, hat sich aber für Österreich damals herausgestellt, daß eine Vollmitgliedschaft Österreichs bei der EWG nicht in Frage kommen kann. Aus dieser Klarstellung folgte, daß nur in Form einer Assoziierung, die sich nun in der Freihandelszonenregelung realisieren konnte, eine Integration möglich sei.

Seitens der EWG — das haben heute schon einige meiner Herren Vorredner festgestellt — ist ja bis vor kurzem praktisch gar keine reale Möglichkeit eröffnet worden, eine andere — von der EWG aus gesehen — als eine sogenannte ganze Regelung — also Vollmitgliedschaft — überhaupt in Betracht zu ziehen.

Nun ist aber jener politische Szenenwechsel erfolgt, der mitbestimmend werden mußte auch für die Bemühungen um die Integration in Nord-, West- und Mitteleuropa. Der Kalte Krieg mit seinen vielschichtigen Fern- und Nebenwirkungen hat sich in den überdimensionalen Rüstungswettläufen der beiden Supermächte am Ende selbst ad absurdum geführt. Die Einsicht des Widersinnes einer unbegrenzten Weiterrüstung ist zutage getreten. Nun sind wir aus der Ära des weltweiten Kalten Krieges, der ja auch sehr gefährliche heiße Herde entzündet hat, herausgetreten in eine Ära der Entspannung.

Verehrte Damen und Herren! Wir haben ja doch alle miteinander, so darf ich wohl sagen, bis zuletzt gezweifelt, ob angesichts der Wiederaufnahme der schweren Bombenangriffe auf Nordvietnam und der Verminung der Häfen im Golf von Tonkin die Reise Nixons nach Moskau zustande kommen würde. Trotz aller Widersprüche zwischen den erklärten Zielen, Entspannungspolitik zu betreiben, und der höchst aggressiven kriegesischen Vor-

8984

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Wally

gangsweise kamen das Treffen und auch gewisse Vereinbarungen von Moskau zustande.

Diesem Ereignis adäquat waren die wahrhaft dramatischen Vorgänge um das Zustandekommen der deutschen Ostverträge vorausgegangen. Offenbar eine gewisse Vorfeldbereinigung im weltpolitischen Konzept als Entsprechung einer bereits gegebenen Realität, ein bereits längst fällig gewesener Vorgang.

Nun aber steht als das zentrale weltpolitische Ereignis, als sichtbar werdende Szene der großen Konzeption der Entspannung die Sicherheitskonferenz vor uns. An dieser Stelle wäre es wirklich interessant, die wahre Politik der beiden Supermächte, die Politik der beiden auf sich selbst zu, einmal scharf durchleuchten zu können. Tatsache ist jedenfalls, eine europäische Sicherheitskonferenz steht bevor.

Daß nun innerhalb der einzelnen Kraftfelder noch rechtzeitig, wie ich mir erlaube zu sagen, Flurbereinigungen erfolgen, fällige Kompetenzkonzentrationen vorgenommen werden, paßt in das allgemeine Bild dieser Entspannungsära hinein.

So also erscheint mir die nun erfolgte Erweiterung der EWG, das Arrangement mit den neutralen Staaten unter weitgehenden Rücksichtnahmen auf diese selbst so weitgehend, wie sie früher nie, nie gewünscht werden konnten, die noch offenen Entwicklungsmöglichkeiten in die große Konzeption der Entspannung eingebettet. Und nun sehen wir sozusagen die Fundamente des gewaltigen Brückenschlages zwischen Ost und West vor uns entstehen.

Verehrte Damen und Herren! Als junger Student — ich kann jetzt nicht wie Herr Kollege Heger sagen: vor 40 Jahren; ich komme da, Herr Kollege Heger, mit Ihrer Jugendlichkeit nicht ganz überein — habe ich mit Begeisterung, allerdings auch mit einer gewissen Skepsis die Paneuropabewegung von Coudenhove-Kalergi verfolgt und sein Buch über „Paneuropa“ studiert.

Wenn wir in diesen Jahren versuchen, eine europäische Konzeption nachzuvollziehen, so ist dazu nur mehr beschränkt Gelegenheit.

Ein vereintes Europa hat kein Vorbild, am wenigstens aber das der USA. Die Völkerindividualitäten unseres Kontinentes — und dazu gehören auch die slawischen Völker mit ihren gewaltigen schöpferischen Kräften und Reserven — werden nie freiwillig oder gezwungen einen Staat wie die USA bilden können.

Was aber die Integration zu erreichen vermag, das wäre eine weitgehende wirtschaftliche, kulturelle, insbesondere aber auch geistige Koordination der vorhandenen Kapazitäten. Es könnte eine schöpferische Kraftballung ausgelöst werden, die in ihren Rückwirkungen alles übertreffen würde, was bisher an Konzentration gegeben ist.

Das alte Europaideal von Coudenhove-Kalergi ist überholt. Unsere Solidarität — und das haben heute, soweit ich das in Erinnerung habe, zwei Herren in ähnlicher Weise gesagt — darf trotz der notwendigen Integration auf dem Boden des alten Erdteiles nicht ausschließen, daß wir uns über enge und weitere Grenzen hinaus den Völkern außerhalb Europas zuwenden, insbesondere jenen, die ohne Aussicht auf Erlösung aus ihren schweren Widersprüchen und Problemen befangen sind. Unsere Solidarität darf gerade vor ihnen nicht haltmachen.

Wir dürfen nicht übersehen, verehrte Damen und Herren — und das ist eben eine andere Seite —, daß die Bestrebungen zur europäischen Integration von anderen Völkern mit einer gewissen Sorge und einer kleinen Trauer beobachtet werden: Ihr werdet groß und mächtig, was wird aber aus uns werden? Je höher unser Wohlstand steigen sollte, umso größer wäre die Verpflichtung jenen gegenüber, die sich draußen befinden.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wir stehen ja, jeder einzelne, täglich der Realität unserer Pflichten gegenüber. Wir wissen alle zu unterscheiden zwischen theoretischen Zielsetzungen und möglichen Verwirklichungen.

Ich möchte daher, zum Schluß gelangend, unmittelbar im Zusammenhang mit der weiteren Behandlung der Verträge im Herbst noch eine Überlegung anheimstellen. Die Österreichische Volkspartei hat durch mehrere kompetente Sprecher auch von diesem Pult aus ihre Zustimmung zu dem Vertragswerk davon abhängig gemacht, inwieweit die Regierungspartei einer Reihe von Begleitmaßnahmen zustimmt, die an sich, legistisch gesehen, außerhalb der Substanz der Verträge stehen.

Ich darf in diesem Zusammenhang eine Sorge äußern: Möge der Wunsch der großen Oppositionspartei doch nicht den Anschein eines Ultimatums erhalten, denn sonst müßte der Eindruck entstehen, daß mit Hilfe der Sperrminorität der Majorität des Parlaments ein Wille aufgezwungen werden sollte.

Vielmehr ist zu wünschen — und ich schließe mich jenen, die dieselben Wünsche heute hier geäußert haben, an —, daß über die begleitenden Maßnahmen, die schon in den Berichten der Herren Minister angekündigt worden sind,

Wally

sofern sie in ursächlichem Zusammenhang mit den Verträgen stehen, auf ihre Substanz und Wirkungsweise diskutiert und sie letzten Endes vollzogen werden mögen.

Zum Schluß gelangend, verehrte Damen und Herren, möchte ich mich allen jenen, die die vorliegenden Verträge, das vorliegende Vertragswerk, das mühselig genug zustande gekommen ist, als einen Erfolg für Österreich sehen, aus voller Überzeugung anschließen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesrat Polster. Ich erteile es ihm.

Bundesrat **Polster** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Meine Herren Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs zu einigen Feststellungen einiger Vorredner einige Bemerkungen anbringen.

Herr Bundesrat Reichl hat an der Erklärung des ÖVP-Obmannes Dr. Schleinzner im Parlament Kritik geübt, weil er kein bedingungsloses Ja zu den Verträgen von Brüssel ausgesprochen hat.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky aber hat, ehe noch die Stellungnahme der ÖVP bekannt war, die Äußerung getan: Wenn die ÖVP nicht will, dann soll sie einfach nein sagen.

Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat dieser Sitzung des Parlaments mit den Bemerkungen über das Nachkeppeln doch zweifellos keine besondere Bedeutung beigemessen. Und wenn Sie seine Erklärung nach der UNIDO-Debatte einer Kritik unterziehen, dann, glaube ich, war auch das nicht gerade der Weisheit letzter Schluß, den er damit an den Tag gelegt hat.

Noch einige Bemerkungen zu Herrn Bundesrat Wally, der mein Vorredner gewesen ist: Ich bin der Meinung, daß die Kritik, die die Opposition an den Verträgen zu Recht geübt hat, keine kleinliche Kritik gewesen ist. Ich vertrete die Ansicht, daß wir von der ÖVP in bezug auf Kritik von Ihnen aus der Zeit, da Sie Kritik geübt haben, eigentlich noch relativ wenig gelernt haben.

Ich bin der Meinung, daß die Feststellung von Tatsachen — und das bitte ich Sie zu beherzigen — durch diesen Vertrag geradezu bewiesen ist, daß daher diese Kritik in einer demokratischen Diskussion selbstverständlich berechtigt ist, auch dann, wenn die Wahrheit manchmal nicht sehr angenehm, aber, wie wir hoffen, doch immerhin heilsam ist, und weil sich aus einer solchen Diskussion doch zweifellos in einer demokratischen Gesellschaft dann auch gemeinsame Lösungsmöglichkeiten abzeichnen können.

Ich glaube, daß unsere Kritik nicht — wie es geheißen hat — von der Realität des Geschaffenen ablenken wollte, sondern daß unsere Kritik in die Realität des Geschaffenen hineinführen möchte.

Die Unterzeichnung und, wie wir hoffen, spätere Ratifizierung dieser Verträge im Parlament ist nach meiner Meinung nach dem Staatsvertrag das bedeutsamste Ereignis, das in Österreich staatspolitischen Charakter trägt. Wir kommen in ein Nahverhältnis zur EWG. Ich glaube, daß das aus vielen Gründen als bedeutsam anzusehen ist.

Bedeutsam, weil wir nach zehnjährigen dornenvollen und schwierigen Verhandlungen nun einen Vertrag bekommen.

Bedeutsam deswegen, weil mit diesem Vertrag die Tür für Österreich nach Europa, aber auch die Tür von Europa nach Österreich offen ist.

Bedeutsam deswegen, weil nun ein Markt mit fast 300 Millionen Menschen in Bildung begriffen ist.

Und bedeutsam, weil die Entwicklung einer Eigengesetzlichkeit sowohl nach innen als auch nach außen selbstverständlich Platz greifen wird.

Ich glaube, diese Verträge sind auch deswegen bedeutsam, weil sich die wirtschaftliche Landschaft Europas damit zum Teil grundlegend geändert hat.

Ich möchte ihnen die Bedeutsamkeit auch in der Richtung nicht absprechen, daß sich in der Zukunft aus diesen Gegebenheiten heraus eine Strahlungskraft zweifellos auch auf andere als wirtschaftliche Gebiete ergeben wird.

Das sind meiner Meinung nach die positiven Aspekte dieser Verträge. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir diese positiven Aspekte in jeder Richtung hin unterstreichen können.

Ich glaube aber — das muß man auch feststellen —, daß es leider bemerkenswert an diesen Verträgen ist, daß sie nicht nur, wie man so herabmindernd meint, einige Schönheitsfehler haben, sondern daß sie auch schwere Mängel und Unzulänglichkeiten aufweisen, die in einigen Sparten zur Existenzgefährdung vieler Menschen in Österreich führen könnten.

Daß die Regierung nun auf der Welle des Erfolges schwimmt, daß sich die Regierung bemüht, das Europabewußtsein auch der Österreicher nun für sich in der Bilanz zu Buch schlagen zu lassen, das ist meiner Meinung nach ihr gutes Recht. Das würden vielleicht auch andere nicht anders machen.

8986

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Polster

Daß aber die Regierung in dieser Richtung nun entgegen ihren Aussagen doch eine Euphorie an den Tag legt, die durch die Realität in keiner Weise gedeckt ist, das hat eigentlich der Herr Bundesrat Precht bestätigt, als er sehr eindeutig festgestellt hat: Es wird sehr schwierig sein, sich zu behaupten. Das ist also gar nichts anderes, als was wir in einigen Sparten dieses Vertrages nun ebenfalls feststellen wollen.

Ich habe den Eindruck, daß man durch eine gekonnte Publizistik — und das läßt sich der Regierung Kreisky ja nicht absprechen — geradezu die Mängel dieses Vertrages kaschieren möchte und sie nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangen lassen möchte.

Auch hier eine Feststellung: Wir vertreten nicht die Meinung, daß die österreichische Verhandlungsdelegation ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Sie hat sie erfüllt seit vielen Jahren und in pausenlosen und schwierigsten Verhandlungen.

Aber ich glaube, daß von Seite der Regierung in den entscheidenden Momenten mehr Engagement notwendig gewesen wäre, daß Äußerungen, wie „in dieser Sache ist nun einmal nichts zu machen“, viel zu frühzeitig abgegeben wurden, und daß letztlich der letzte Einsatz gefehlt hat. Und das ist der Vorwurf, den wir der Bundesregierung in dieser Richtung machen müssen.

Der Vertrag ist abgeschlossen worden, ohne die Belange der Landwirtschaft zu regeln. Ich empfinde es geradezu als anachronistisch, daß wir in einer Zeit, da wir — und das ist auch das Ziel dieser Regierung — davon reden, die Landwirtschaft in die moderne Industriegesellschaft zu integrieren, in einer Zeit, in der wir die europäische Integration abschließen, die Landwirtschaft nicht integrieren, sondern — wenn Sie dieses Wort gebrauchen wollen — beinahe „extegrieren“, also ausschließen.

Ich glaube, daß man sich daher doch grundsätzlich fragen müßte: Ist denn die österreichische Landwirtschaft so belanglos oder so unwesentlich, daß man über verschiedene Grundfragen ihrer Existenz einfach hinweggehen kann? Ist die Landwirtschaft nur aus der Sicht — und manche Leute tun das heute —, aus dem Verhältnis Produzent zu Konsument zu betrachten? Ist ein Sechstel der österreichischen Bevölkerung — denn so viele leben auch heute noch bei uns von der Landwirtschaft — überhaupt nicht mehr in Betracht zu ziehen?

Wenn man die österreichische Landwirtschaft heute betrachtet, muß man doch feststel-

len, daß sie ein sehr potenter Wirtschaftspartner geworden ist, daß sie ein ausgesprochener Konsumentenstand geworden ist, daß sie jährlich etwa 24 Milliarden Schilling an die österreichische Wirtschaft zurückgibt, davon allein 8 Milliarden Schilling in Maschineninvestitionen und in die Erhaltung dieser Maschinen, 6½ Milliarden Schilling in Gebäude und deren Instandhaltung, 5 Milliarden in Futtermittel, 2½ Milliarden in Kunstdünger und Hunderte von Millionen in Treibstoffe, wie Diesel und so weiter, wobei sie auch in der großen europäischen Freihandelszone noch immer den teuersten Dieselpreis von ganz Europa bezahlen wird.

Alles das, glaube ich, müßte doch die Bemerkung des Herrn Bundesministers Staribacher im Nationalrat in der Beantwortung eines Debattenbeitrages doch irgendwie fragwürdig erscheinen lassen, als er gesagt hat: Selbstverständlich hat man auf alle Wünsche der Landwirtschaft Bedacht genommen, denn dieses Ergebnis sagt das Gegenteil davon.

Es ist hier die Frage — und ich glaube, diesen Eindruck könnte man haben —, daß erstens die Sozialistische Partei und die Regierung, die sie in Österreich stellt, bei der Behandlung dieser Probleme nicht nach partnerschaftlichen Gesichtspunkten geurteilt hat, sondern daß hier und da immer wieder auch das an klassenkämpferischer Einstellung zum Durchbruch gekommen ist, was sich hier zuungunsten der Landwirtschaft ausgewirkt hat.

Und der zweite Eindruck ist der, daß man es gar nicht so ungern sieht, nun auch weiterhin mit den Agrarproblemen — ich möchte beinahe sagen — ein Erpressungsobjekt in der Hand zu haben, mit dem man viele andere parlamentarische Fragen immer wieder koppelt und junktimiert, wie das in der Vergangenheit nicht nur einmal, sondern schon des öfteren der Fall gewesen ist.

Die Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ ist nun doch sehr eindeutig schon eher auf das Nur-mehr-Peitsche zurückgegangen. Denn in der Frage Mehrwertsteuer, in der Frage der Preisanträge der Landwirtschaft, in der Frage der Angleichung der Zuschußrenten an die Bauernpension hat es bis jetzt keine so bedeutenden agrarfreundlichen Regungen der Bundesregierung gegeben.

Es sei hier festgestellt, daß es bei der Rindermarktordnung nun verschiedene Erleichterungen für den Export in die EWG gibt. Und wieder einmal eine österreichische oder, wenn Sie wollen, geradezu eine sozialistische Spezialität:

Im selben Augenblick, da man in Brüssel diesen Vertrag unterschrieb, der Erleichterun-

Polster

gen für die Exporte in die EWG auf dem Rindersektor gebracht hat oder bringen soll, wurde eine Exportsperr für Rinder verfügt, womit die Unglaubwürdigkeit Österreichs in dieser Richtung doch sehr eindeutig manifestiert wurde, was nicht notwendig gewesen wäre. Auch jene Leute, die das getan haben, wissen ganz genau, daß man damit dem Problem, das man damit lösen wollte, nicht Herr werden wird, sondern daß man selbstverständlich andere Maßnahmen ergreifen hätte müssen.

Jeder weiß ganz genau, daß die EWG mit den Erleichterungen auf dem Rindersektor Österreich kein Entgegenkommen gezeigt hat, weil in der heutigen EWG oder, wenn Sie wollen, darüber hinaus auf der ganzen Welt Rindfleisch eine solche Mangelware geworden ist, daß es nicht notwendig gewesen wäre, dafür Zugeständnisse auf dem Sektor Obst, Wein, Gemüse und so weiter einzutauschen.

Wir glauben daher, daß das keine optimale Lösung war, sondern daß es eine kleine Lösung war, die direkt darnach schreit, daß nun Begleitmaßnahmen gesetzt werden, die die Chancengleichheit und die Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Sparten der österreichischen Wirtschaft mit der EWG für die Zukunft sicherstellen.

Darum geht es uns bei dieser Diskussion über die Verträge mit der EWG. Auch bei einem optimalen Vertrag wäre es meiner Meinung nach notwendig gewesen, noch verschiedene Begleitmaßnahmen zu setzen, die unserer Wirtschaft diese Chancengleichheit und die Wettbewerbsfähigkeit unter allen Umständen erhalten. Um wieviel mehr ist das gerade in einer solchen Richtung nun notwendig?

Deswegen sollte über Abschöpfungs- und Erstattungsregelung auch bei uns in EWG-konformer Form eine Lösung gefunden werden. Das ist doch kein Verlangen, über das man einfach hinweggehen kann, sondern meiner Meinung nach ist das aus wirtschaftlichen Erwägungen für die Bundesregierung eine geradezu selbstverständliche Verpflichtung.

Ich bin auch der Meinung, daß wir uns hinsichtlich der Qualitätskontrolle klar und eindeutig dazu durchringen sollen — und das hat ja der Herr Bundesminister Staribacher im Nationalrat, glaube ich, in dankenswerter Weise auch schon festgestellt —, daß wir in Österreich einen Weg gehen werden, der uns in gleicher Weise davor schützt, wie die EWG sich selber schützt, daß wir unter Umständen der „Abfallkübel“ für schlechte Qualitäten werden.

Wir stellen an die Regierung ganz konkret das Ersuchen, nun auch für österreichische

Qualitäten im EWG-Raum den Markt freizumachen, daß österreichische Qualitäten dort dieselbe Anerkennung finden.

Wir haben uns — und nun spreche ich aus burgenländischer Sicht — in jahrelanger mühsamer Arbeit einen Weinexport in die EWG, vor allem in die Bundesrepublik Deutschland, aufgebaut. Durch die Qualitätsbestimmungen, die dort unter Umständen gehandhabt werden können, könnte von heute auf morgen dieser gesamte Export in Frage gestellt und damit vielen Tausenden von Bauern im Burgenland oder in Niederösterreich faktisch die Existenz entzogen werden.

Ich bin der Meinung, wir sollten erkennen: Die Tür ist für uns nicht nur offen in Richtung auf die EWG, sondern die Tür von der EWG zu uns ist in gleicher Weise offen, und auf manchen Gebieten durch Einräumung von Konzessionen sogar etwas mehr, als sie für uns offen ist.

Wir müssen der Landwirtschaft zugestehen, daß sie jene Marktverluste, die sie durch das Hereinkommen der EWG zu uns auf dem Inlandmarkt in Kauf nehmen wird, durch eine entsprechende Qualität im Export in die EWG absetzen kann. Ich glaube, darum geht es bei der Problematik, über die wir uns heute hier unterhalten.

Der Vertrag und der Abschluß des Vertrages ist meiner Meinung nach der erste Schritt nach Europa. Mit gewissen Begleitmaßnahmen ist dieser Vertrag sicherlich ein Ausgangspunkt für neue Möglichkeiten, für viele Möglichkeiten auf allen Gebieten, auch für neue Chancen in allen Bereichen, auch im agrarischen Bereich, wenn dazu die Voraussetzungen geschaffen werden.

Ich vertrete daher die Meinung, daß wir sachlich und verantwortungsbewußt miteinander reden sollten, daß wir sachlich und verantwortungsbewußt Lösungen suchen sollten, die wir dann miteinander vertreten können, und daß wir sachlich und verantwortungsbewußt auch über jene Dinge reden müssen, von denen wir sagen, das seien Begleitmaßnahmen, und die vielleicht Herr Minister Staribacher als einen Europareifeplan bezeichnet.

Ich glaube, auch das Wort „Europareife“ sollten wir uns überlegen. Wenn wir unsere Wirtschaft erst europareif machen wollten, dann ist es bei Abschluß des Vertrages dazu zu spät.

Die Wirtschaft ist in weiten Bereichen schon europareif. Sie ist es nicht deswegen, weil in den letzten zwei Jahren so besonders segensreiche Gesetze für diese Europareifmachung erlassen worden wären, sondern sie ist es deswegen, weil die Strukturverbesserungsgesetze

8988

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Polster

aus der OVP-Zeit die Grundlage dafür geschaffen haben, und deswegen, weil sich die Unternehmer mit Initiative und Unternehmungsgeist in der Wirtschaft und in der Landwirtschaft darauf eingestellt haben und weil die in der Industrie und im Gewerbe Beschäftigten, also die Arbeitnehmer, durch ihren Fleiß die Grundlage dafür gelegt haben, daß wir heute in weiten Bereichen von Europareife reden können. *(Beifall bei der OVP.)*

Die Integration setzt zweifellos neue Fakten. Ich glaube, daß wir nicht nur die wirtschaftlichen Fakten dieser Integration beleuchten sollten, sondern daß es heute darüber hinaus Probleme gibt, vor denen diese wirtschaftlichen Probleme, wenn man es ehrlich meint, sogar klein erscheinen.

Es gibt heute Probleme, die über den Rahmen Europas hinausgreifen. Das Problem der Umweltverschmutzung, das Problem der Kultur- und Erholungslandschaft ist etwas, was die Menschen von heute vielleicht wesentlich mehr bewegt und schon in fünf oder zehn Jahren noch viel mehr bewegen wird, als wir heute gemeinhin annehmen.

Diese Kultur- und Erholungslandschaft — auch das müßte man doch heute in der Öffentlichkeit anerkennen — hat bis jetzt völlig kostenlos und meist auch völlig unbedankt die Landwirtschaft der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Wir haben vor einigen Wochen von dem französischen Tiefseeforscher Jean Cousteau die Äußerung gehört, daß nach seinen Erkenntnissen die Weltmeere in 50 Jahren tot sein werden, wenn die Entwicklung in der Form wie bis jetzt weitergeht.

Es ist heute schon gesagt worden, daß gestern bei der Eröffnung der Festspiele in Salzburg Ionesco auf dem kulturpolitischen Sektor eine vielleicht noch wesentlich dramatischere Aussage gemacht hat.

Ich bin der Meinung, daß auch diese Aussagen symptomatisch für unsere Situation sind. Auch wenn man nicht der gleichen Meinung ist, ist es doch schon bezeichnend, daß gar keine so belanglosen Leute Meinungen wie diese beiden vertreten und sie mit verschiedenen, auch stichhaltigen Argumenten untermauern.

Ich bin daher der Auffassung, daß es Zeit ist, daran zu denken, wie wir diesen Gefahren, die unserer Zivilisation, und zwar völlig ohne Unterschied, auf welcher Parteilinie wir nun stehen mögen, in der Zukunft drohen, begegnen können. Es ist Zeit, diesbezüglich eine gemeinsame Linie zu finden, und zwar nicht nur in der großen Freihandelszone, son-

dern so, daß Europa Wirklichkeit werden kann, nämlich auch jenes, das drüben im Osten liegt, und daß wir gemeinsame Wege suchen, wie wir auf lange Sicht, auf Dauer gesehen nicht nur den Bestand unserer Wirtschaft, sondern auch den Bestand unserer Zivilisation und unserer Kultur sichern können.

Deswegen sollten wir die Zeit, die uns bis zur Ratifizierung dieser Verträge bleibt, dazu nützen, eine gemeinsame Linie zu finden, damit es möglich wird, daß dieses Parlament in einer einhelligen Form ja zu den Verträgen sagen kann und damit in einer einhelligen Form — was wir doch alle miteinander innerlich fühlen — ja zu Europa sagen kann, weil es nur dadurch auf lange Sicht möglich sein wird, die wirtschaftliche Prosperität zu sichern, den sozialen Frieden bei uns zu sichern, weil es nur dadurch möglich sein wird — seien wir doch auch in dieser Richtung ehrlich! —, die Kraft aller europäischen Völker dahin gehend zu koordinieren, für Europa Frieden und Freiheit zu gewährleisten. *(Beifall bei der OVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Trenovatz. Ich erteile es ihm.

Bundesrat **Trenovatz** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Verehrter Bundesminister! Hoher Bundesrat! Welch historische Bedeutung der Vertrag mit der EWG für Österreich und für Europa hat, beweist nicht nur die Debatte heute im Bundesrat. Wenn man aufmerksam die Geschehnisse im österreichischen Parlament, wo auch das Staatsoberhaupt anwesend war, verfolgt hat und wenn man die Redner beider Fraktionen daraufhin analysiert, welchen schwierigen Weg das Verhandlungsteam Österreichs in Brüssel gehen mußte, welchen langen Weg, bis dieser Vertrag Wirklichkeit wurde, dann kann man wohl sagen, daß es ein historisches Ereignis ist, und zwar nicht nur für Österreich, sondern auch für Europa.

Europa hat aus der Vergangenheit, ja aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, denn das zerrissene Europa, das hinter uns liegt, wurde ja nicht von irgend jemandem zertrümmert und zerrissen, sondern von den europäischen Völkern und ihren Führern selbst. Hätte es kein 1914/18 gegeben, hätte es kein 1938/45 gegeben, so würde Europa anders dagestanden sein vor 10, 15 und 20 Jahren. Aus der Erfahrung dieser Vergangenheit haben nun die europäischen Völker wirklich die Lehre geschöpft. Es kam zu einem Arrangement der 15 europäischen Staaten.

Wenn die Redner der Österreichischen Volkspartei so viel von der „Gunst der Stunde“ gesprochen haben, wenn gesagt wurde, daß Kreisky und seine Regierung das

Trenovatz

Glück hatten, die Gunst der Stunde zu nützen, so möchte ich sagen: Wenn das die Gunst ist, so wird es wohl ein günstiger Vertrag für Österreich und für Europa sein.

Aber wenn man da hineinhorcht, dann war schon beim Parteivorsitzenden Dr. Schleiner von der ÖVP und bei vielen anderen Rednern zu hören, wie man nur Negatives aus diesem Vertrag herausuchte, wie man nur polemisierte gegen den Vertrag, obwohl man innerlich überzeugt davon ist, daß dieser Vertrag für Österreich und für Europa gut ist.

Nicht die Regierung war Verhandlungspartner in Brüssel, sondern ein Beamtenteam, ich glaube, das beste, das wir in Österreich hatten, hat dort mit Zähigkeit, Fleiß und Anstrengung verhandelt.

Man hat auch die Interessenvertretungen herangezogen, und im Einvernehmen mit allen Interessenvertretungen wurde das Ja und die Unterzeichnung dieses Vertrages getätigt.

Mein geschätzter Vorredner hat darüber geklagt, daß die Agrarpolitik und die Landwirtschaft nicht mit aufgenommen wurde. Das lag ja nicht an Österreich! Wir mußten mit den stärkeren Gegnern, mit der alten Gemeinschaft, verhandeln und konnten nur insoweit dort einsteigen, als die uns einstiegen ließen.

Wenn auch in den vergangenen Jahren die Sechser-EWG, als die sechs EWG-Ursprungsländer noch allein waren, auf allen Gebieten die Schwierigkeiten beseitigen konnte, so glaubt man auf dem agrarischen Sektor, auf dem landwirtschaftlichen Sektor oft, daß diese EWG zerflattert und zerbricht, weil es eben diese Schwierigkeiten gegeben hat.

Um nun den Absatzmarkt nicht zu verlieren: Für uns war England auf dem Gebiet der Milchwirtschaft ein guter Abnehmer. Die EWG konnte es nicht sein und wird es auch in Zukunft nicht sein, denn die EWG-Länder haben mit ihren Überschüssen auf dem Gebiet der Milchwirtschaft selbst zu kämpfen und sehr viel zu tun.

Es wurde auch vom Rinderexport gesprochen. Der Rinderexport ist für Österreich und ist auch für das Burgenland ein wichtiger Wirtschaftszweig. Wenn heute in Österreich der Export von Schlachtrindern gedrosselt oder für eine Zeit gesperrt werden muß, so wird es jedem vernünftigen Österreicher einleuchten.

Es hat auch ein Redner der ÖVP davon gesprochen, wie viele Milliarden Schilling der Fremdenverkehr für Österreich bringt. Könnte es sich Österreich leisten, in der Hochsaison des Fremdenverkehrs unseren Fremden und auch den eigenen österreichischen Bürgern zu

sagen: Wir haben kein Rindfleisch, weil wir die Schlachtrinder exportieren!? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Nicht nur Österreich, sondern auch Jugoslawien hat diesen Export gedrosselt und für eine Zeit gesperrt.

Wir haben bei Landwirtschaftsminister Weihs vorgesprochen und Gehör gefunden. Der Minister hat uns Bauern versichert: Diese Exportsperrung wird in dem Moment aufgehoben, in dem die österreichische Versorgung gesichert erscheint. Es ist nicht gesagt, wie lang und wann und wo. Auf jeden Fall hat diese Regierung Kreisky mit ihrem Minister auch für die Bauern immer ein offenes Ohr und Verständnis gehabt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Österreichische Volkspartei hat die Begleitmaßnahmen zu diesem Vertrag heute so in den Vordergrund gestellt. Wenn diese Begleitmaßnahmen so vernünftig sind — Minister Staribacher hat bereits solche Begleitmaßnahmen genannt —, so werden auch diese Begleitmaßnahmen, wenn sie für die Wirtschaft, aber auch für die Landwirtschaft notwendig sind, bestimmt ergriffen werden. Aber nur mit Polemik gegen einen solchen Vertrag, gegen ein solches wichtiges Werk vorzugehen, das ist meiner Meinung nach nicht am Platz.

Wenn heute die Tore in den EWG-Raum, nach Europa für Österreich geöffnet sind, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch von der EWG her die Tore nach Österreich offen sind.

Auch die Landwirtschaft ist ein großer Konsument von verschiedenen Maschinen, die im EWG-Raum billiger erzeugt und von dort billiger importiert werden können, als man sie in Österreich produzieren könnte.

Aber auch die österreichische Industrie, die fortschrittlich ist, hat bis jetzt schon trotz der Schwierigkeiten, trotz der Zölle Maschinen, Traktoren, Anhänger und Fahrzeuge in den EWG-Raum geliefert. Auch für diese Industriezweige wird die Zollsenkung einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen.

Was aber für unsere Betriebe und für die österreichische Wirtschaft noch von Vorteil gegenüber dem EWG-Raum ist, hat ein Redner der ÖVP im Parlament ganz deutlich ausgesprochen: nämlich die Löhne. Er hat es wörtlich gesagt: Ist das Verhältnis der Löhne in Österreich 100, dann ist es in der EWG 138, in Deutschland 146, in der Schweiz 160. Daher hat unsere Industrie und unsere Wirtschaft immer noch billigere Arbeitskräfte und damit wohl auch die Gelegenheit, konkurrenzfähig zu sein.

In der Landwirtschaftskammer hat man schon vor Jahren erkannt, als noch Bock Han-

8990

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Trenovatz

delsminister war und im Ausland, in Brüssel, wegen des Beitritts Österreichs zur EWG verhandelt hat — so steht es in jedem Kammerbericht; Herr Kollege Polster war ja Vizepräsident, er wird das zu Hause liegen haben —, daß sich die österreichische Landwirtschaft auf den großen europäischen Markt einstellen muß. Sie muß marktkonform produzieren, sie muß Qualität produzieren, sonst geht sie auf dem großen Markt unter.

Wir wissen, daß die Konkurrenz schärfer sein wird. Wir wissen aber auch, daß die Möglichkeiten größer sein werden.

Hoffentlich sind diese Begleitmaßnahmen — acht an der Zahl —, die die ÖVP genannt hat, nicht so wie Ihre 110 Vorschläge, die Sie vor der Wahlniederlage gebracht haben. Ich möchte daraus nur zwei hervorheben. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Der Herr Polster lacht, so manche seiner Funktionäre lachen darüber.

Von diesen 110 Vorschlägen lautet einer, daß die nichtberufstätige Hausfrau auch ein Gehalt bekommen soll. Nur sagte die ÖVP nicht, wer es bezahlen soll: der gewesene Minister Koren aus seinen Ersparnissen oder der heutige Finanzminister Androsch, der die Steuern senken soll? Das war einer Ihrer Vorschläge.

Vor kurzem erst hat der Stellvertretende Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei vor einem Frauenteam, das nicht allzu groß war, wieder eine Forderung der Österreichischen Volkspartei erhoben, nämlich daß gesetzlich verankert werden soll, daß den Frauen ein Taschengeld zusteht.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Diskriminierung unserer Frauen, denn zu 90 oder 95 Prozent sind sie in den Familien Finanzminister und stehen nicht darauf an, daß ihnen die ÖVP ein Taschengeld gesetzlich zusichert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Als das im Fernsehen ausgestrahlt wurde, haben so manche ÖVP-Wähler gelacht. Ja Funktionäre haben sich sogar geniert, daß Ihre Partei, die große Oppositionspartei, so lächerliche Dinge noch in das Fernsehen bringt, damit das Volk zusehen kann und sich über solche Vorschläge amüsieren kann.

Hoffentlich werden also die Begleitvorschläge vernünftiger!

Ja, Europa hat gelernt an den Fehlern, und die Österreichische Volkspartei sollte auch an ihren Fehlern gelernt haben, denn sie hat bewiesen, daß sie eine sehr schlechte Regierungspartei war. Das beurteile nicht ich allein, das hat am 10. Oktober die überwiegende Mehrheit der österreichischen Wähler bewie-

sen und beurkundet, und darum wurde die ÖVP abgelehnt.

Nun hat die ÖVP die Möglichkeit, sich als Opposition besser zu bewähren. Wenn sie das tun will, dann muß sie auch eines Besseren belehrt werden, dann kann sie nicht zu solchen Verträgen, die so weitblickend, die so lange und so zäh erhandelt wurden, im Prinzip ja, aber demagogisch nein sagen. Im Nationalrat hat es ein Redner ... (*Bundesrat Doktor Pittschmann: Das ist ein unmögliches Finale! Nur Polemiken und Wahlreden!*)

Herr Kollege! Sie hätten das schon Ihrem Parteivorsitzenden Schleinzer im Nationalrat entgegenhalten können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir wollen hoffen, daß diese Verträge ein Schritt in die Zukunft sind und daß sie zum Wohle Österreichs und zum Wohle Europas in aller Zukunft wirken werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Gassner. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Ing. Gassner (ÖVP): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Herren Bundesminister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mir gestatten, etwas später zu den kabarettreife Ausführungen meines Vorredners Stellung zu nehmen. (*Bundesrat Dr. Skotton: Das ist eine Frechheit, unverschämte ist das! Herr Gassner! Entschuldigen Sie sich beim Herrn Trenovatz!*) Nein, diese Ausführungen waren der heutigen Debatte nicht würdig. Dazu stehe ich. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Bundesrat Dr. Skotton: Das können Sie nicht entscheiden!*)

In der „Kleinen Zeitung“ vom 26. Juli 1972 schreibt Kurt Vorhofer am Beginn seiner kritischen Analyse über die EWG-Debatte im Nationalrat — ich zitiere ... (*Bundesrat Wally: Sie müssen dem Vorsitzenden solche Urteile überlassen, die Sie über andere sprechen!*)

Mir steht auch über jemand anderen ein Urteil zu. (*Bundesrat Dr. Skotton: Aber nicht beleidigend sein!*) Das war nicht beleidigend. Sind alle Auftritte im Kabarett negativ oder sind auch welche positiv? Der Kollege Trenovatz hätte es in seiner Hand gehabt, anders zu sprechen. Ich war mit diesen Ausführungen nicht einverstanden.

Ich möchte also nochmals mit einem Zitat aus der „Kleinen Zeitung“ beginnen:

„Was blüht uns durch die EWG? Welche Auswirkungen hat dieser Vertrag mit Brüssel auf die einzelnen Wirtschaftszweige, auf den Betrieb, in dem man arbeitet? Gibt es Gefahren für die Vollbeschäftigung? Verbessern

Ing. Gassner

sich die Berufschancen für unsere Kinder? Das sind so die Fragen, die in diesen Tagen die Österreicher bewegen oder doch bewegen sollten."

Ähnliche Fragen stellten sich auch Mitglieder des Nationalrates oder des Bundesrates, welche keine sogenannten Europäer, das heißt Personen mit speziellem Fachwissen über europäische Zusammenhänge vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor sind.

Zum Teil wurden diese Fragen beantwortet, zum großen Teil stehen sie unbeantwortet im Raum, vor allem dann, wenn man die nunmehr in Brüssel am 22. Juli unterfertigten Verträge nicht für sich allein betrachtet, sondern sich auch die Frage stellt: Was wird seitens der Regierung in Österreich geschehen, um die sich nunmehr ergebenden Chancen maximal zu nützen beziehungsweise jene Probleme, die sich auf der Negativseite ergeben, möglichst vollständig zu lösen?

Dabei bin ich bereits bei einer Problemstellung angelangt, die mir bisher viel zu wenig ausgeleuchtet wurde. Vor allem die sozialistischen Redner sowohl im Nationalrat als auch heute im Bundesrat haben die Bedeutung dieses Vertrages für den österreichischen Konsumenten und die sich daraus ergebenden besseren Exportchancen in den Vordergrund gestellt. Das ist ihr gutes Recht.

Auch meine Freunde in der Österreichischen Volkspartei sowie ich selbst wissen über diese Dinge Bescheid, wie ja die Ausführungen meiner Parteifreunde auch hier im Bundesrat bereits zeigten. Wir freuen uns über die besseren Exportchancen und auch, da wir alle Verbraucher sind, über niedrigere Preise. Wir können nur hoffen, daß die Beispiele — ich möchte hier keine Werbung veranstalten — von Volkswagen und Audi-NSU gute Schule machen.

Das Auto ist in Österreich längst kein Luxusartikel mehr, sondern längst Berufsbehelf oder unentbehrlicher Familiengegenstand geworden. Wenn es gelingt, die 30prozentige Zollsenkung ab 1. Oktober an den Käufer weiterzugeben, und wenn die Erzeugerfirmen in den EWG-Staaten ihre Österreichpreise nicht erhöhen, bedeutet dies, daß bereits bei einem Wagen der Mittelklasse am 1. Oktober 1972 eine Preisermäßigung um rund 4000 bis 4500 S eintreten könnte. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* 30 Prozent von 20 Prozent sind 6 Prozent, Sie können das ausrechnen. Wir hoffen, daß diese Nettopreise überwältigt werden, daß wir die Chance haben, das zu bekommen. *(Bundesrat Tirnthal: Herr Dr. Heger hat etwas anderes gesagt!)* Sie können es sich selbst ausrechnen. Sie

wissen genau, wieviel 30 Prozent von 20 Prozent sind. Wir hoffen, daß das geschieht, Herr Kollege.

Wir dürfen aber darüber nicht vergessen — das möchte ich vor allem in den Raum stellen —, daß jeder Vertrag immer zwei Seiten hat und daß jeder Vertragspartner immer bestrebt ist, für sich das Beste herauszuholen, was natürlich sein gutes Recht ist.

In der „Presse“ vom 26. Juli 1972 ist dazu unter dem Titel „Mit diesem Vertrag zu leben“ zu lesen:

„Das Urteil über die Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft mußte geteilt sein und wird es fürs erste auch bleiben. Die Verträge sind weder ‚optimal‘ noch auch ‚völlig unbefriedigend‘.“

Hier pflichte ich dem Verfasser dieses Artikels mit dem Zusatz „leider“ vollkommen bei. Es wäre mir wirklich lieber gewesen, dieses Wort im Sinne eines besseren Vertragsabschlusses weglassen zu können.

Bundesrat Tirnthal sagte heute in seinen Ausführungen: Wer meint, daß dieser Vertragsabschluß zu wenig gebracht hätte, täte dies böswillig oder er verstehe zu wenig — er hat noch andere Dinge angeführt. Herr Kollege Trenovatz hat gesagt, wir hätten nur polemisch gesprochen.

Ich glaube aber, daß das nicht der Fall ist, sondern daß wir alle, Hoher Bundesrat, in vollstem Bewußtsein der Verantwortung, die wir gemeinsam zu tragen haben, hier unsere Stellungnahme abgegeben haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn gemeint wurde, Herr Kollege Bundesrat Trenovatz, und Sie wörtlich gesagt haben, die ÖVP war eine schlechte Regierungspartei *(Bundesrat Habringer: Das stimmt eh!)*, dann verstehe ich aber nicht, wieso der hier anwesende Bundesminister Staribacher sowohl heute im Bundesrat als auch im Nationalrat und auch der Herr Bundeskanzler den verantwortlichen Ministern der ÖVP den Dank ausgesprochen hat. Das sehe ich nicht ein. Hier scheint mir eine Diskrepanz zu sein. *(Bundesrat Trenovatz: Die waren ja nicht in der ÖVP-Alleinregierung!)*

Herr Minister! Sie werden es mir nicht verargen, wenn auch ich die Feststellung treffe, daß ich nicht der Meinung bin, daß dieser Vertrag eine optimale Lösung gebracht hat. Ich bin mit meinen Parteifreunden einer Meinung, die heute bereits festgestellt haben, daß es Ihnen in Brüssel nur gelungen ist, eine kleine Lösung zu erreichen.

Ing. Gassner

Diese kleine Lösung kam deshalb zustande, weil seitens der Bundesregierung in Wien den Beamten in Brüssel bei ihren schwierigen Verhandlungen durch Erklärungen von Angehörigen der Bundesregierung nicht nur nicht geholfen, sondern das Verhandeln auch erschwert und in manchen Phasen ihre Chancen, mehr für Österreich herauszuholen, nahezu unmöglich gemacht wurden. (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

Auch dazu zitiere ich die „Presse“ vom 26. Juli 1972 (*Bundesrat Schipani: Ein Zitat nach dem anderen!*):

„Die offiziellen Berichte zur Lage strafen die Taktik der Frontoffiziere zu oft Lügen; das ‚Wir haben erreicht, was zu erreichen war‘ aus dem Munde von Kanzler und Handelsminister, während in Brüssel zentimeterweise um Zugeständnisse gerungen wurde, mußte die verheerende Wirkung eines Artilleriefeuers auf die eigenen Linien haben.“

Welche Auswirkungen hat nun dieses falsch gelenkte Sperrfeuer? Welche Schwierigkeiten bekommen wir nunmehr mit dem großen Markt? Der Herr Bundeskanzler hat gemeint — ich darf die „Salzburger Nachrichten“ vom 26. Juli 1972 zitieren —:

„Das Zeitalter der großen kontinentalen oder subkontinentalen Märkte habe begonnen, meinte Kreisky, und es stelle sich nun die Frage der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsgebilden.“

Die Frage nach der Zusammenarbeit ist vollkommen richtig. Aber wie wird diese erfolgen? Wie wird unsere Wirtschaft dabei unterstützt? Diese Frage erlaube ich mir zu stellen.

Vergessen wir nicht, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber innerhalb der Wirtschaft integriert sind. Gefährdete Betriebe bedeuten gefährdete Arbeitsplätze. Gefährdete Arbeitsplätze bedeuten Schwierigkeiten für die Arbeitnehmer, oft finanziellen Verlust für sie und damit Verminderung des Lebensstandards für sie und ihre Familien. Gehen wir über diese Dinge nicht leichtfertig hinweg. Unsere Aufgabe ist es, diese Schwierigkeiten zu erkennen und zu versuchen, sie einer Lösung zuzuführen.

Auch als Niederösterreicher — und als solcher möchte ich nunmehr zum Freihandelsabkommen Österreichs mit der EWG Stellung nehmen — kann ich leider nicht die Ansicht der Bundesregierung teilen, daß das nunmehr in Brüssel erreichte Verhandlungsergebnis optimal sei, da die Bedingungen des Vertrages für die österreichische und speziell für die niederösterreichische Wirtschaft in einigen wesentlichen Punkten unbefriedigend sind.

So werden einige für Österreich besonders wichtige Exportprodukte, darunter — wie bereits heute genannt — Papier und Edelstahl, erst nach einem verzögerten Abbauplan und unter anderen diskriminierenden Bedingungen in den Genuß der Zollfreiheit kommen, dies obwohl der österreichische Marktanteil an diesen Produkten im EWG-Raum verschwindend gering ist und die EWG-Ausnahmewünsche nie wirtschaftlich echt begründet werden konnten.

Für die davon betroffenen exportorientierten österreichischen und niederösterreichischen Unternehmen bedeutet dies eine unbillige Schmälerung der Integrationsvorteile, die sie sich berechtigterweise von dem Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft erwarten konnten. Davon sind auch niederösterreichische Unternehmen schwer betroffen. Die Diskriminierung dieser traditionellen österreichischen Exportprodukte wirkt sich vornehmlich auf den alten Industrieraum südlich von Wien nachteilig aus.

Leider konnte im Zusammenhang damit auch ein teilweiser Wiederaufbau von Zöllen gegenüber EFTA-Staaten nicht vermieden werden.

Es ist vorgesehen, daß Großbritannien seine Papierzölle gegenüber der Rest-EFTA von derzeit null in mehreren Etappen bis 1. Juli 1977 auf das Niveau der EG-Zölle von 8 Prozent aufbauen und dann erst wieder schrittweise bis zum Ende der Übergangszeit auf null absenken wird. Für die Zwischenzeit werden die Briten Zollfreikontingente einräumen, die sich am Durchschnitt der Exporte nach Großbritannien in den Jahren 1969 bis 1971 ausrichten.

Für die österreichische, vor allem für die niederösterreichische Papierindustrie ist dies insofern ein Nachteil, als der Export nach Großbritannien vor allem 1971 und 1972 stark über das Niveau des Vorjahres gestiegen ist. Ähnlich ergeht es auch den Papierexporten nach Dänemark, Norwegen und Irland.

Ich hatte vor kurzer Zeit die Gelegenheit, ein Gespräch mit Seiner Exzellenz dem britischen Botschafter zu führen und bei dieser Gelegenheit auch kurz die Probleme der EWG zu besprechen. Er hat mir von seiner Warte aus die Probleme der englischen Industrie geschildert und hat mir erzählt, daß in England gerade in der letzten Zeit verschiedene Papiermühlen ihren Betrieb einstellen mußten, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Meine Damen und Herren! Wenn jetzt aus diesem Vertrag die Zölle für den Export der österreichischen Papierindustrie wieder ab-

Ing. Gassner

gebaut werden, so gibt das natürlich der englischen Papierindustrie, für diese Papiermühlen bessere Chancen und damit naturgegebenenmaßen für uns schlechtere Chancen. Es besteht damit die große Gefahr, daß Märkte, die wir in den Jahren, seit wir bei der EFTA sind, für uns aufgebaut haben, für uns wieder verlorengehen, weil sie entweder durch die eigene Industrie oder durch andere der EWG angehörende in der Zwischenzeit wieder für sich erworben wurden. Davon sind — auch das sollten wir sagen — in Österreich rund 17.500 Beschäftigte betroffen.

Wenn ich in der Betrachtung des Problems von der niederösterreichischen Seite her weiter fortfahre, dann möchte ich noch einmal kurz auf den Agrarsektor eingehen. Diesbezüglich hat insbesondere Bundesrat Ing. Eder bereits ausgeführt, daß die Wiedererrichtung von Einfuhrschranken für österreichische Milchpulver- und Butterlieferungen die bedeutenden österreichischen Milchpulver- und Butterausfuhren nach Großbritannien bedrohen: 12.000 Tonnen Vollmilchpulver und 2000 bis 3000 Tonnen Butter. Das entspricht einem fast 10prozentigen Anteil der an die Molkereien gelieferten Milch.

Auch davon, meine Damen und Herren, sind wieder Arbeitnehmer betroffen. Haben wir doch in der ersten Verteilerphase bei diesen Produkten 8500 Beschäftigte und in der zweiten Verteilerphase 23.000 Beschäftigte. Insgesamt sind also davon 31.500 Arbeitnehmer betroffen.

Der verstärkte Wettbewerb durch die Beseitigung von Zöllen wird Strukturanpassungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erforderlich machen. Unabhängig davon sind aber in Österreich Begleitmaßnahmen zu setzen, die gleichzeitig mit den Verträgen in Kraft gesetzt werden müssen, wenn schwerwiegende Schäden für zahlreiche österreichische und speziell niederösterreichische Unternehmen und die dort beschäftigten Arbeitnehmer vermieden werden sollen.

Es sind dies steuerliche Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, eine Verbesserung des Strukturverbesserungsgesetzes und die Förderung von österreichischen Investitionen im Ausland, eine Ausgleichs- und Erstattungsregelung — eine vom Finanzministerium bisher abgelehnte Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, wie Zucker, Stärke, Getreide und Milcherzeugnisse, läge im primären Interesse der für das obere Waldviertel regionalpolitisch außerordentlich bedeutsamen Österreichischen Agrarindustriegesellschaft in Gmünd — für landwirtschaftliche

Verarbeitungsprodukte, durch die die Wettbewerbsgleichheit der österreichischen Verarbeitungsindustrie mit den verarbeiteten agrarischen Vorprodukten in der EWG hergestellt werden soll, eine Angleichung des Industriesalzpreises an das niedrigere EWG-Niveau und Maßnahmen zur Lösung der Strukturprobleme in der österreichischen Papierindustrie, die durch die Bestimmungen des Abkommens besonders diskriminiert ist.

Die Strukturschwäche in der niederösterreichischen Papierindustrie wird noch deutlicher hervortreten, sodaß es auch zu Schwierigkeiten beim Schleifholzabsatz kommen wird. Es muß daher vor der von der Bundesregierung vertretenen Euphorie gewarnt werden, daß durch die Vertragsunterzeichnung das Ziel der österreichischen jahrelangen Bemühungen erreicht sei.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung wird daher in einem viel stärkeren Ausmaß als bisher die Voraussetzungen für die Ausnützung der Chancen des großen Marktes durch die Betriebe schaffen müssen und sich vor allem um die in strukturschwachen niederösterreichischen Gebieten liegenden Betriebe der Nahrungsmittelindustrie mehr kümmern müssen. Die österreichische und die niederösterreichische Wirtschaft steht nunmehr vor einer schwierigen Anpassungsphase, die Chancen und Gefahren beinhaltet.

Wir haben in Niederösterreich andere Probleme, die sich speziell davon auch noch auswirken. Denken wir daran: Wenn vielleicht die Österreichische Agrarindustriegesellschaft in Gmünd, wenn andere Molkereibetriebe oder wenn auch — und darauf komme ich noch zu sprechen — Betriebe der verstaatlichten Industrie stillgelegt oder wesentlich reduziert werden müssen, würde das bedeuten, daß gerade in jenen Bereichen, in denen wir keine Ersatzarbeitsplätze haben, echte Schwierigkeiten auftreten werden und daß es sehr, sehr schwer möglich sein würde, dafür Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Ich denke an die Firma VMW, ich denke an die Molkereien und da besonders an Gmünd.

Gerade deswegen, weil wir in Niederösterreich eine sehr, sehr lange Grenze mit der Tschechoslowakei haben — eine sogenannte tote Grenze —, wird es kaum möglich sein, wenn diese Schwierigkeiten auftreten, in diesem Raum neue Industrien anzusiedeln. Es wird schwierig sein, ein entsprechendes Äquivalent zu schaffen.

Es wird also notwendig sein, bei allen diesen Überlegungen, bei allen Maßnahmen, die die Bundesregierung trifft, strukturpolitische Überlegungen anzustellen und auch

8994

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Ing. Gassner

zu versuchen, die Infrastruktur in diesem Rahmen und in diesen Bereichen wesentlich zu verbessern. Im anderen Fall wäre in vielen Gebieten eine Abwanderung der Bevölkerung nicht zu vermeiden.

Eine besondere Gefahr sehe ich auch für die in Niederösterreich beheimateten Betriebe der verstaatlichten Industrie. Nicht die Hütte Krems, Kollege Schipani, die wird davon ausgenommen. (*Bundesrat Schipani: Ich fühle mich nicht betroffen!*)

Aber nicht nur diese schweren Nachteile sind in Niederösterreich zu befürchten. Es ergeben sich auch für die verstaatlichte Industrie durch das EWG-Arrangement Nachteile im Bereich der sensiblen Produkte, zu denen unter anderem Edelstahl — wichtig für Alpine-Styria, Gebrüder Böhler und Schoeller-Bleckmann —, Rohaluminium — Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf — sowie Blei, Zink und Cadmium — Bleiberger Bergwerksunion — gehören.

Kollege Tirnthal hat etwas zitiert und uns mitgeteilt, wie viele Prozente unser Anteil am EWG-Markt ausmacht. Ich unterstreiche diese Zahlen, die er genannt hat.

Aber wir sollten nicht nur das Allgemeinvolument sehen, sondern auch dort hinsehen, wo es spezielle Schwierigkeiten gibt. Das sollte ja letztlich im Mittelpunkt unserer Betrachtungen stehen. Dabei sollten wir an die Regierung die Forderung richten, dort, wo diese Schwierigkeiten entstehen könnten, Maßnahmen zu setzen, um diese Schwierigkeiten — ich glaube, Herr Kollege Tirnthal, hier sind wir einer Meinung — von vornherein zu beseitigen.

Jetzt muß ich leider etwas sagen, obwohl es nicht sosehr zum EWG-Bericht gehört, weil Sie, Kollege Tirnthal, uns den Vorwurf gemacht haben, daß wir nicht bereit waren, der Lösung in der verstaatlichten Industrie, das heißt in der Frage der vier Stahlkonzerne, zuzustimmen.

Wenn uns der Herr Bundeskanzler ein ausgefeiltes Konzept für die Lösung dieser Probleme auf den Tisch gelegt hätte und wenn er mit uns echt darüber diskutiert hätte, wären wir bereit gewesen, in die Beratung der Probleme einzutreten und diesbezüglich auch entsprechende Maßnahmen mitzubeschließen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Das hätten Sie schon müssen!*)

Kollege Schipani! Ich frage: Wo ist das Konzept? (*Bundesrat Schipani: Ihre Regierung hat den Auftrag gegeben!*) Wer weiß, was geschehen wird?

Herr Kollege Schipani! Hier gerade eine Frage als Niederösterreicher: Wissen Sie, ob zum Beispiel in der Firma Alpine-Traisen die Waggonkupplungen weiter erzeugt werden oder nicht? Wird diese Erzeugung zur VOEST wandern? Wie schaut das Erzeugungsprogramm aus? Werden die Töchterunternehmen erhalten bleiben? Wie werden sie fusioniert? Wie werden sie zusammengefaßt werden? Werden sie direkt unterstellt? Was wird geschehen? (*Bundesrat Schipani: Die Kupplungen werden in jenen Betrieben erzeugt werden, die imstande sind, am rationellsten zu arbeiten!*) Das sind die Fragen, die wir gerne beantwortet gehabt hätten, Herr Kollege. (*Zwischenruhe bei der SPO.*)

Ich weiß, daß es Ihnen sehr, sehr unangenehm ist, wenn ein SPO-Funktionär feststellt: Genossen! Die Schwarzen müssen unsere Arbeitsplätze sichern! (*Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPO.*) Ich weiß, daß Ihnen das sehr, sehr weh tut.

Da von der linken Seite immer wieder die Arbeitnehmerpolitik so sehr in den Vordergrund gestellt wird, zu der wir uns auch bekennen, Herr Kollege Tirnthal und Herr Kollege Schipani, so frage ich Sie: Welche Sozialmaßnahmen wird man setzen? Werden die Alpine-Beschäftigten alle Vergünstigungen — ich würde sie ihnen gönnen! — von der VOEST bekommen? (*Bundesrat Schipani: Sicherlich werden sie es bekommen!*) Werden aber auch die Kolleginnen und Kollegen, die in der VOEST beschäftigt sind, diese Vorteile, die ihre Alpine-Kollegen haben, bekommen? Und: Wer wird das bezahlen? Wird das der Eigentümer tun? Wo wird man die Gelder dafür aufbringen, Kollege Schipani und Kollege Tirnthal? (*Bundesrat Schipani: Wir werden sie erarbeiten müssen so wie bisher!*)

Das sind die Fragen, die uns niemand beantwortet hat. Deshalb konnten wir nicht zustimmen. (*Bundesrat Schipani: Wir werden sie erarbeiten müssen! Wir haben sie auch nicht geschenkt bekommen!*)

Aber kehren wir zurück zu den EWG-Problemen. Ich machte diesen „Ausflug“ nur deshalb, weil Kollege Tirnthal diese Behauptung in den Raum gestellt hat. Ich mußte daher dazu etwas sagen, nämlich daß wir doch jetzt, mit diesem Vertrag, in der EWG diese Schwierigkeiten mit den sensiblen Produkten, unter anderem mit Edelstahl haben.

Ein Vergleich des generellen Zollabbaues mit dem Zollabbau bei sensiblen Produkten zeigt eine starke Benachteiligung der sensiblen Produkte, für die wesentliche Zoll-

Ing. Gassner

erleichterungen von seiten der Gemeinschaft — das hat bereits Kollege Tirnthal gesagt — erst ab 1977 erfolgen. Darüber hinaus besteht eine Österreich diskriminierende Disparität in den österreichischen Zollsätzen und den EWG-Zollsätzen, die bis 1975 15 Prozent des Zolls erreicht.

Jetzt, Hoher Bundesrat, möchte ich nicht dieselbe Aufzählung vornehmen, die bereits Kollege Tirnthal gebracht hat. Ich möchte vielmehr eine echte Gegenüberstellung bringen.

Am 1. Oktober 1972 wird Österreich seine Zölle bei den sensiblen Produkten auf 95 Prozent herabsetzen, die EWG ebenfalls auf 95 Prozent.

Am 1. April 1973 wird Österreich die Zölle auf 90 Prozent herabsetzen, die EWG bleibt dann aber noch immer bei 95 Prozent. Also eine Diskrepanz von 5 Prozent.

Am 1. Jänner 1974 wird Österreich die Zölle auf 80 Prozent heruntersetzen, die EWG auf 90 Prozent. Also eine Diskrepanz von bereits 10 Prozent.

Am 1. Jänner 1975: Österreich auf 70 Prozent (*Bundesrat Tirnthal: Und dann?*), die EWG nur auf 85 Prozent. Also eine Diskrepanz von 15 Prozent. (*Bundesrat Tirnthal: Und jetzt?*)

Und jetzt, Herr Kollege Tirnthal, ändern sich die Dinge. Richtig! Aber das heißt, daß bis zum 1. Jänner 1975 oder — wenn Sie wollen, werde ich jetzt gleich einen Sprung machen — bis zum 1. Jänner 1977 die österreichischen Exporte echt diskriminiert werden gegenüber Exporten der EWG nach Österreich. (*Bundesrat Schipani: Aber vorher waren sie „bevorzugt“! — Weitere Zwischenrufe.*)

Ich wollte diese Gegenüberstellung nur vornehmen, weil diese Bilder in der Aufzählung nicht so sehr zum Ausdruck kommen. Deshalb habe ich diese Zahlen hier noch einmal genannt.

Speziell für den Edelstahlbereich ist diese Diskriminierung der österreichischen Unternehmen von seiten der EWG wirtschaftlich in keiner Weise zu begründen, da nur rund 0,6 Prozent der Marktversorgung der EWG in dieser Warengruppe von den österreichischen Edelstahlunternehmen in die EWG kommen. Die relativ geringen Unterschiede zwischen EWG — 6 Prozent bis 8 Prozent — und Österreich — 7 Prozent bis 9 Prozent — -Zollsatz können hier unserer Meinung nach keineswegs — vielleicht ist das nicht Ihre Meinung — als ausreichende Begründung gewertet werden.

Während der österreichische Markt den EWG-Produzenten relativ rascher geöffnet werden muß, müssen die österreichischen Edelstahlunternehmen den EWG-Markt zu relativ ungünstigeren Bedingungen betreuen.

Daß diese Schwierigkeit gerade die Edelstahlindustrie trifft, die als Folge der sehr hohen Exportquoten — ich glaube, Herr Kollege Tirnthal, da sind wir uns wieder einig — mit dem Mehrwertsteuerbedingten Wegfall der Exportvergütung sehr stark belastet ist — ich glaube, hier haben wir ein echtes Problem —, muß als besonderes Problem gewertet werden. (*Bundesrat Tirnthal: Positiv!*) Ich stelle das Positive nicht in Abrede. (*Bundesrat Tirnthal: Aber Sie sagen es nicht!*) Ich zeige nur die Gefahren auf. Sie, Herr Kollege Tirnthal, haben es schon beleuchtet. Ich kann es mir ersparen, das zu wiederholen, was Sie bereits gesagt haben.

Um die Konkurrenzfähigkeit der durch die sensiblen Produkte benachteiligten Unternehmen zu stärken, wären gezielte Begleitmaßnahmen unbedingt wünschenswert und notwendig. Der von seiten der Österreichischen Volkspartei vorgelegte Begleitmaßnahmenkatalog scheint hier besonders geeignet.

Wir haben verlangt:

1. Ausbau der Wachstumsgesetze durch eine Koppelung der vorzeitigen Abschreibung mit einer von drei vorgegebenen Investitionsbegünstigungen: Investitionsfreibetrag, Investitionsrücklage und nicht entnommene Gewinne;
2. Verlängerung der Geltungsdauer des Strukturverbesserungsgesetzes und
3. Begünstigung von Auslandsinvestitionen.

Darüber hinaus werden solche Maßnahmen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auch schon deshalb sehr notwendig sein, um den zusätzlichen Konkurrenzdruck, der durch den Zollabbau bedingt ist, besser abfangen zu können.

Um die Wichtigkeit der Beachtung dieser Probleme zu unterstreichen, möchte ich noch einige Zahlen nennen. Besonders betroffen auf ihrem Arbeitsplatz — ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen, sondern ich glaube, daß durch Betrachtungen diese Dinge echt erhärtet sind — sind in der Papierindustrie 17.500 Arbeitnehmer, im Bereich der Edelstahl-, Stahl-, VMW- und Aluminiumindustrie 64.000 Arbeitnehmer, dazu kommen noch 11.500 andere Arbeitnehmer. Das sind insgesamt 93.000 Arbeitnehmer.

8996

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Ing. Gassner

Im Bereiche der landwirtschaftlichen Erzeugung und im Verteilerbereich sind es 31.500 Arbeitnehmer. Das sind insgesamt, wenn wir jetzt noch die in der Holzverarbeitung Tätigen dazuzählen, rund 125.000 Arbeitnehmer in Österreich.

Wenn man jetzt einen Faktor 3 annimmt, was man, glaube ich, tun kann, würde das bedeuten, daß von der schwierigen Situation hinsichtlich der sensiblen Produkte im Bereich der Papierindustrie, im Bereich der Molkereien, im Bereich der Exporte der Molkereiprodukte nach Großbritannien — wenn man die Familien dazunimmt — rund 400.000 Menschen in Österreich betroffen sind.

Diese Zahl sollte uns zu denken geben. Diese Zahl sollte uns auffordern, die Probleme gemeinsam zu betrachten. Sie sollte aber auch die Regierung auffordern, echte Maßnahmen zu setzen, um diese Gefahr von vornherein zu beseitigen, um diese Gefahr von vornherein zu bannen.

An Hand der Beispiele der niederösterreichischen Wirtschaft und der verstaatlichten Industrie habe ich versucht zu erläutern, daß die Vertragsregelung mit den Europäischen Gemeinschaften keine Einbahnverträge zugunsten Österreichs — wie Sie es, Herr Kollege Tirnthal, darzustellen versucht haben —, sondern echte Zweibahnverträge sind, die große Probleme in Österreich aufwerfen, die gelöst werden müssen.

Die Österreichische Volkspartei ist dazu bereit. Ich zitiere den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei aus der „Südost-Tagespost“:

„Der Kernsatz in den Ausführungen Schleinzers: ‚Wir sind bereit, diesem Vertrag zuzustimmen, obwohl uns das Ergebnis der Verhandlungen keinesfalls voll befriedigen kann. Dieser Vertrag könnte nur fallen, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, nicht wollen, daß die österreichische Wirtschaft jetzt, wo es für sie ernst wird, durch ein Paket von Begleitmaßnahmen auf die härtere Gangart des europäischen Wettbewerbs vorbereitet wird. Sagen Sie ja zur Vergrößerung unserer Wettbewerbschancen durch ein Paket von Begleitmaßnahmen, dann können wir ja sagen zum Vertrag.“

Das unterstreichen wir vollinhaltlich auch im Bundesrat. (*Bundesrat Schipani: Da gibt es keine Junktimierung! — Bundesrat Doktor Reichl: Das darf aber nicht mit Preiserhöhungen verbunden werden und mit neuen Steuern!*)

Herr Kollege Reichl! Das muß man diskutieren. Ich bin auch der Meinung, daß

wir uns vor dem 5. September — wenn ich mich nicht irre, ist vorgesehen, am 5. September eine Ministerratssitzung abzuhalten — zusammensetzen werden müssen. Man wird die Probleme ausleuchten müssen, und zwar von allen Seiten. Vollkommen richtig, Kollege Reichl! Man wird die Negativaspekte sehen müssen. Wenn Maßnahmen gesetzt werden, wird man wissen müssen, ob sie zutreffen oder nicht. Selbstverständlich!

Das wollten wir mit diesem Maßnahmenkatalog sagen. Wir wollten die Punkte auf den Tisch legen und sagen: Wir glauben, daß es notwendig ist, in die Problematik einzusteigen. Wir glauben, daß es notwendig ist, nicht nur zu sagen: Jetzt haben wir einen guten Vertrag, einen optimalen Vertrag erhalten! — wie Minister Staribacher gesagt hat —, sondern weiterzudenken, um für die österreichische Wirtschaft und für die Menschen in Österreich das Maximalste herauszuholen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Ich glaube, es ist notwendig, in den abfahrenden Zug zuzusteigen!*)

Wenn heute einige prinzipielle Feststellungen gemacht wurden und wenn wiederholt gesagt wurde, daß man seitens der ÖVP polemisiere, wenn gesagt wurde, daß wir über die Probleme nicht sachlich sprechen, wenn vom „fahrenden Zug“ und von der „Gunst der Stunde“ gesprochen wurde, wenn Kollege Wally meinte, daß wir hier eine politische Szenenshow — so ähnlich hat er es gesagt (*Bundesrat Wally: Ich habe es wesentlich klarer gesagt! — Heiterkeit bei der SPÖ*) — abgeführt haben, und wenn weiters gemeint wurde, daß in dieser Stunde eine Chance vorhanden gewesen sei, dann, Kollege Wally, gebe ich Ihnen recht. Ich gebe Ihnen deshalb recht, weil meiner Meinung nach und auch nach Meinung meiner Freunde in der Österreichischen Volkspartei eine echte Chance dadurch entstanden ist, daß in England die Bevölkerung den Konservativen ihre Stimme gegeben hat und daß damit Heath den Weg aufgestoßen hat. Ich glaube, das sollten wir doch auch anerkennen. Es hat dies — und das möchte ich begrüßen — der Sprecher der sozialistischen Fraktion Czernetz im Nationalrat auch gesagt.

Ich glaube, auch wir im Bundesrat sollten zu diesen Dingen stehen. Wir sollten hier doch die Probleme so erkennen, wie sie sind.

Diese günstige Stunde war vorhanden. Zu dieser günstigen Stunde können wir uns alle gratulieren. Wir sind froh, daß dieser Vertrag abgeschlossen wurde. Wir sind aber, wie gesagt, der Meinung, daß man dazu Begleitmaßnahmen setzen müßte.

Ing. Gassner

Wenn der Kollege Tirnthal gemeint hat, daß die ÖVP einen Komplex habe, dann darf ich Ihnen, Kollege Tirnthal, sagen: Wir haben keinen Komplex (*Bundesrat Dr. Skotton: Mehrere!*), weil die Sozialistische Partei diesen Vertrag heimgebracht hat. (*Bundesrat Wally: Wie nennen Sie das denn?*) Wir wollen nur heute — unsere Freunde haben das bereits im Nationalrat getan — die Dinge richtigstellen und sie von der Warte aus betrachten, von der aus sie zu betrachten sind.

Wenn Kollege Tirnthal davon gesprochen hat, daß die ÖVP am Dienstag im Nationalrat die Partei vor den Staat gestellt habe — ich habe das wörtlich mitgeschrieben —, dann muß ich Ihnen vorlesen — ich hätte es nicht getan, aber jetzt muß ich es tun —, welche Meinung Vizkanzler DDr. Pittermann am 26. April 1965 äußerte. Ich zitiere:

„Vizekanzler DDr. Pittermann kündigt eine Initiative der europäischen Sozialisten in der Frage der wirtschaftlichen Einigung Europas an. Diese Initiative solle im Rahmen der EFTA-Ministertagung am 24. und 25. 5. ergriffen werden. Der Beschluß dazu sei am Wochenende bei Besprechungen der sozialistischen Parteiführungen in Chequers (England) gefaßt worden. DDr. Pittermann meint, im Gegensatz zu 1959 seien jetzt in vier der sechs EWG-Länder sozialistische Parteien mit an der Regierung und es bestehe Aussicht, daß sich diese Zahl nach den Wahlen in Deutschland auf fünf erhöhen werde.“

Und jetzt frage ich Sie: Wer hat dieses Problem der EWG vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet? Vizkanzler Pittermann oder am Dienstag wir? Ich glaube, die Antwort darauf erübrigt sich. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Zusammenfassend möchte ich im Namen meiner Partei und in besonderer Beachtung des Standpunktes des Verbrauchers und der Arbeitnehmer nochmals erklären:

Erstens: Wir anerkennen die Leistung der österreichischen Delegation und die von den österreichischen Beamten in Brüssel geleistete Arbeit und sagen ihnen dafür herzlichen Dank.

Zweitens: Wir vertreten die Ansicht, daß der Vertrag nicht optimal ist und daß bei intensiverer Unterstützung durch die österreichische Bundesregierung ein besseres Ergebnis zu erzielen gewesen wäre.

Drittens: Wir hoffen, daß zum Wohl aller österreichischen Verbraucher die Zollsenkungen auch auf die Letztpreise überwälzt

werden. (*Bundesrat Hella Hanzlik: Das sagen Sie aber Ihren Freunden!*) Ich sage das all meinen Freunden. Ich habe hier keine Scheu. Auch meine Freunde sind letztlich alle Verbraucher und daran interessiert, billig einzukaufen. Man soll nicht immer Dinge in den Raum stellen, die ich bereits das letzte Mal behandelte.

Ich habe gesagt: Es gibt immer Menschen — auch in unserem Staat, und auch das sollten wir einmal feststellen —, die nicht hundertprozentig so handeln, wie sie als Österreicher handeln sollten. Aber man sollte nicht deshalb immer wieder eine gesamte Gruppe der österreichischen Bevölkerung von Ihrer Seite aus disqualifizieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Viertens: Wir verlangen, daß die Regierung endlich entsprechende Stabilisierungsmaßnahmen setzt, um die Preise in den Griff zu bekommen, um nicht durch Preissteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit in der Freihandelszone zu verschlechtern.

Fünftens: Wir verlangen, daß der Arbeitsmarktförderung zusätzliche Budgetmittel zugeführt werden, um den integrationsbedingten Anpassungsschwierigkeiten auch auf dem Arbeitsmarkt gerecht werden zu können.

Sechstens: Wir verlangen die Erweiterung sowie die qualitative Verbesserung der Umschulung der betroffenen Arbeitskräfte.

Siebtens: Wir verlangen besonderen Schutz der älteren Arbeitnehmer.

Achtens: Wir verlangen eine leistungsfördernde Steuerpolitik.

Neuntens: Wir verlangen eine mehrjährige Verlängerung der befristeten Wirtschaftsgesetze zum Wohle der Verbraucher und Produzenten, und

zehntens: eine gesicherte und koordinierte Strukturpolitik, welche die Voraussetzungen für den Ausbau der Industrie und der Infrastruktur schafft. Dies ist für die Vollbeschäftigung in Österreich und die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer unbedingt notwendig.

Diese Aufzählung ist nicht vollzählig. Sie beinhaltet nur einige Punkte, die mir persönlich besonders wichtig erschienen sind. Selbstverständlich stehen wir alle hinter dem vom Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei Schleizer dem Bundeskanzler übermittelten EWG-Begleitprogramm der ÖVP.

In diesem Zusammenhang möchte ich in diesem Saale noch einmal einen Kernsatz des Parteiohmannes der ÖVP, Nationalrat

8998

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Ing. Gassner

Schleiner, welchen er am letzten Dienstag im Nationalrat gesprochen hat, zitieren:

„Das Kernproblem der Integrationspolitik ist die Frage der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Ist diese Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gegeben, dann werden wir an der wirtschaftlichen Dynamik dieses Marktes teilnehmen, dann wird unsere Wirtschaft wachsen, werden unsere Arbeitsplätze gesichert sein und unsere Konsumenten auf Grund einer verstärkten internationalen Arbeitsteilung zu preiswerten Produkten kommen.“

Ist diese Wettbewerbsfähigkeit aber nicht in ausreichendem Maße gegeben, dann wird unsere Wirtschaft nicht wachsen können, dann werden unsere Arbeitsplätze nicht gesichert sein, und dann werden auch unsere Konsumenten nicht die Kaufkraft besitzen, um sich preiswerte ausländische Produkte leisten zu können.“

Das, glaube ich, ist letztlich die Weichenstellung für die künftige Entwicklung. Das ist letztlich die Problematik, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Gelingt es uns, unsere Wirtschaft dorthin zu bringen und konkurrenzfähig zu sein, dann wird es auch möglich sein, diese Probleme zu lösen.

Mit meinem Beitrag — ich weiß nicht, ob sich Dr. Skotton noch zum Wort gemeldet hat; es war vorgesehen, daß die Beratungen im Bundesrat in der ersten Phase zu Ende gehen — klingen die Beratungen über die Verträge zur Begründung einer Freihandelszone mit der EWG aus. Der Bundesrat wird sich ebenso wie der Nationalrat im Herbst noch zweimal, wenn die konkreten Beschlüsse zu fassen sein werden, mit diesem Thema befassen müssen.

Ich nehme an, daß Sie alle, meine Damen und Herren, mir zustimmen, wenn ich feststelle, daß unsere heutigen Beratungen wie jene vorgestern im Nationalrat Höhepunkte des österreichischen Parlamentarismus waren und sich die Diskussionsbeiträge mit einigen wenigen Ausnahmen der Sache als würdig erwiesen haben. (*Bundesrat Walli: Mit einer Ausnahme!*) Ja, wer in den Wald hineinruft, das sagt schon ein altes Sprichwort, dem hallt es zurück, und das ist Ihnen, Kollegen und Kolleginnen von der sozialistischen Fraktion, sehr unangenehm.

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nicht nur Blumen auf den Weg in die Zukunft gestreut, sondern diese mit nüchternen Augen anvisiert. Es wird auch weiterhin unsere Aufgabe sein, die Chancen und Möglichkeiten klar abzuwägen, um das Maximale aus dem nunmehr Vereinbarten herauszuholen.

Wir werden keine Gelegenheit ungenützt vorbeigehen lassen dürfen. Jede vertane Möglichkeit hemmt nicht nur den Schritt nach vorn, sondern wirft uns gegenüber anderen zurück.

Wir werden uns nicht damit begnügen dürfen, uns alle als Konsumenten über mögliche und hoffentlich auch entstehende Preissenkungen zu freuen, sondern alle in der Wirtschaft Tätigen, sei es als Arbeitnehmer, als Handels- oder Gewerbetreibende, als Unternehmer oder als in der Landwirtschaft Beschäftigte, werden gemeinsam an der Bewältigung der nun entstandenen Probleme zu arbeiten haben.

Nochmals stelle ich fest, daß uns dabei auch der Staat die entsprechende Starthilfe und, soweit als notwendig, auch weitere Unterstützung gewähren wird müssen. Nur im Zusammenspiel aller Kräfte und Möglichkeiten wird das Maximum für uns alle erreicht werden können. Denken wir daran, daß alles, was wir heute entscheiden, alle Handlungen, die wir setzen, auch dann, wenn wir selbst vielleicht die Chancen oder die Erfolge nicht mehr ernten können, letztlich ein Beitrag zu einem glücklicheren und schöneren Europa von morgen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Precht. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Precht (SPÖ): Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Meine Damen und Herren! Ich darf mit einem Zitat aus der „*Wochenpresse*“ beginnen, die gestern erschienen ist. Dieser Satz sagt sehr vieles, und das sehr deutlich, wenn man den Diskussionsbeitrag des Herrn Bundesrates Gassner in der Endphase sehr aufmerksam verfolgt hat. Es steht folgender Satz drinnen:

„Wahr ist, daß Kreiskys nüchterner Sinn für Realitäten dem heutigen Vertragsinhalt schon zu Zeiten näherkam, als manche ÖVP-Utopisten noch von der ‚Superlösung‘ träumten.“

Hier liegt das große Problem. Wir strömen in einen großen europäischen Markt hinein, wir sind ein Volk von sieben Millionen mitten in Europa und erwarten, daß uns die größten Konzessionen gemacht werden. Vielleicht sind Sie deshalb an der Regelung gescheitert, daß nicht die Gespräche weitergeführt worden sind.

Vielleicht ist die sozialistische Regierung erfolgreich durch ihre Taten, die sie gesetzt hat, gegen die Sie auch in der letzten Bundesratssitzung opponiert haben, denn nicht nur die Begleitmaßnahmen sind in positivem Sinne auszulegen.

Eine der Maßnahmen, wozu auch Mut gehört hat, ist die Einführung der Mehrwert-

Prechtl

steuer mit 1. 1. 1973, zu der von Finanzminister Koren überhaupt keine Unterlagen erstellt worden waren, die dann letzten Endes von der sozialistischen Regierung und vom sozialistischen Finanzminister erarbeitet werden mußten. Ich zitiere aus den „Finanznachrichten“ vom 9. Juni 1972:

„Die Gemütlichkeit hört sich aber auf, wenn jetzt die OVP, brüskiert durch ihr Ausmanövrieren als Verhandlungspartner der Regierung, wissentlich und willentlich in die ‚Teuerungsrakete‘ Mehrwertsteuer den Treibsatz füllt, aus keinem anderen Grunde als der vagen Hoffnung, von einer Inflationswelle, die sie hätte hintanhaltend (helfen) können, wieder in die Wählergunst gehievt zu werden.“

Diese Verantwortungslosigkeit liegt jetzt auch in der Endphase bei der Beurteilung des Vertrages. Niemand würde in diesem Zusammenhang sagen, daß ein Traumbild erreicht worden wäre. Die Gesetze in der Wirtschaft und im Leben sind hart. Und eine Demokratie und eine demokratische Staatsform lebt von Kompromissen.

Es ist heute schon mehrmals gesagt worden, daß die EWG keine Einbahn ist — wir fahren raus, und sie reißen die Türen auf —, sondern es ist eine Gegenfahrbahn, auf der im Interessenabtausch in der gegenwärtigen politischen Situation das Optimalste erreicht worden ist. Speziell die sozialistische Regierung hat den Mut besessen, auch einige sehr problematische Fälle aufzuzeigen.

Herr Bundesrat Heger ist dann zu mir gekommen und hat gesagt: „Ja, ich habe nicht Investition im Ausland gemeint, sondern in den Entwicklungsgebieten.“

Aber Sie haben ein vorbereitetes Konzept und lesen es der Reihe nach herunter. Sie haben jetzt genau das gleiche wieder gesagt: Investitionen im Ausland, und übersehen vielleicht, weil Sie aus dem Bundesland Niederösterreich kommen, daß Niederösterreich in seiner Randlage die Investitionen vielleicht bitterer notwendiger hätte, als selbst Investitionen im Ausland zu tätigen. *(Beifall bei der SPO. — Bundesrat Ing. Gassner: Ich habe beides gesagt: sowohl als auch!)*

Man kann aber auch keine Politik in der Zeitung machen, wie es die „Oberösterreichischen Nachrichten“ getan haben, die im Hinblick auf Landtagswahlen, die durchgeführt werden, plötzlich eine Situation heraufbeschwören, die letzten Endes sehr, sehr gefährlich werden könnte, wenn mit den primitivsten Instinkten der Menschen manipuliert wird. Hier wird erklärt, die VOEST ist gefährdet, Edelstahl ist gefährdet, alles negativ!

In diesen Betrieben stehen ernste Vertrauensmänner. Sie wissen, daß im 1. und 2. Verstaatlichungsgesetz, die im Nationalrat beschlossen worden sind — damals einstimmig —, nicht der Einspruch von seiten — wie man angenommen hätte — der Westmächte, sondern von den Russen erfolgt ist. Es ist also eine Industrie aufgebaut worden, die heute das Fundament unserer gesunden Wirtschaftsentwicklung ist.

Daß sich die Wirtschaft und die Struktur der modernen Industrie wandelt, das müssen wir als gegeben hinnehmen, das ist eine der Voraussetzungen für eine moderne Wirtschaftspolitik.

Man soll also nicht Politik in der Zeitung machen, nur um einen Wählereffekt zu erreichen, sondern wir tragen eine große Verantwortung in diesem Land den arbeitenden Menschen und der Wirtschaft gegenüber.

Der erste Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat einmal anlässlich eines Bundeskongresses einen Satz geprägt. Wenn ich Ihnen diesen Satz sage, wird er Ihnen sicherlich nicht passen, aber ich zitiere ihn sinngemäß: Er würde sich glücklich schätzen, in einer Zeit unter einem sozialistischen Bundeskanzler und einem sozialistischen Finanzminister zu leben.

Es hat damals eine harte Konfrontation mit Bundeskanzler Raab gegeben, als die Verstaatlichung im Vordergrund gestanden ist. *(Bundesrat Ing. Gassner: Werden Sie das in zehn Jahren auch noch sagen?)* Was war damit gemeint? Wenn Sie hier von Steuern sprechen, von all diesen Problemen, die Sie, so lange Sie in der Alleinregierung waren, lösen hätten können, brauchten Sie heute diese Programmpunkte nicht auf Ihr Programm zu setzen. Sie hätten dazu reichlich Gelegenheit gehabt.

Sie greifen zum Beispiel in diesem Zusammenhang immer wieder den Familienlastenausgleichsfonds an. Was ist aber in Ihrer Ära mit dem Familienlastenausgleich geschehen? *(Rufe bei der OVP: Zur Sache!)* Der Familienlastenausgleichsfonds ist tatsächlich dazu verwendet worden, um das Defizit im Staatshaushalt auszugleichen.

Ich bin nur auf Ihre Worte eingegangen und möchte zum Abschluß folgendes sagen — ich glaube, dazu sollen wir uns bekennen —:

Es werden besondere Vorkehrungen Österreichs auf Grund seiner geographischen Lage als Randgebiet des EWG-Raumes notwendig sein. Die grenznahen Bezirke unserer Republik und auch andere Entwicklungsgebiete in unserem Lande werden zielbewußt zu fördern sein.

9000

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Predill

Durch die zu erwartende Unterzeichnung des Übereinkommens wird Österreich als Ganzes gesehen einen großen Schritt vorwärts in die Zukunft einer modernen Großraumpolitik tun.

Viele Vorteile wird uns dieses Übereinkommen bringen. Wir sollen aber nicht übersehen, daß Anpassungs- und Strukturschwierigkeiten auftreten werden. Das bestreiten wir gar nicht. Wenn alle aufbauwilligen Kräfte in Österreich zusammenarbeiten werden, wird es uns gelingen, ein kleines, aber dennoch wertvolles Glied in dieser Volkswirtschaft zu sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Hoher Bundesrat! Ich glaube doch, auf einige Bemerkungen der Debattenredner eingehen zu müssen, um vielleicht einige Probleme klärzustellen.

Uns in der Bundesregierung, Herr Abgeordneter Dr. Heger, ist selbstverständlich vollkommen klar, daß die Preisentwicklung in den nächsten Monaten sehr genau verfolgt werden muß und daß wir insbesondere Vorkehrungen treffen werden müssen, daß Zollermäßigungen tatsächlich weitergegeben werden. Diesbezügliche Verhandlungen mit den Sozialpartnern haben sehr positiv begonnen.

Richtig ist: je geringer der Zollsatz ist, umso weniger machen 30 Prozent aus und umso weniger muß sich das im Preis niederschlagen.

Genauso richtig aber ist es, den Signaleffekt nicht zu vergessen. Einer der Gründe, weshalb die Bundesregierung dieses Interimsabkommen angestrebt hat, ist ja der Signaleffekt, der davon ausgeht, daß überhaupt Preissenkungen zu verzeichnen sind.

Da das Volkswagenwerk hier genannt wurde, stehe ich nicht an zu sagen, daß es wochenlanger Verhandlungen bedurfte, um diese Senkung jetzt schon zu erreichen. Wir hoffen, daß es noch viele andere Werke respektive viele andere Produkte gibt, bei denen wir genau dasselbe feststellen können.

Ich möchte Herrn Dr. Reichl bezüglich des Unterschiedes zwischen Beitritt und Freihandelszonenregelung folgendes sagen:

Eine Möglichkeit des Beitrittes hat es für uns nie gegeben. Aber wenn nun eine Freihandelszonenregelung erzielt wurde, dann muß man zur Kenntnis nehmen, daß es eben keine Möglichkeit gibt, in Organisationen mitzuwirken. Das heißt: es gibt für uns nur ein einziges Organ, das ist der Gemischte Ausschuß, der von der Kommission und von

Österreich gestellt wird. Dieser Ausschuß hat alle die Probleme zu behandeln und hat zu überprüfen, wie der Vertrag funktioniert. Er hat aber keinerlei Mitbestimmungsrecht innerhalb der Gemeinschaft. Das ist ganz selbstverständlich.

Dafür gibt es aber andere Vorteile, die wir aus dieser Lösung ziehen. Wir können zum Beispiel im Osthandel unsere vollkommen freie Handelspolitik weiter fortsetzen, die sogenannte Treaty making power ist uns also voll erhalten geblieben. Wir haben diesen Vorteil, den ein Beitrittskandidat nicht haben kann, weil er eben die gemeinsame Politik der Gemeinschaft teilt.

Zur Frage des Herrn Ing. Eder, wieweit die Regelung nur bescheidene Teilbereiche betrifft: Sie haben den Rindersektor gemeint.

Sie wissen ganz genau, daß von den Agrarexporten in die EWG, die Sie selbst mit etwa 4 Milliarden angeben, mehr als ein Viertel die Rinder betreffen. Also so bescheiden kann der Teilbereich Rinderexport gar nicht sein.

Nur nebenbei bemerkt: Ich könnte Ihnen hier Protokolle vorlesen von meinen Amtsvorgängern, aber auch von den Verhandlungen, die von agrarischer Seite mit Brüssel, mit den befreundeten Landwirtschaftsorganisationen geführt wurden, in denen man immer sehr genau darauf hingewiesen hat, wie dringend notwendig es sein wird, diese Rinderlösung zu bekommen.

Diese Lösung war gar nicht so leicht — das wissen Sie ganz genau —, sie war sehr, sehr schwer zu erreichen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gemeinschaft sehr wohl weiß, welche Zugeständnisse sie gemacht hat und was diese Zugeständnisse bedeuten — nicht heute, aber vielleicht schon übermorgen —, wobei ich diese Termine jetzt vielleicht auf Jahre erstrecken möchte.

Ich glaube daher auch, daß es ein guter Tausch war. Die Ziffern möchte ich hier ausdrücklich nicht sagen, da ja die Verhandlungen in Brüssel weitergehen. Dann würde nämlich wirklich das eintreten, was man mir jetzt in die Schuhe schiebt, was jedoch nicht stimmt — ich werde dann noch darauf zu sprechen kommen —, daß man wirklich die Verhandlungsposition schwächt. Im Integrationsausschuß wurde ganz genau festgelegt, wie die Relationen zwischen den Zugeständnissen Österreichs und zwischen dem sind, was wir von den Europäischen Gemeinschaften erhalten haben.

Richtig ist, wir müssen versuchen, die Absatzmärkte zu sichern.

Genauso richtig ist aber, daß — und da sage ich Gott sei Dank — derzeit nicht so große Mengen nach Großbritannien gehen.

Bundesminister Dr. Starlbacher

Sie wissen, daß wir 1971 8582 Tonnen Vollmilchpulver, mit Kakao versetzt, weil Vollmilchpulver allein schwer zu exportieren wäre, und 1076 Tonnen Butter exportiert haben. Es ist richtig, die 12.000 beziehungsweise 2000 Tonnen, die Sie genannt haben, sind unsere Zielvorstellung, und wir werden versuchen, mit Hilfe des Protokolls 16 zumindestens jetzt für die Übergangszeit entsprechende Regelungen zu finden.

Es ist deshalb so angenehm, mit Herren zu diskutieren, die irgendwie kammermäßig verankert sind, weil diesen Herren sämtliche Verhandlungen ja bis ins letzte Detail bekannt sind, daher auch dem Herrn Ing. Eder. Er kann es nur hier nicht sagen, aber ich habe dafür Verständnis.

Wir werden im Herbst mit den Verhandlungen beginnen können und hoffen, auf Grund des Protokolls 16 vielleicht auch für die sehr kritischen Produkte, wie Vollmilchpulver und Butter, eine Lösung zu finden. Das ist somit noch rechtzeitig geschehen, denn der Vertrag tritt mit 1. Oktober in Kraft, und bereits im Herbst beginnen unsere Verhandlungen.

Zur Forderung auf Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte ist zu sagen: Jawohl, die Bundesregierung ist bemüht, das zu machen. Sie wissen auch, daß wir jetzt bis ins letzte Detail — das war eine sehr schwierige Arbeit, ich habe diese Verhandlungen über die Abschöpfungsregelung mit den Interessenvertretungen selbst zu führen gehabt — einen Akkord zustande gebracht haben.

Was es bedeutet hat, zwischen Landwirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Handelskammer und Gewerkschaftsbund eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, können nur Sie ermessen. Ich danke Ihnen vielmals für das Beifallsnicken! Aber es ist geglückt, und wir haben daher jetzt tatsächlich einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der als erste Begleitmaßnahme kommen wird und der diese Abschöpfungsregelung zum Inhalt hat.

Um hier nicht wieder Gelegenheit zur Legendenbildung zu geben, möchte ich darauf hinweisen, daß bezüglich der Erstattungsregelungen Besprechungen der Bundesregierung mit den Interessenvertretungen stattgefunden haben und daß auf Grund dieser Besprechungen einvernehmliche Formulierungen beim Bundeskanzler abgegeben wurden.

Der Herr Finanzminister hat in einem Schreiben an die Präsidentenkonferenz erklärt, daß er im jetzigen Zeitpunkt eine Erstattungsregelung ablehne, er hat aber folgenden einvernehmlich formulierten Satz in das Schrei-

ben aufgenommen: Für den Fall, daß es sich in Zukunft erweisen sollte, daß sich der Warenverkehr mit Verarbeitungserzeugnissen aus landwirtschaftlichen Rohstoffen in einer unerwünschten Weise entwickeln sollte, wären geeignete Gegenmaßnahmen, worunter auch eine limitierte Erstattungsregelung zu verstehen ist, in Erwägung zu ziehen.

Dieser Satz wurde einvernehmlich formuliert, beim Bundeskanzler abgegeben und ist verbindlich. Es hat da eine Zeitlang Bedenken gegeben, weil in einer Zeitung geschrieben wurde, der Bundeskanzler distanzieren sich davon. Mittlerweile ist der Sachverhalt durch ein Schreiben geklärt worden. In der Zwischenzeit hat die Landwirtschaftskammer auch an den Verhandlungen wieder teilgenommen. Dieser Satz gilt also. Die Bundesregierung steht dazu. Es wird sicherlich im Laufe der weiteren Verhandlungen Möglichkeiten geben, dann noch entsprechende Formulierungen zu finden.

Zu der Behauptung des Abgeordneten Pechtl, daß der EG-Vertrag umstritten war — immer schon die Landwirtschaft und der Verkehr —, muß ich einräumen: Richtig! Es war von vornherein völlig aussichtslos. Alle haben gewußt, daß es unmöglich ist, die Kapitel 1 bis 24 — das sind die landwirtschaftlichen Produkte — in den Vertrag einzubeziehen. Das ist ganz unmöglich. Er betrifft nur die Kapitel 25 bis 99, das ist der gesamte gewerblich-industrielle Sektor mit den sensiblen Produkten, auf die ich dann noch zu sprechen kommen werde. Die Landwirtschaft war von vornherein ausgeschlossen. Das haben alle gewußt. Es stand in allen Protokollen. Alle meine Amtsvorgänger und alle Interessenvertretungen waren davon unterrichtet.

Wir haben ja dann versucht, durch entsprechende Artikel im Interimsabkommen und im Globalabkommen, die die Landwirtschaft betreffen, wenigstens eine gewisse Möglichkeit zu schaffen, um — wie es in der Verhandlungssprache heißt — einen Link, also eine Verbindung herzustellen, damit diese Regelung auch GATT-konform ist und dadurch eben eine weitere Entwicklung auf dem Landwirtschaftssektor und teilweise natürlich auch auf dem Verkehrssektor möglich ist.

Es ist richtig, über den Verkehr steht nichts anderes drinnen als die Transitbestimmung. Aber wir werden sehr genau darauf achten müssen, denn dann käme es ja gegebenenfalls zur Wirkung unserer Schutzklausel, auch dann, wenn einzelne Industrien erwarten, daß die Österreichischen Bundesbahnen — was sie gar nicht können und gar nicht machen würden — zum Beispiel eine große Verkehrssubvention geben, um dadurch konkurrenzfähig zu sein. Da müssen wir also sehr, sehr

Bundesminister Dr. Staribacher

vorsichtig vorgehen, und das wird sicherlich auch entsprechend geschehen.

Herr Dr. Schwaiger! Sie meinten, wir hätten uns jetzt fremde Federn auf den Hut gesteckt. Das haben wir nicht.

Ich stehe nicht an zu sagen und habe das schon einige Male gesagt: Wenn diese umfangreiche und lange Vorarbeit nicht gewesen wäre, hätten wir niemals das Interimsabkommen bekommen. Weil wir uns aber zehn Jahre lang bemüht haben, haben die EG dann gesagt: Also bitte sehr, eine Art von Prämie muß man dem österreichischen Staat geben. So ist es zu diesem Interimsabkommen gekommen, das uns eine 30prozentige Zollsenkung mit 1. Oktober bringt.

Sie haben gesagt, Sie könnten den Nachweis erbringen, daß sozusagen eine Sabotage der jetzigen Regierungspartei und der damaligen Oppositionspartei einwandfrei nachgewiesen werden kann. Der Beweis ist aber nicht erbracht worden.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein solcher Beweis auch wirklich zu erbringen wäre, denn eines ist sicher — daran gibt es ja keinen Zweifel —: Man kann verschiedener Meinung sein, ob es für eine Partei angenehmer ist, wenn in einer Freihandelszone, in einer Wirtschaftsunion, oder wie immer man das bezeichnen wird und will, mehr Regierungen unter sozialistischer Führung oder mehr Regierungen von der christlich-sozialen oder ÖVP-Seite an der Macht sind. Natürlich, in jedem Fall freut sich die eigene Partei mehr, die gerade dort in der Regierung ist.

Aber ich glaube, niemals ist es so gewesen, weder jetzt noch früher, daß deswegen österreichische Interessen — sagen wir es, wie Sie es gesagt haben — sabotiert wurden. Es waren vielleicht Meinungsauffassungen und Klassifikationen, für die ich nicht immer verantwortlich gemacht werden möchte, weil sie wahrscheinlich manches Mal in der Diskussion sehr leicht hervorsprudeln und man dann immer sagt: „Aha, da hab'n wir's ja, die waren ja immer schon so und so und haben die und die so bezeichnet!“

Was die Rest-EFTA betrifft, so hat diese für uns eine große Bedeutung. Wir wissen, daß sie kein Wirtschaftsblock ist; das ist vollkommen klar. Aber sie ist für uns die Chance, immerhin zwischen der Schweiz, Portugal, Island, Schweden und Finnland einen Freihandelszonenverkehr aufrechtzuerhalten. Ich brauche nicht zu betonen, daß jetzt geglückt ist, was wir uns alle schon seinerzeit vor zehn Jahren, ja noch früher, im Rahmen der OEEC erträumt haben: eine große Freihandelszone aller westeuropäischen Staaten. Die ist jetzt verwirklicht, nicht so einfach, wie man

es sich damals vorgestellt hat, sondern ein bisserl komplizierter, aber sie ist immerhin verwirklicht worden.

Sie meinen, wenn wir jetzt verlangen, daß Zollsenkungen weitergegeben werden, soll das nur als ein Alibi dafür dienen, wenn dann Preissenkungen nicht eintreten.

Nein, Herr Abgeordneter, es soll keinesfalls als Alibi dienen, sondern wir hoffen, daß auch mit Hilfe der Unternehmer — wie der Herr Ing. Gassner gesagt hat — alles darangesetzt wird, daß diese Zollsenkungen wirklich weitergegeben werden.

Ihren Bemerkungen zum Geld- und Kreditapparat stimme ich zu, aber der Freihandelszonenvertrag sieht nur einen Warenverkehr vor und nicht den von Ihnen kritisierten Geld- und Kreditverkehr. Hier werden andere Maßnahmen notwendig sein, genauso wie in der Frage des Straßenverkehrs, was die Zollabfertigung und den Reiseverkehr betrifft. Hier wird im Laufe der Zeit hoffentlich manches unmöglich werden. Es stellt sich jetzt schon heraus: Je größer der Fremdenstrom wird — und wir sind ja darüber sehr glücklich —, umso unmöglicher wird es zu kontrollieren. Ich sage immer zu meinem Freund Rösch und zu Androsch: Weist eure Beamten an, sie sollen salutieren und zum Weiterfahren auffordern! Das ist für ein Fremdenverkehrsland am besten, geht aber leider nicht kontinuierlich und ununterbrochen. Gelegentlich muß man doch stichprobenartige Kontrollen durchführen.

Zu dem, was Sie bezüglich der Fremdenverkehrswerbung gesagt haben, darf ich mir nur mit einem Satz auf folgendes hinzuweisen erlauben: Bei meiner Amtsübernahme sind für die österreichische Fremdenverkehrswerbung — weil Sie gemeint haben, es müßte mehr geschehen — 50 Millionen ausgegeben worden. Heuer sind es bereits 100 Millionen, und nächstes Jahr werden es 120 Millionen Schilling sein. Es ist geglückt, eine Vereinbarung mit den Ländern und mit der Handelskammer zu schließen, und ich bin darauf sehr stolz. Sie sehen, die Bundesregierung tut sehr viel für den Fremdenverkehr und für die Fremdenverkehrswerbung.

Zur EG-Verantwortung, die wir jetzt zu übernehmen haben: Selbstverständlich hat die Bundesregierung die Verantwortung für diese Verträge absolut zu übernehmen, wenn sie ratifiziert sind, auch das Hohe Haus. Daran kann es keinen Zweifel geben. Sie wissen ja selbst — das werden Ihnen die Damen und Herren, die bei den Verhandlungen dabei waren, sagen —, daß wir für diese Verträge leicht die Verantwortung übernehmen können. Daran, glaube ich, gibt es gar keinen Zweifel.

Bundesminister Dr. Staribacher

Nun zu der vom Herrn Bundesrat Tirnthal angeschnittenen Frage: Das ist etwas, was uns auch gefreut hat, daß nämlich die Exportinteressen ganz allgemein über die Importinteressen gestellt werden. Das heißt, es gibt keine Berufsgruppe, die nicht kommt und erklärt: Wir können mit diesem Vertrag zu einem wesentlich günstigeren Export kommen. Das Phantastische ist, daß selbst die Firmen, die sensible Produkte erzeugen, sagen: Wir wünschen früher in den Freihandelszonenregionalverkehr zu kommen, das heißt früher die größeren Zollsensenkungen zu erhalten und damit automatisch natürlich auch beim Import dem schärferen Wettbewerb ausgesetzt zu sein.

Das ist für mich ein sehr positives Echo, wenn die gesamte österreichische Wirtschaft eine bessere Exportchance haben will und sagt: Den Import — denn der kommt ja auch verbilligt respektive zollgesenkt herein — werden wir überstehen!

Das ist für mich ein typisches gutes Zeichen dafür, daß hier wesentlich bessere Voraussetzungen herrschen als zum Beispiel in den dreißiger Jahren, von denen man mit Recht gesagt hat, daß man damals geglaubt hat, mit Hilfe einer Hochschutzzollpolitik könne man Wirtschaftspolitik machen. Diese ist ja in ganz Europa und dann, politisch gesehen, überhaupt zugrunde gegangen.

Ich glaube, heute gibt es nur mehr andere Gesichtspunkte, nämlich Gesichtspunkte, die darauf aufbauen, eben so schnell wie möglich einen entsprechenden zweckmäßigen Zoll, jetzt Freihandelszonenvertrag zu erreichen, eine große Freihandelszonenregelung für das gesamte Westeuropa, weil wir damit eben dafür vorsorgen, daß nicht wieder durch Hochschutzzollpolitik — dann ist man eben vertraglich gebunden — einzelne Staaten glauben, man könne auf diesem Weg eine positive Wirtschaftspolitik erreichen. Die negativen Auswirkungen haben wir ja alle miterlebt.

Der Vertrag, sagen Sie, sei eine kleine Lösung. Darüber kann man streiten. Ich streite nie darüber, ob er groß oder klein und so weiter ist, sondern ich streite nur darüber, ob er zweckmäßig ist.

Natürlich ist die Freihandelszonenregelung — wenn Sie wollen — die kleinste Lösung. Sie kennen ja die große Auseinandersetzung, die ich mit Kossygin gehabt habe, der gemeint hat, welche Zugeständnisse sie zu kriegen haben.

Zwar nicht er selber, sondern sein Handelsrat hat, als wir aus Rußland zurückgekommen sind, gemeint, welche Zugeständnisse wir der Sowjetunion machen, weil wir ja doch jetzt

durch eine Freihandelszonenregelung hier in Österreich in ein besseres Verhältnis kommen.

Gar nichts können sie in diesem Fall kriegen! Denn die Meistbegünstigungsklausel, die sie dann immer wieder anwenden wollen, gilt ja in diesem Fall nicht. Die Meistbegünstigungsklausel schließt ja eben die Zollunion aus. Das hat man ihm dann sofort erklärt und hat gemeint, hier ist die Zollunion vorgesehen, nicht die Freihandelszone.

Nun gut, das ist sehr einfach: Wenn die Freihandelszone nicht vorgesehen ist, so deshalb, weil die Zollunion die übergeordnete Wirtschaftsorganisation oder, besser gesagt, das übergeordnete Handelssystem ist. Das oberste System ist dann die Wirtschaftsunion.

Daher haben wir automatisch diese Freihandelszonenlösung als die kleinste Lösung angestrebt. Sie ist für die Neutralität Österreichs am günstigsten, am zweckmäßigsten, und wir haben sie daher angestrebt, so wie das auch die Schweiz gemacht hat. Wir sind darüber sehr glücklich, daß die Schweiz und Österreich hier vollkommen konform vorgegangen sind, weil wir dadurch umsomehr unterstrichen haben — was ja, glaube ich, im Vertrag seinerzeit gesagt wurde —, daß wir eine Neutralität ähnlich wie die Schweiz machen werden.

Zu Ihrem Hinweis, daß man dem Europarat in Hinkunft noch viel, viel mehr Bedeutung beimessen sollte. Die Bundesregierung verleiht dem Europarat volle Bedeutung. Sie unterstützt die Bestrebungen des Europarates und ist sich dessen voll bewußt, daß er durch diese Freihandelszonenregelung nicht abgewertet werden soll — wie Sie befürchtet haben —, sondern ganz im Gegenteil noch gestärkt werden wird.

Sensible Produkte sind nicht nur für Kärnten sensibel, sondern natürlich auch für andere Länder. Feuerfeste Steine sind nicht mehr darunter, die sind schon herausgenommen. Hinsichtlich weiterer Fragen bezüglich der sensiblen Produkte werde ich dann später noch eine ganze kurze Erklärung abgeben bei den Herren Bundesräten Polster respektive Gassner, die ja mehr oder minder viel stärker kritisiert haben als Sie.

Sie sagen also, man solle nicht polemisieren, Irren ist menschlich. Das ist auch ganz meine Meinung. Sie meinen, der Vertrag habe Fehler. Sie haben leider nicht gesagt, welche, außer, daß wir für die sensiblen Produkte keinen sofortigen Zollabbau erreicht haben.

Sicher ist aber für mich auf alle Fälle, daß wir durch die Verhandlungsmethode, nämlich dadurch, daß alle Interessenvertretungen anwesend waren und daß daher alle Vorschläge, die zur Diskussion gestanden sind, immer

9004

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Bundesminister Dr. Staribacher

wieder diskutiert wurden, nachweisen können — und das können Sie auf Grund der Protokolle und der Informationen, die Sie sicherlich über ihre Interessenvertretungen bekommen können —, daß wir alle Variationen durchdiskutiert haben und dann halt zu einer für uns Österreicher maximalsten Lösung gekommen sind und unsere Verhandlungsdelegation ersucht haben, diese durchzusetzen. Das hat sie mit mehr oder minder großem Erfolg auch getan. Ich behaupte: mit Erfolg, ja sogar mit großem Erfolg.

Sie meinen dann, wenn der Minister hingefahren wäre, hätte man mehr erreichen können.

Das stimmt leider nicht. Zu der Argumentation, die ich am Dienstag im Parlament gehört habe, daß nämlich Rippon eineinhalb Tage über die Papierlösung diskutiert hat, kann ich nur sagen: Der konnte das auch, denn Rippon ist Mitglied des Ministerrats gewesen, der darüber zu entscheiden hatte, und mußte mehr oder minder einer Lösung zustimmen.

Den österreichischen Handelsminister fragt man in einem solchen Fall gar nicht, sondern der konnte nur das tun, was ich sowieso bei jeder sich bietenden Gelegenheit gemacht habe. Ich könnte Ihnen ein ganzes Weißbuch hier bekanntgeben.

Jetzt muß ich überhaupt einmal sagen, daß der Herr Bundespräsident bei allen Verhandlungen und seinen Staatsbesuchen in Italien und Frankreich und daß auch der Herr Außenminister bei jeder sich bietenden Gelegenheit in New York über dieses Problem gesprochen haben.

Es ist eine österreichische Novität, daß ich als Handelsminister für die Integration zuständig bin. In der ganzen übrigen Welt ist der Außenminister dafür zuständig. Dieser hat daher auch die Partner immer wieder getroffen, mit denen er über dieses Problem hat sprechen können und auch gesprochen und interveniert hat. Das hat auch der Herr Bundeskanzler auf seinen Reisen getan, was kein anderer Regierungschef in keinem einzigen Land gemacht hat. Nicht zuletzt tat das auch ich, soweit ich die Möglichkeit gehabt habe und soweit mir das zielführend und zweckmäßig erschienen ist.

Ich glaube daher, daß wir mit ruhigem Gewissen sagen können: Hier haben wir ein Maximum versucht durchzusetzen und, ich glaube, auch durchgesetzt.

Sie haben gesagt: Man soll nicht polemisieren, Irren ist menschlich! Weil Sie auch meinen, früher hätte man mehr erreichen können, möchte ich auch hier sagen: Der Herr Vizekanzler Bock hat geglaubt — und das war

vielleicht ein Irrtum von ihm, ich weiß es nicht; er war sicher davon überzeugt, und das rechne ich ihm hoch an, daß er überzeugt war, weil er dafür so eingetreten ist —, daß er im Alleingang diese Möglichkeit hat und daß er das im Alleingang schaffen kann. Das war halt ein Irrtum. Ein klarer Irrtum!

Und daran war nicht allein das italienische Veto wegen der Südtirolverhandlungen schuld. Daran war nicht allein das französische Veto schuld, sondern es war überhaupt die ganze Situation so, daß dieser Alleingang von niemandem in den EG — vielleicht nur von dem einen oder anderen Staat — gewünscht war. Sicherlich aber wurde nicht übereinstimmend gesagt: Jawohl, das wollen wir machen! Und das wäre ja das Entscheidende gewesen. Das ist erst — wie Sie ganz richtig sagen — bei der Haager Konferenz zum Durchbruch gekommen und auch das Problem, daß man bezüglich der Freihandelszonenregelung einer solchen Regelung nähertreten könnte.

Herr Abgeordneter Wally! Die Bundesregierung hat ein Konzept der Europareife ja schon in ihrem Regierungsprogramm gehabt. Wir werden das jetzt weiter entwickeln, und ich bin überzeugt davon, daß damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, eine wirklich zweckmäßige Lösung der offenen innerösterreichischen Probleme zu erreichen.

Herr Abgeordneter Polster! Sie meinen, man solle Kritik üben, um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu erzielen.

Da stimme ich Ihnen hundertprozentig zu. Aber ich kann Ihnen versichern: Wenn Sie sich die Protokolle anschauen oder wenn Sie eine Ihnen befreundete Organisation oder Interessensvertretung fragen, so wird man Ihnen bestätigen, daß ich meine Hauptaufgabe wirklich darin gesehen habe — das war der einzige Erfolg, auf den ich stolz war; ich bin darauf stolz, ich weiß nicht, ob es die anderen auch sind —, daß wir immer einstimmige Beschlüsse zustande gebracht haben. In keiner einzigen Phase ist es im österreichischen Lager zu einer Aufspaltung gekommen. Alle Interessenvertretungen, alle Ministerien haben immer eine einstimmig erarbeitete Lösung vorgeschlagen. Und das, glaube ich, war das wichtigste, daß nämlich niemand von der anderen Seite einen Gegensatz hat feststellen oder uns aufspalten hat können. Diese einstimmigen Lösungen haben dazu geführt, daß wir die Schwierigkeiten, die es gegeben hat, überwinden konnten.

Es wäre, wie Sie meinen, ein schwerer Mangel, daß die Landwirtschaft nicht drinnen ist.

Bundesminister Dr. Staribacher

Ich kann nur wiederholen: Das hilft nichts. Wir haben das von Anfang an gewußt. Und — das können Sie mir glauben — es war keine klassenkämpferische Idee zu sagen: Lassen wir die Landwirtschaft jetzt außerhalb dieses Vertrages, versuchen wir, der Landwirtschaft vielleicht noch schlechtere Bedingungen zu geben, als sie vielleicht jemand anderer erreicht hätte, dann wird die Landwirtschaft sozusagen vom klassenkämpferischen Standpunkt aus noch mehr aufgespalten, aufgegeben und ich weiß nicht was noch.

Nein! Ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter, versichern: Wir waren uns der Schwierigkeiten vollkommen bewußt, die durch den Ausschluß der Landwirtschaft aus der EWG zu erwarten waren. Wir haben daher sofort versucht, mit autonomen Abkommen für die sehr strittigen landwirtschaftlichen Probleme Lösungen zu finden.

Die Bundesregierung wünscht keine Erpressung der Österreichischen Volkspartei mit Agrarproblemen. Das wollen wir nicht, und das lehne ich persönlich, aber auch die ganze Bundesregierung ganz entschieden ab. Was wir erreichen müssen, ist, für die Schwierigkeiten, die sich jetzt ergeben, Lösungen zu finden, die finanzierbar und vor allem ziel führend sind.

Sie wissen, daß die Bundesregierung bei einer Besprechung zwischen den beiden Parteiobmännern — ich war auch anwesend, weil auch Regierungsmitglieder beigezogen waren — vereinbart hat, daß, wenn die Geltungsdauer der Marktordnungsgesetze jetzt zumindest einmal um ein Jahr verlängert wurde und mit 1973 abläuft, bereits im März 1973 Verhandlungen beginnen sollen, um diese Marktordnungsgesetze den Gegebenheiten anzupassen und in zweckmäßiger Form zu novellieren. Das heißt, es ist jetzt eine einjährige unveränderte Verlängerung vorgesehen, um dann im März mit den Verhandlungen zu beginnen, um die Marktordnungsgesetze zu novellieren. *(Zwischenruf des Bundesrates Polster.)*

Ich habe solche Verhandlungen über eine Junktimierung nie zu führen gehabt, ich habe eine Junktimierung daher auch nie gehandhabt. Ich glaube nur, daß es jetzt nicht darauf ankommt, etwas zu junktimieren, sondern jetzt kommt es darauf an, die bestmögliche Lösung zu finden, und das wird im März versucht werden.

Die Qualitätskontrolle steht heute außer Streit, sie ist von der Bundeshandelskammer akzeptiert worden. Ich habe sozusagen von meinem Brötchengeber, wie ich immer sage, grünes Licht, und wir werden daher diese Qualitätskontrolle so schnell wie möglich zum Abschluß bringen.

Bezüglich der Weinexporte, auf die Sie hingewiesen haben, wird im Herbst über diese Problematik — wir haben schon ein entsprechendes Weingesetz — mit den EG verhandelt werden, um den Absatz in der Bundesrepublik zu sichern.

Herr Abgeordneter Trenovatz sprach über die Sperre bei Schlachtrindern. Auch hier möchte ich eines klar und deutlich aussprechen: Die mit den EG verhandelten Kontingente für Kalbinnen oder, wie es dort heißt, Färsen und Kühe, „Höhenrasserinder, nicht zum Schlachten bestimmt“, sind von der Exportsperrre überhaupt nicht betroffen. Dieses Kontingent wurde von 20.000 auf 30.000 Stück erhöht, und die Zölle wurden von 6 Prozent auf 4 Prozent gesenkt. Betroffen sind nur die Schlachtrinderexporte, und dazu hat der Herr Landwirtschaftsminister immer wieder erklärt, daß er, sobald die Versorgung der Wiener Märkte gesichert ist, diese Sperre sofort wieder aufheben wird.

Ich gebe zu, daß in Brüssel, als wir angekommen sind, über dieses Problem innerhalb der Kommission eine gewisse Unklarheit bestanden hat. Wie auch Herr Generaldirektor Wellenstein gesagt hat, waren sie ein bißchen überrascht, daß gerade zu der Zeit, in der wir über eine Erhöhung der Kontingente verhandeln, Exportsperrren durchgeführt werden. Ich konnte ihn aber dann aufklären, um welche Sperre es sich handelt beziehungsweise daß die Zucht- und Nutzviehexporte nach wie vor durchgeführt werden.

Ich konnte Wellenstein noch etwas sagen. Ich sagte: Herr Generaldirektor! Eines können Sie uns glauben: daß sich diese Sperre, die zeitlich befristet vorgesehen ist, nur so lange erstrecken wird, bis die Versorgung der österreichischen Märkte wieder sichergestellt ist, was sich durch folgende Tatsache am besten charakterisieren läßt: Nennen Sie mir einen Staat in Europa, wo, ohne daß es die Regierung angeordnet hat — sie könnte es gar nicht, sie hat es aber auch gar nicht gemacht —, Werkküchen erklären, nicht nur einen Tag, sondern auch wochenlang fleischloses Essen zu verabreichen. So etwas gibt es in ganz Europa nicht und charakterisiert damit am deutlichsten, in welcher Situation sich die österreichische Versorgung mit Fleisch und Fleischprodukten derzeit befindet. Ich muß sagen, das hat auf Herrn Generaldirektor Wellenstein einen bedeutenden Eindruck gemacht, weil er mir wirklich kein anderes Land nennen konnte, am allerwenigsten Brüssel, wo so etwas geschehen könnte.

Zu den Behauptungen des Herrn Ing. Gassner, daß die Presse erklärt habe, daß wir, also die Minister, unsere Delegation unter Beschuß genommen haben nach dem Prinzip:

9006

Bundesrat — 313. Sitzung — 27. Juli 1972

Bundesminister Dr. Staribacher

Die Ari kennt weder Freund noch Feind, nur lohnende Ziele. Wir hätten das also genauso gemacht.

Ich kann Ihnen versichern, daß das total falsch ist. Natürlich kann ich nicht verhindern, daß die Presse so etwas schreibt. Der Redakteur hat sich weder mit mir noch mit der Delegation ins Einvernehmen gesetzt, um zu erforschen, wie es wirklich gewesen ist. Ich habe dem Herrn Generaldirektor Lanner schon einmal auf Grund der Protokolle nachgewiesen, wie die wahre Situation ist.

Sicher ist — und ich stehe nicht an, das heute zu wiederholen —, daß ich niemals, wo immer ich gefragt wurde — es waren verständlicherweise gerade die Presseorgane der Oppositionspartei, die immer gebohrt haben und wissen wollten, wie das werden wird —, daß ich in keiner einzigen Phase erklärt habe, was der österreichische Standpunkt ist. Ich habe nur immer wieder erklärt, zum Beispiel in der Frage der Landwirtschaft, daß die EG nicht bereit ist, die landwirtschaftlichen Produkte in den Vertrag einzubeziehen.

Und als man mich dann gefragt hat, welche Chancen ich sehe, habe ich gesagt: Daß die Landwirtschaft in den Vertrag hineinkommt, diese Chancen sind minimal. Wir werden weiter kämpfen. Aber wir werden auf alle Fälle für ein autonomes Abkommen kämpfen, das für die österreichische Landwirtschaft von so großer Bedeutung ist und gleichzeitig in Kraft treten muß. Und das haben wir erreicht.

Also nicht wir sind unserer Verhandlungsdelegation in den Rücken gefallen. Wozu wäre das auch gut? Das wäre doch wahrlich von keinem Minister zu erwarten. Aber wir mußten natürlich Antwort stehen, und zwar sehr vorsichtig, wie Sie nachlesen können, damit nicht gesagt wird, wir hätten den österreichischen Standpunkt verraten, bevor er in Brüssel deponiert war oder durchgekämpft ist.

Was nun die Frage bezüglich der sensiblen Produkte betrifft: Richtig ist, daß wir sehr gerne alle diese sensiblen Produkte weg bekommen hätten.

Aber wie war denn die Ausgangsbasis? Die Ausgangsbasis war doch genau umgekehrt. Die Ausgangsbasis war, daß die Kommission der EG auf Wunsch einzelner Länder verlangen mußte, daß die sensiblen Produkte in Hinkunft für alle Zeiten aus dem Freihandelszonenvertrag ausgeschlossen bleiben. Also nicht nur, daß sie jetzt, wie wir in einem Kompromiß erreicht haben, doch im Vertrag sind, nicht nur, daß dann dieser berühmte Stillstand, wonach drei Jahre lang kein Zollabbau hätte erfolgen sollen, weggefallen ist und daß jetzt ein Zollabbau erfolgt, und nicht nur, daß wir bei Papier die Frist von

zwölf Jahren auf elf Jahre verkürzt haben und daß wir beim Plafond manchmal gewisse Vorteile gegenüber anderen Staaten haben: Beim Stahl ist es so ähnlich, wo Österreich nicht unbedingt dieselben Erhöhungen durchführt wie die EG. Wir sind hier manchmal ein bißchen bessergestellt, wenn auch nur unbedeutend, das gebe ich schon zu. Umgekehrt mußten wir auch die EG in gewisser Beziehung besserstellen, zum Beispiel in bezug auf den Zollabbau.

Warum? Weil es zur Philosophie der Gemeinschaft gehört hat, es darf nicht spiegelgleich sein, das wären Retorsionsmaßnahmen, und wir mußten daher variieren.

Es ist der Verhandlungsdelegation gar nicht leicht gefallen, sie hat lange über dieses Problem nachgedacht, und wir haben uns lange, lange zusammengestritten, bis wir dann ein System gefunden haben, das wir noch akzeptieren konnten, das doch keine Spiegelgleichheit ist und doch unsere Industrie nicht gefährdet.

Darüber, Herr Abgeordneter, muß man sich schon klar sein: Natürlich wird der Papierzoll jetzt gegenüber Großbritannien und so weiter aufgebaut. Aber wissen Sie, daß sich in den ursprünglichen Konzeptionen meiner Amtsvorgänger, wenn wir aus der EFTA ausgetreten wären, alle Zölle aufgebaut hätten, nicht nur der von Papier, und der nicht nur bis auf 8 Prozent, sondern bis auf die volle Höhe?

Es hat also eine ganz andere Ausgangssituation gegeben, bevor wir jetzt den Vertrag abgeschlossen haben. Es ist daher in der letzten Phase, weil England erklärt hat, es stimmt sonst nicht zu, zu dieser Zustimmung zum Zollaufbau gekommen, allerdings mit entsprechenden Nullzollkontingenten, um wenigstens das größte Übel abzuwehren.

Sie meinen, es wären jetzt 400.000 Beschäftigte (Bundesrat Ing. Gassner: Menschen!), 125.000 Beschäftigte mit ihren Familien gefährdet. Ich bin Ihnen für diese Prognose sehr dankbar — das sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich —, denn ich bin genau vom Gegenteil überzeugt. Ich bin überzeugt davon, daß es einzelne Umstellungsschwierigkeiten geben wird und vielleicht der eine oder andere Betrieb, so wie es seit 1945 schon immer der Fall war, wenn er es nicht ändern kann, wenn er die Umstellung nicht durchführen kann, vielleicht sogar wird sperren müssen. Das war seit 1945 so, an diesem Zustand wird sich nichts ändern.

Sicher ist, daß meiner Meinung nach nicht 125.000 Arbeiter die Arbeit verlieren werden. Dann werde ich und, wenn Sie wollen, die Bundesregierung den Triumph haben, sagen zu können: Die Prognosen des Herrn Ing. Gassner, die er aus Überzeugung und sicher-

Bundesminister Dr. Staribacher

lich auf Grund seiner Kenntnisse gemacht hat, sind nicht in Erfüllung gegangen. (*Bundesrat Ing. Gassner: Wir hoffen es!*) Wir hoffen es beide, sehr gut.

Was aber nun die Punkte betrifft: Sicher, wir werden am 5. September mit den Besprechungen beginnen. Ich weiß nicht, ob man dann von acht Punkten oder von Ihren zehn Punkten ausgehen wird, aber das ist nicht so wichtig. (*Bundesrat Ing. Gassner: Die sind integriert!*) Nein, ganz sind sie nicht integriert, aber das macht nichts. Es ist immer gut, wenn Ergänzungen kommen, dagegen habe ich gar nichts einzuwenden. Wir werden sehen, wovon man ausgehen wird.

Nur bitte eines: Den gefährdeten Betrieben — und das möchte ich jetzt hier mit aller Deutlichkeit sagen — kann mit den von Ihnen angegebenen steuerlichen Ersparnissen, die viel Geld kosten, nicht geholfen werden, denn die gefährdeten Betriebe werden wahrscheinlich keine Gewinnbetriebe sein. Daher sind diese Maßnahmen für die gefährdeten Betriebe nicht zielführend. Also eines schließt das andere aus.

Sie sagen, Sie wollen auch Investitionen im Ausland begünstigt haben. Natürlich wäre das schön. Es wird dann eingeschränkt: Nur in den Entwicklungsländern. Das geht aber auch nicht gut, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß wir Servicestationen und Montagewerke in Entwicklungsländern machen können, Herr Dr. Heger. Da handelt es sich dann schon um andere Investitionen auch.

Aber wenn man überhaupt sagt, man soll beides machen, wie Herr Ing. Gassner gemeint hat, muß ich sagen: Dafür ist unser Kapitalmarkt nicht groß genug, fürchte ich. Wir haben größte Schwierigkeiten, die Investitionen im Inland durchzuführen, in den gefährdeten Gebieten, in den gefährdeten Regionen. Ich glaube daher, daß man die ganze Kraft einsetzen sollte, um dort die entsprechenden Investitionen zu tätigen.

Was die anderen Fragen betrifft, wo Sie gemeint haben, es müßten mehr Mittel für den Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden, zur Umschulung und so weiter, versichert uns der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung, daß er reichlich Mittel hat, mit denen er absolut das Auslangen

findet. Siehe zum Beispiel das Problem Niederösterreich — Schlöglmühl, wo wir jetzt eine gemeinsame Lösung gefunden haben, die der Herr Sozialminister finanzieren muß.

Sicher wird am 5. September die erste Besprechung stattfinden. Wir werden die Begleitprogramme, die wir im Herbst auf alle Fälle machen müssen, denn es sind ja Änderungen verschiedenster Gesetze notwendig, in diesem Rahmen besprechen und gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden.

Ich glaube, jetzt zum Abschluß noch eines sagen zu dürfen: Der wirklich große wirtschaftliche Anstoß, der aus dieser Freihandelszonenregelung oder aus diesen Verträgen kommt, ist natürlich die Zollsenkung und sind natürlich die neuen Chancen, in den großen westeuropäischen Markt, also auch in die sechs Länder der uns jetzt durch hohe Zollmauern abgeschlossenen Wirtschaftsgemeinschaft, exportieren zu können.

Aber das noch viel größere ist, daß sich Westeuropa auf einer wirtschaftlichen Basis gefunden und damit einen entscheidenden Schritt vielleicht zu einer noch wesentlich weiteren Aufwärtsentwicklung Europas getan hat. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vorsitzender: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Sie ist für Mittwoch, den 20. September 1972, 9 Uhr vorgesehen und soll der Beschlußfassung über gesetzgeberische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem EWG-Interimsabkommen dienen.

Die notwendigen Ausschlußberatungen sind für Dienstag, den 19. September 1972, ab 16 Uhr in Aussicht genommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da es sich jetzt wirklich um die letzte Sitzung vor der Sommerpause handelt, darf ich wiederholen, was ich letztes Mal schon gesagt habe: Ich wünsche Ihnen allen ein paar schöne Ferienwochen, gute Erholung und vor allem dann auch glückliche Rückkehr in dieses Hohe Haus. (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 5 Minuten